

**UNTERSUCHUNGEN ÜBER DAS
SPAR-, GIRO- UND KREDITWESEN**

Herausgegeben von Fritz Voigt

Band 8

**Die Verflechtung zwischen
Sparkassen und Girozentralen**

Von

Adalbert Dick



DUNKER & HUMBLOT / BERLIN



Digitized by the Internet Archive
in 2026

ADALBERT DICK

Die Verflechtung zwischen Sparkassen und Girozentralen

Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen

**Schriften des Instituts für das Spar-, Giro- und Kreditwesen
an der Universität Hamburg**

Herausgegeben von Prof. Dr. Dr. Fritz Voigt

Band 8

Die Verflechtung zwischen Sparkassen und Girozentralen

Von

Adalbert Dick



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

Alle Rechte vorbehalten

© 1959 Duncker & Humblot, Berlin

Gedruckt 1959 bei Berliner Buchdruckerei Union GmbH., Berlin SW 61

Printed in Germany

D 29

Vorwort

Die Einführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs bei den Sparkassen vor dem ersten Weltkrieg führte zur Errichtung sparkasseneigener Verrechnungszentralen, der Girozentralen. Diese blieben in ihrer Tätigkeit nicht auf die Abwicklung des überörtlichen Zahlungsverkehrs der Sparkassen beschränkt, sondern entwickelten sich rasch zu Zentralbanken der ihnen angeschlossenen Sparkassen mit weitgespanntem Aufgabenkreis. Ziel der vorliegenden Untersuchung ist es, die Zusammenarbeit der beiden genannten Institutsgruppen, der Sparkassen und Girozentralen, darzustellen und in ihren Auswirkungen zu analysieren. Dabei wird von der ursprünglichen Verbindung im bargeldlosen Zahlungsverkehr ausgegangen, sodann die Liquiditätsguthabenhaltung der Sparkassen bei den Girozentralen einer näheren Betrachtung unterzogen und schließlich die gegenseitige und gemeinsame Kreditgewährung sowie die Zusammenarbeit im Bereiche des Wertpapier-, Außenhandels- und Devisengeschäftes zum Untersuchungsgegenstand gemacht. Vorausgeschickt wird dem einleitender Abschnitt, der die Sparkassen und Girozentralen und ihr rechtlich-organisatorisches Verhältnis zueinander charakterisiert und den geschichtlichen Werdegang der beiden Bankengruppen umreißt. Die Untersuchung erstreckt sich grundsätzlich nur auf die Sparkassen und die regionalen Girozentralen. Die Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank —, die Zentralbank der regionalen Girozentralen, wurde in die Betrachtung nur soweit mit einbezogen, als es die Erfassung der Zusammenhänge erforderlich machte. Große Schwierigkeiten bereitete bei der Erstellung der Arbeit die Materialbeschaffung. Einige einschlägige Zahlen stellte freundlicherweise der Deutsche Sparkassen- und Giroverband e. V., Bonn, zur Verfügung, andere mußten auf dem Wege der Schätzung ermittelt werden. Von den einzelnen Girozentralen konnten hier interessierende Zahlen wegen ihres internen Charakters nicht freigegeben werden. Infolgedessen mußte auf die Wiedergabe regionaler Unterschiede von Girozentrale zu Girozentrale weitgehend verzichtet werden.

Meinem hochverehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Rudolf Stucken, unter dessen Anleitung die vorliegende Untersuchung durchgeführt wurde, schulde ich für seine wertvollen Ratschläge und das wohlwollende Interesse, das er der Arbeit entgegenbrachte, ganz besonderen Dank. Sehr zu Dank verpflichtet bin ich auch Herrn Professor Dr. Dr. Fritz Voigt, dem Leiter des Instituts für das Spar-, Giro- und Kreditwesen, Nürnberg, für die großzügige Unterstützung bei der Abfassung der Arbeit. Danken möchte ich ferner den Herren des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V., des Bayerischen Sparkassen- und Giroverbandes und der Bayerischen Gemeindebank (Girozentrale), die mir unentbehrliches Material freundlicherweise zur Verfügung stellten und in technischen Fragen bereitwillig Auskunft erteilten.

Erlangen, Februar 1958

Adalbert Dick

Inhalt

Erster Abschnitt

Sparkassen und Girozentralen

1. Charakterisierung	9
a) Sparkassen	9
b) Girozentralen	11
2. Geschichtlicher Abriß	14
a) Geschichte der Sparkassen und Sparkassengeschäfte	14
b) Geschichte der Girozentralen und der Sparkassen- und Giroverbände	18

Zweiter Abschnitt

Verflechtungen zwischen Sparkassen und Girozentralen im bargeldlosen Zahlungsverkehr

1. Die Organisation des bargeldlosen Zahlungsverkehrs — allgemeiner Überblick	23
2. Träger und Entwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs der Spargiroorganisation	25
3. Formular- und Verrechnungswege im bargeldlosen Zahlungsverkehr der Spargiroorganisation.	29
4. Klassifizierung der Girozentralen als Verrechnungsinstitute	34
5. Die kreditpolitische Bedeutung der Zusammenarbeit von Sparkassen und Girozentralen im bargeldlosen Zahlungsverkehr	35

Dritter Abschnitt

Verflechtungen zwischen Sparkassen und Girozentralen durch die Unterhaltung von Liquiditätsguthaben seitens der Sparkassen bei den Girozentralen

1. Grundgedanken	39
2. Geschichtlich-rechtlicher Überblick über den Liquiditätsguthabenverbund zwischen Sparkassen und Girozentralen	41
3. Untersuchung des Liquiditätswertes der Sparkassenguthaben bei den Girozentralen	45
4. Die Einführung der Mindestreservspflicht für Sparkassen und die daraus resultierenden Veränderungen für Sparkassen und Girozentralen im Bereich des Liquiditätsguthabenverbundes	54

Vierter Abschnitt

Verflechtungen zwischen Sparkassen und Girozentralen durch gegenseitige und gemeinsame Kreditgewährung

1. Die kurzfristige Geldaufnahme der Sparkassen bei den Girozentralen ..	65
2. Gegenseitige Beziehungen im langfristigen Kreditgeschäft	76
a) Die langfristige Kreditgewährung der Girozentralen an die Sparkassen	76
b) Die langfristige Kreditgewährung der Sparkassen an die Girozentralen	84
3. Die Gewährung von Gemeinschaftskrediten	88

Fünfter Abschnitt

Sonstige Verflechtungen zwischen Sparkassen und Girozentralen

1. Verflechtungen im Effekten- und Depotgeschäft	95
2. Verflechtungen im Außenhandels- und Devisengeschäft	101
Schlußbemerkung	106
Tabellenanhang	107
Literaturverzeichnis	116

Verzeichnis der wichtigsten Abkürzungen

BDL	Bank Deutscher Länder
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt
DGZ	Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank —
JEIA	Joint Export Import Agency
KWG	Reichsgesetz über das Kreditwesen
LZB	Landeszentralbank
MBIIV	Ministerial-Blatt für die Preußische innere Verwaltung (1840 bis 1935)
MBIWia	Ministerial-Blatt für Wirtschaft und Arbeit (1901—1935)
MuSa	Mustersatzung für Sparkassen
NotVO	Notverordnung (Fünfter Teil, Kapitel I der Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Oktober 1931)
RdErl	Runderlaß
RGBl	Reichsgesetzblatt
VO	Verordnung

Erster Abschnitt

Sparkassen und Girozentralen

1. Charakterisierung

a) Sparkassen

Eine umfassende Definition des Begriffes „Sparkasse“ gibt es weder in rechtlicher noch wirtschaftlicher Beziehung. Der Versuch einer solchen Begriffsbildung soll auch hier nicht unternommen werden. Es genügt vielmehr zur Charakterisierung der Sparkassen, einige für sie typische Merkmale hervorzuheben.

Rechtlich gesehen, sind die Sparkassen kommunale Anstalten mit eigener Rechtspersönlichkeit, für deren Verbindlichkeiten der Gewährverband, gewöhnlich eine Gemeinde oder ein Gemeindeverband, haftet¹.

In wirtschaftlicher Beziehung sind die Sparkassen, allgemein gesprochen, Banken². In dieser Eigenschaft nehmen sie Spareinlagen und sonstige Einlagen entgegen, gewähren bestimmte Arten von Krediten, pflegen den bargeldlosen Zahlungsverkehr und andere Dienstleistungsgeschäfte. Daraus wird ersichtlich, daß sie nicht reine Sparbanken, sondern gemischt-geschäftliche Banken sind. Sie unterscheiden sich aber von anderen gemischt-geschäftlichen Banken, vornehmlich den auf privater Basis betriebenen Banken des kurzfristigen Geschäftes, vor allem durch ihre sozialpolitische Zielsetzung.

In der Förderung des Mittelstandes und der wirtschaftlich schwächeren Volkskreise sehen sie ihre wichtigste Aufgabe³. Dadurch ist das Schwergewicht der Sparkassenarbeit sowohl passivisch als auch aktivisch zum Kleingeschäft hin ausgerichtet. Neben der Pflege des Sparsinns in der Bevölkerung haben sie durch die Annahme kleinster Sparbeträge dafür zu sorgen, daß auch den ärmeren Sparerkreisen eine sichere und verzinsliche Anlagemöglichkeit geboten wird. So umfaßt der Einlegerkreis der Sparkassen vor allem auch die minderbemittelten Volksschichten,

¹ Wenn im folgenden von Sparkassen die Rede ist, so sind stets kommunale Sparkassen gemeint, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes gesagt wird.

² „Banken sind Wirtschaftseinheiten, die regelmäßig als Hauptgeschäft, nicht nur als Nebengeschäft, Kredit nehmen und Kredit geben“. Rudolf Stucken: Geld und Kredit, 2. Auflage, Tübingen 1957, S. 7.

³ Vgl. Hellmuth Will: Die Deutschen Sparkassen, Stuttgart und Berlin 1935, S. 32.

nicht aber die größeren Unternehmungen, da deren Kreditbedürfnisse durch die Sparkassen nicht gedeckt werden können⁴. Auch im Kreditgeschäft haben sie besonders die Belange des Mittelstandes sowie der wirtschaftlich schwächeren Volksschichten zu beachten, so daß für die Zusammensetzung ihres Kreditnehmerkreises, der sich übrigens grundsätzlich auf im Geschäftsbezirk der Sparkasse ansässige Wirtschaftssubjekte beschränken soll, ähnliches gelten dürfte wie für den Kundenkreis im Passivgeschäft. Vorherrschend ist im Aktivgeschäft der Hypothekarkredit. Daneben spielen aber auch kurz-, mittel- und langfristige Kredite an Kommunen sowie kurz- und mittelfristige Kredite an Private (Personalkredite) eine nicht unbeachtliche Rolle. Bei der Ausleihung ihrer Gelder haben die Sparkassen in besonders hohem Maße auf Sicherheit zu achten. Weiterhin ist zu vermerken, daß sie in großem Umfange für ihre Liquidität Sorge zu tragen haben und in diesem Zusammenhange scharfen gesetzlichen Vorschriften unterliegen. Nicht das Gewinnprinzip soll für sie richtungsweisend sein, sondern das Kostendeckungsprinzip⁵.

Eine Charakterisierung der Sparkassen bliebe unvollständig, würde man dabei ihre Eigenschaft als Glieder einer geschlossenen öffentlich-rechtlichen Spar- und Kreditorganisation — der Deutschen Sparkassen- und Giroorganisation — übersehen, die aus ihnen herausgewachsen ist, und deren Fundament sie bilden.

Die Sparkassen und ihre Gewährträger sind zu regionalen Sparkassen- und Giroverbänden auf Landes- oder Provinzebene zusammengeschlossen, die ihrer Rechtsform nach überwiegend Körperschaften des öffentlichen Rechts, zum Teil aber auch rechtsfähige Vereine gemäß § 22 BGB sind. Die Aufgaben der Verbände bestehen einmal in der Vertretung des Sparkassenstandpunktes in der allgemeinen Bank- und Kreditpolitik und in der öffentlichen Meinung, zum anderen in der Beratung und Unterstützung der Mitgliedssparkassen in geschäftlicher, volks- und betriebswirtschaftlicher und rechtlicher Hinsicht. Um diesen Aufgaben gerecht werden zu können, unterhalten die Verbände u. a. eigene Bankanstalten oder sind an Bankanstalten beteiligt, denen damit „die Erledigung aller einschlägigen bzw. erforderlichen bankmäßigen und überhaupt geldtechnischen Geschäfte im Rahmen der vom Verband auf dem einzelnen Gebiet verfolgten Ziele und der von ihm auf diesem Gebiet etwa aufgestellten allgemeinen Richtlinien“⁶ obliegt. Diese Bankanstalten sind die Girozentralen.

⁴ Damit hängt es auch zusammen, daß in normalen Zeiten bei ihnen die Spareinlagen gegenüber den sonstigen Einlagen weit überwiegen, während bei den privaten Banken des kurzfristigen Geschäftes die Zahlungsdepositen und schwebenden Kapitalien dominieren. Vgl. Rudolf *Stucken*: a. a. O., S. 22.

⁵ Vgl. Hellmuth *Will*: a. a. O., S. 32 ff.

⁶ Ernst *Kleiner*: Die Sparkassen und Girozentralen, in: Die Deutsche Bankwirtschaft, II. Band, Berlin 1935—1938, S. 188.

b) Girozentralen

Der Begriff „Girozentrale“ rührt historisch von dem ursprünglich alleinigen Charakter dieser Bankanstalten als Verrechnungsstellen im bargeldlosen Zahlungsverkehr der Sparkassen her. Im heutigen Sinne wird er als Gattungsbegriff für alle die Bankinstitute gebraucht, die dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. angeschlossen und von diesem als „Girozentralen“ anerkannt worden sind, und bezeichnet die Funktion der Sparkassenzentralbank⁷. Da die Ausübung der Zentralbankfunktion aber nur einen Teil der Aufgaben umfaßt, den diese Kreditinstitute wahrnehmen, ist nur bei wenigen von ihnen der Name „Girozentrale“ als Hauptbezeichnung zu finden. Sie firmieren meistens als Landesbank, Provinzialbank, Landeskommunalbank oder Gemeindebank.

Juristisch sind die Girozentralen öffentlich-rechtliche Anstalten mit eigener Rechtspersönlichkeit. Bezüglich ihrer Kapital- und Haftungsträger lassen sich zwei Typen unterscheiden: „reine“ Girozentralen und Gemeinschaftsbanken⁸. Für die „reinen“ Girozentralen, die ursprünglich als unselbständige Anstalten der Giroverbände gegründet wurden, ist charakteristisch, daß der Sparkassen- und Giroverband allein das Kapital der Girozentrale hält und allein für ihre ungedeckten Verbindlichkeiten haftet⁹. Bei den Gemeinschaftsbanken, die durch den Zusammenschluß von reinen Girozentralen und Landesbanken entstanden, sind dagegen in aller Regel die Sparkassen- und Giroverbände und die Länder zu gleichen Teilen am Kapital und an der Haftung beteiligt¹⁰. Somit wird auch die Bezeichnung „reine“ Girozentrale, d. h. nur von einem Sparkassen- und Giroverband getragene Girozentrale, verständlich.

In wirtschaftlicher Beziehung stellen die Girozentralen einen eigenartigen Banktypus dar, dessen Besonderheiten im wesentlichen auf der Verschmelzung der Aufgaben einer Zentralbank ohne Notenausgaberecht

⁷ Vgl. Josef Hoffmann: Deutsche Sparkasseneinheit, Berlin 1931, S. 185 ff.

⁸ Vgl. Hellmuth Will: a. a. O., S. 121.

⁹ Ihre rechtliche Selbständigkeit erlangten die „reinen“ Girozentralen auf Grund der Reichsnotverordnung vom 6. 10. 1931 (Dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen, 5. Teil, Kapitel I, Artikel 1, § 8, RGBl I S. 537, 554). Als „reine“ Girozentrale wird man heute die Bayerische Gemeindebank (Girozentrale), München, die Württembergische Girozentrale — Württembergische Landeskommunalbank —, Stuttgart, und die Badische Kommunale Landesbank — Girozentrale —, Mannheim, bezeichnen können.

¹⁰ Teilweise ist auch noch ein Provinzialverband als dritter Kapital- und Haftungsträger vertreten. Ein Beispiel dafür bietet die Rheinische Girozentrale und Provinzialbank, Düsseldorf, die als Gemeinschaftsbank des Landes Nordrhein-Westfalen, des Landschaftsverbandes Rheinland (früher: Provinzialverband der Rheinprovinz) und des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes geführt wird. Vgl. Melchior Palyi und Paul Quittner: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, zugleich zweite Auflage vom Handwörterbuch des Bankwesens, I. Bd., Frankfurt/M. 1957, Abschnitt „Girozentralen“, S. 732 ff.

mit den Aufgaben einer Kommunal- und Landesbank und denen einer Kreditbank beruhen¹¹. Als Zentralbanken der Sparkassen obliegt ihnen die Durchführung des überörtlichen Zahlungsverkehrs und die Verwaltung von Liquiditätsreserven der Sparkassen, weiterhin die Gewährung und Weiterleitung von Krediten an und die Gewährung von Gemeinschaftskrediten mit Sparkassen sowie die Unterstützung der Sparkassen im Effekten- und Depot-, Außenhandels- und Devisengeschäft. Eine nicht minder wichtige Rolle kommt ihnen auch bezüglich der Versorgung der Kommunen mit Krediten zu. Vor allem auf dem Gebiete des langfristigen Kommunalkredits haben sie sich durch die Einführung der kommunalen Sammelanleihen große Verdienste erworben¹². Soweit sie die Eigenschaft einer Landesbank besitzen, sind sie darüberhinaus in aller Regel sowohl einlagen- als auch kreditmäßig aufs engste mit den Ländern verbunden. Das Privatkreditgeschäft hat für die Girozentralen im wesentlichen den Charakter eines Ergänzungsgeschäftes. Das Maß, in dem sie auf diesem Gebiete tätig werden, wird weitgehend durch die Gegebenheiten der jeweiligen wirtschaftlichen Situation bestimmt¹³. Der Tätigkeitsbereich einer Girozentrale ist grundsätzlich mit dem regionalen Bezirk des zuständigen Sparkassen- und Giroverbandes identisch¹⁴. Um einen Wettbewerb zwischen Sparkassen und Girozentralen — z. B. auf dem Gebiete des Privatkredites — zu vermeiden, gilt innerhalb der Sparkassenorganisation der Grundsatz der Priorität der örtlich zuständigen Sparkasse. Die Girozentrale wird also vor der Anknüpfung solcher Kreditgeschäfte das Einvernehmen mit der örtlich zuständigen Sparkasse herstellen¹⁵.

Die Stellung der Girozentralen innerhalb der Sparkassenorganisation wurde bereits angedeutet. Sie bilden zusammen mit den regionalen Sparkassen- und Giroverbänden den Mittelbau der Organisation, während die Sparkassen deren weite dezentrale Basis verkörpern. Dabei obliegt den Girozentralen als Organisationsgliedern die bankmäßige Durchführung der Verbandsaufgaben, d. h. im wesentlichen die Wahrnehmung der Funktionen von Sparkassenzentralbanken.

Gleichzeitig sind sie wie die regionalen Verbände Mitglieder des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V., der Dachorganisation des

¹¹ Im einzelnen ist der Geschäftskreis der Girozentralen in ihren Satzungen festgelegt.

¹² Bekanntlich besitzen die meisten Girozentralen das Emissionsprivileg sowohl für Kommunalschuldverschreibungen als auch für Pfandbriefe.

¹³ Nach der Währungsreform hat das Privatkreditgeschäft bei den Girozentralen beispielsweise stark an Bedeutung gewonnen, nicht zuletzt durch die Gewährung von Gemeinschaftskrediten mit Sparkassen. Vgl. Dietrich Golz: Das Liquiditätsproblem bei den Girozentralen, Berlin 1956, S. 35.

¹⁴ Eine Ausnahme machen die Bremer Landesbank, Bremen, und die Hamburgische Landesbank — Girozentrale —, Hamburg, die beide im Bezirk des Hanseatischen Sparkassen- und Giroverbandes, Hamburg, tätig sind.

¹⁵ Vgl. Jahresbericht 1953 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V., S. 32.

deutschen Sparkassenwesens. Dieser Verband, der, wie ersichtlich ist, die Rechtsform eines eingetragenen Vereins hat, nimmt auf Bundesebene ähnliche Aufgaben wahr wie die regionalen Verbände in ihren Bereichen. Und so, wie er ein Verband der Verbände ist, ist wiederum die Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank — (DGZ) gewissermaßen eine Zentrale der Zentralen, die als Spitzeninstitut der Sparkassenorganisation für die regionalen Girozentralen ähnliche Bedeutung hat wie diese für die ihnen angeschlossenen Sparkassen¹⁶. Dem Sinn der Dezentralisation entsprechend, pflegt die DGZ grundsätzlich keinen unmittelbaren Geschäftsverkehr mit den einzelnen bereits von den regionalen Girozentralen betreuten Sparkassen und sonstigen Wirtschaftssubjekten, sondern tätigt nur mittelbar über die Girozentralen Geschäfte mit diesen, soweit nicht die zuständige Girozentrale mit einer direkten Kontaktaufnahme ausdrücklich einverstanden ist.

Wenn somit Sparkassen und Girozentralen als Glieder eines organisatorisch und ideenmäßig geschlossenen Spar- und Kreditsystems charakterisiert werden konnten, so heißt das allerdings nicht, daß die Beziehungen zwischen Girozentrale und Sparkasse ähnlich gestaltet sind wie etwa die Beziehungen zwischen Zentrale und Filiale bei einer privaten Großbank.

Die privaten Großbankorganisationen werden streng von dem Prinzip der Zentralisation beherrscht. Zentralisation in bezug auf Leitung und Geschäftsführung der von der Hauptbank errichteten Zweigniederlassungen und Zentralisation im Sinne einer weitgehenden Konzentration der aufkommenden Mittel bei der Zentrale und Verwendung dieser Mittel ebenfalls wieder von der Zentrale aus sind für sie typische Merkmale. Anders liegen die Dinge im Verhältnis zwischen einer Girozentrale und den ihr angegliederten Sparkassen. Dieses Verhältnis zeichnet sich sowohl in bezug auf die Leitung der Institute als auch bezüglich ihrer Kreditgewährung durch den Grundsatz weitgehender Dezentralisation aus.

Der Aufbau der Kreditbanken geht von einer Stelle, der Zentrale, aus und pflanzt sich von oben nach unten weiter durch die Errichtung von der Zentrale untergeordneten Zweigstellen. Im Gegensatz hierzu erfolgt der Aufbau in der Sparkassenorganisation von unten nach oben. Hier sind es die Sparkassen, die als betrieblich selbständige Institute (die rechtliche Selbständigkeit sei unberücksichtigt) Zentralbanken anstreben, die im Interesse der wirtschaftlichen Kräftigung des gesamten Sparkassenwesens und, um die Sparkassen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu entlasten und zu ergänzen, mit der Übernahme bestimmter Bankgeschäfte

¹⁶ Zur rechtlichen Stellung der DGZ siehe I. Abschnitt, Unterabschnitt 2 b, dieser Arbeit.

betrault werden¹⁷. Eine Unterordnung der Sparkassen unter die Girozentralen erfolgt nicht. Sie bleiben trotz der Existenz der Zentralbanken betrieblich völlig unabhängig. Aber auch die bei den Großbanken weitgehend Platz greifende zentrale Steuerung hinsichtlich der Verwendung der aufkommenden Mittel ist im Verhältnis von Girozentralen und Sparkassen nicht zu finden. Die Sparkassen betreiben vielmehr im Rahmen der für sie geltenden gesetzlichen Bestimmungen das Kreditgeschäft völlig selbständig und nach eigenem Ermessen. Durch das für sie geltende Prinzip der Ortsgebundenheit sind sie gehalten, die bei ihnen anfallenden Gelder grundsätzlich wieder im eigenen Geschäftsbereich auszuleihen¹⁸. Zwar kommt es, wie später gezeigt werden wird, zu einer umfangreichen Anlage von Sparkassenmitteln bei den Girozentralen, diese Guthabekonzentration erfolgt aber grundsätzlich um der Liquiditätssicherung der Sparkassen und nicht um der Kreditgewährung willen¹⁹.

2. Geschichtlicher Abriß

a) Geschichte der Sparkassen und Sparkassengeschäfte

Die Anfänge des Sparkassenwesens gehen in Deutschland bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts zurück²⁰. Die ersten Sparkassengründungen erfolgten meist auf Veranlassung und nicht selten unter uneigennütziger finanzieller Unterstützung von seiten philanthropischer Männer und Gesellschaften, die so in der Frühzeit des Kapitalismus die Armenfürsorge reformieren und der wirtschaftlichen und sozialen Not der unteren Volksschichten abhelfen wollten²¹. Neben diese privaten Gründungen traten

¹⁷ Um Irrtümern vorzubeugen, muß hier ausgeführt werden, daß die Errichtung der regionalen Sparkassen- und Giroverbände und Zentralbanken und die Schaffung des Dachverbandes mit seinem Geldinstitut, der DGZ, kurz, der Aufbau der Sparkassenorganisation, selbstverständlich als Zentralisations- oder Konzentrationsprozeß aufzufassen sind. Im Unterschied zu den Kreditbankorganisationen ist aber für die Arbeit innerhalb der Sparkassenorganisation das Dezentralisationsprinzip maßgeblich, während bei ersteren das Zentralisationsprinzip in diesem Sinne vorherrschend ist.

¹⁸ Vgl. Die deutschen Sparkassen und Girozentralen, ein Beitrag zur Bankenquete, herausgegeben vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband, Berlin 1933, S. 19.

¹⁹ Vgl. zu diesen Ausführungen Frida Senger: Die Entwicklung der Sparkassen zu Banken, Freiburger Dissertation 1926, S. 65 ff.

²⁰ Nach den vorhandenen Urkunden war die erste Sparkasse die von dem Zisterzienserabt Anselm II. im Jahre 1749 in Salem (Bodensee) errichtete Waisen- und Leihkasse. Vgl. Josef Hoffmann: Die Sparkassen und Girozentralen, in: Die Bank, I. Band, Wiesbaden 1952, S. 209.

²¹ Den sozialen Charakter dieser Einrichtungen zeigt deutlich der viel zitierte Satz aus den Statuten der im Jahre 1878 von der Patriotischen Gesellschaft in Hamburg errichteten Ersparungskasse: „Die Ersparungskasse dieser Versorgungsanstalt ist zum Nutzen geringer fleißiger Personen beider-

nach den Napoleonischen Kriegen und vor allem als Auswirkung der Steinschen Städteordnung bald die kommunalen Sparkassen²². Die Errichtung kommunaler Sparkassen erhielt durch die staatliche Gesetzgebung starken Auftrieb, so vor allem in Preußen durch das bekannte Reglement, „die Einrichtung des Sparkassenwesens betreffend“, vom 12. 12. 1838. Die in den Jahren danach erfolgenden Gründungen waren zunächst fast ausschließlich solche von städtischen Kassen. Erst in den fünfziger Jahren entstanden auf Betreiben der preußischen Regierung, die eine bessere Versorgung der Landwirtschaft mit Krediten anstrebte, in stärkerem Maße auch Kreissparkassen. Die Gründungstätigkeit ging verhältnismäßig stürmisch vor sich. Bestanden im Jahre 1838 in Preußen 85 Sparkassen (darunter eine Kreissparkasse), so waren es bereits 234 im Jahre 1850, 471 im Jahre 1860 und 932 im Jahre 1870. Um die Jahrhundertwende existierten in Preußen rund 1500 und in Deutschland 2700 selbständige Sparkassen. Ihren Höhepunkt erreichte die Entwicklung im Jahre 1913 mit 1765 Sparkassen in Preußen und 3133 Sparkassen in ganz Deutschland. Seit dieser Zeit ist die Zahl der Sparkassen durch weitgehende Zusammenlegung und durch den Fortfall von Gebieten erheblich gesunken. Zu Beginn des Jahres 1950 bestanden in der Bundesrepublik rund 900 Sparkassen (eingeschlossen 13 freie Sparkassen) mit rund 7200 Zweig- und Annahmestellen²³.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bahnten sich im Sparkassenwesen zwei für die weitere Entwicklung wesentliche Tendenzen an, die es erforderlich machen, noch einmal kurz zurückzublenden. Die ersten Sparkassen waren nicht viel mehr gewesen als Verwahrungsstellen für die Ersparnisse der ärmeren Volksschichten, obwohl der Leihgedanke bei ihnen, wie ihre Verwandtschaft²⁴ mit den damals vielerorts entstandenen Leihhauskassen zeigt, von Anfang an vertreten war; denn die sichere und verzinsliche Anlegung der ihnen anvertrauten Gelder machte vielfach Schwierigkeiten. Nunmehr aber treten neben die Ersparnisse der ärmeren Bevölkerungsteile mehr und mehr auch die Einlagen aus Mittelstandskreisen. Die Sparkassen erweitern sich dadurch allmählich zu Mittelstandsbanken, indem auch das Kreditgeschäft bei ihnen an Bedeutung

lei Geschlechts als Dienstboten, Tagelöhner, Handarbeiter, Seeleute usw. errichtet, um ihnen Gelegenheit zu geben, auch bei Kleinigkeiten etwas zurückzulegen und ihren sauer erworbenen Noth- oder Brautpfennig sicher zu einigen Zinsen belegen zu können, wobei man hoffet, daß sie diese ihnen verschaffte Bequemlichkeit sich zur Aufmunterung gewähren lassen mögen, um durch Fleiß und Sparsamkeit dem Staate nützlich und wichtig zu werden.“

²² Die erste kommunale Sparkasse wurde 1818 in Berlin errichtet. Vgl. Josef Hoffmann: Die Sparkassen und Girozentralen, a. a. O., S. 210.

²³ Zu den Zahlenangaben vgl. Josef Hoffmann: Die Sparkassen und Girozentralen, a. a. O., S. 210. Das gegenwärtige Sparkassennetz in der Bundesrepublik zeigt Tabelle 1 des Tabellenanhanges.

²⁴ Vgl. Fritz Voigt: Der volkswirtschaftliche Sparprozeß, Berlin 1950, S. 121.

gewinnt²⁵. Gleichzeitig dringt der Verbandsgedanke bei den bis dahin isoliert dastehenden Sparkassen in den Vordergrund. Aus dem im Jahre 1881 gegründeten „Sparkassenverband für Rheinland und Westfalen“ wird bereits im Jahre 1884 der Deutsche Sparkassenverband, und es kommt zur Gründung weiterer ideeller Sparkassenverbände im regionalen Bereich²⁶. Damit war das Fundament für ein gemeinsames Vorgehen der Sparkassen gelegt.

Unterzieht man die Entwicklung der Sparkassengeschäfte einer näheren Betrachtung, so macht es sich bald bemerkbar, daß die Jahre 1908/09 für die Tätigkeit der Sparkassen einschneidende Änderungen brachten. In dieser Zeit beginnt eine Verbreiterung des Geschäftskreises der Sparkassen, die man geradezu als horizontale Expansion bezeichnen kann, im Gegensatz zu der gleichzeitig sich anbahnenden vertikalen Konzentration, die zur Schaffung der Spargiroorganisation führte²⁷.

Bislang beschränkten sich die Sparkassengeschäfte im wesentlichen auf die Annahme von Spareinlagen und ihre Anlage in mündelsicheren Staatspapieren, in Krediten an öffentliche Körperschaften und in Hypotheken. Das Personalkreditgeschäft spielte nur eine untergeordnete Rolle. Der sogenannte „Übertragbarkeitsverkehr“, der um die Jahrhundertwende eingeführt wurde und eine Spareinlagenübertragung von Sparkasse zu Sparkasse ermöglichen sollte, erlangte keine größere praktische Bedeutung. Seine Inanspruchnahme blieb weitgehend auf die nicht sehr häufigen Fälle beschränkt, in denen Sparer ihren Wohnsitz wechselten. Waren die Sparkassengeschäfte soweit im wesentlichen langfristiger Natur, so beginnt mit den Jahren 1908/09 das Eindringen der Sparkassen in das kurzfristige Bankgeschäft und darüber hinaus auch in das Dienstleistungsgeschäft.

Durch den Erlaß des Reichsscheckgesetzes vom 11. 3. 1908 wurde den Sparkassen die passive Scheckfähigkeit verliehen. Im Zusammenhang damit gestattete dann der RdErl des Preußischen Ministers des Innern vom 20. 4. 1909²⁸ allen Sparkassen, die hinsichtlich Verzinsung, Buchführung und Revision bestimmte Voraussetzungen erfüllten, die Einführung des Scheckverkehrs auf Sparguthaben²⁹ sowie die Einführung des Depositen- und Kontokorrentverkehrs unter Benutzung des Schecks und

²⁵ Vgl. Hans Gerber: Die kommunale Giroorganisation, Dissertation Halle-Wittenberg 1926, S. 19 ff.

²⁶ Den Anlaß dazu gaben die sog. „Postsparkassengefahr“ und die Bemühungen, im Sparkassenwesen zu einer sozialen Erneuerung zu gelangen; denn vielerorts waren kommunalfiskalische Interessen stark in den Vordergrund getreten. Vgl. Hellmuth Will: a. a. O., S. 75 ff.

²⁷ Vgl. Hans Gerber: a. a. O., S. 28.

²⁸ MBlV S. 124.

²⁹ Der Scheckverkehr auf Sparguthaben hat niemals besondere Bedeutung erlangt. Er wurde durch § 22 Abs. 3 des Reichsgesetzes über das Kreditwesen vom 5. 12. 1934 (RGBl I S. 1203) untersagt.

der Giroüberweisung³⁰. Anfängliche einschränkende Bestimmungen — Begrenzung der Depositen- und Kontokorrenteinlagen auf 10 vH der Spareinlagen, Sollanlage von 75 vH der Depositen- und Kontokorrenteinlagen in liquiden Werten — wurden im Laufe der Kriegs- und Inflationszeit aufgehoben. Somit war den Sparkassen der bargeldlose Zahlungsverkehr in vollem Umfange eröffnet.

Eine weitere bedeutsame Wandlung im Geschäftsbereich der Sparkassen trat auf dem Gebiete des Effektenkommissions- und Depotgeschäftes ein. Im Zusammenhang mit der Kriegsanleihezeichnung während des ersten Weltkrieges wurden die Sparkassen zu Zeichnungsstellen erklärt. Damit beginnt ihr eigentliches Effektenkommissionsgeschäft, wenn es auch zunächst nur auf Kriegsanleihen beschränkt blieb. Diese durften sie ab 1915³¹ auch im „offenen“ Depot verwahren, um dem darauf gerichteten Bedürfnis ihrer Kunden nachkommen zu können. Die Verwahrungsbefugnis wurde schließlich mit der Einführung des Depotzwanges durch die Kapitalfluchtgesetze im Jahre 1919³² auf alle Wertpapiere ausgedehnt. Das Jahr 1920³³ brachte dann den Sparkassen die allgemeine Erlaubnis zum kommissionsweisen An- und Verkauf von Effekten, jedoch mit der ausdrücklichen Beschränkung auf mündelsichere Papiere. Diese Beschränkung wurde aber bereits im Jahre 1921³⁴ aufgehoben.

Einerseits war also die Kriegsfinanzierung ein förderndes Moment für die Erweiterung des Geschäftskreises der Sparkassen, andererseits aber auch die Inflationszeit, in die ja bereits die letzten Erlasse fallen. Durch den Ausfall des langfristigen Aktiv- und Passivgeschäftes während der Inflationsjahre mußte sich das ganze Interesse der Sparkassen auf das kurzfristige Geschäft konzentrieren. Das führte zwangsläufig zu einer starken Betonung der kurzfristigen Personalkreditgewährung. Daneben traten die Provisionsgeschäfte stärker in den Vordergrund, um zu vermeiden, daß die Sparkassen Zuschußbetriebe ihrer Gewährträger wurden. Der Gesetzgeber trug dieser Entwicklung abschließend in den erwähnten Erlassen vom 15. 4. und 15. 12. 1921 Rechnung³⁵. Diese brachten teilweise eine Zusammenfassung der den Sparkassen bereits durch frühere Ermächtigungen erlaubten Geschäfte (Depotgeschäft, Überweisungs- und Inkassoverkehr usw.), teilweise eine Ausdehnung der Geschäftsbefugnisse

³⁰ In den anderen Ländern ergingen ähnliche Erlasse. Die vorliegende Betrachtung soll jedoch auf die preußische Entwicklung beschränkt bleiben, da diese als für die übrigen Länder vorbildlich anzusehen ist.

³¹ RdErl des MdI vom 11. 3. 1915 IV b 664.

³² RdErl des MdI vom 31. 10. 1919 (MBliV S. 475).

³³ RdErl des MdI vom 9. 10. 1920 (MBliV S. 388).

³⁴ RdErl des MdI vom 15. 4. 1921 (MBliV S. 128) sowie RdErl des MdI vom 15. 12. 1921 (MBliV S. 137).

³⁵ Allerdings auch in der Absicht, der aufkommenden Kommunalbankbewegung entgegenzuwirken. Vgl. Ernst *Kleiner*: a. a. O., S. 161.

(Erweiterung des Effektenkommissionsgeschäftes, Erlaubnis zur Übernahme von Bürgschaften durch Sparkassen im Umfange der ihnen erlaubten Darlehenssummen, Genehmigung zur vorübergehenden Anlage nicht benötigter Gelder sowohl bei Girozentralen und kommunalen Banken als auch bei anderen öffentlichen und solchen privaten Banken, die auf Antrag der Sparkassen dafür zugelassen werden usw.). Grundsätzlich wurde den Sparkassen die Aufnahme aller „sonstigen“³⁶ bankmäßigen Geschäfte gestattet, für die eine besondere widerrufliche Genehmigung erteilt worden war. Verboten blieben ausdrücklich Devisen- und Sortengeschäfte für eigene und fremde Rechnung³⁷ und spekulative Effekengeschäfte für eigene Rechnung. Damit waren den Sparkassen im wesentlichen alle Geschäfte erschlossen, aus denen sich ihr heutiger, in den Mustersatzungen niedergelegter, Geschäftskreis zusammensetzt.

b) Geschichte der Girozentralen und der Sparkassen- und Giroverbände

Für den vertikalen Konzentrationsprozeß im Sparkassenwesen, der zur Bildung der Spargiroomorganisation führte, waren, wie die nähere Betrachtung zeigt, im wesentlichen zwei Triebkräfte ausschlaggebend: zunächst einmal die im Sparkassenbereich einsetzende Geschäftsausweitung, d. h. die vertikale Konzentration war einerseits eine Folge der horizontalen Expansion, zum zweiten ist ein gänzlich anders geartetes Moment bei den Gewährträgern der Sparkassen zu suchen, die stark an der Schaffung von Kreditinstituten interessiert waren, die besonders den Kommunkredit pflegen sollten, d. h. die vertikale Konzentration erwuchs andererseits aus den Kreditbedürfnissen der Kommunen. Letzteres kommt deutlich zum Ausdruck, wenn man die Pläne über die Zentral- und Kommunalbankprojekte betrachtet, die seit dem Bestehen der Sparkassenverbände immer wieder auftauchten³⁸. Die geplanten Bankinstitute sollten nämlich neben den für die Sparkassen wahrzunehmenden Zentralbankfunktionen (Geldausgleich und Verwaltung von Sparkassenliquiditätsreserven) hauptsächlich auch eine Verbesserung der Organisation auf dem Gebiete des Kommunkreditwesens herbeiführen, da durch die bisherige Organisation besonders die kleineren Gemeinden, denen der Zugang zum Anleihemarkt nicht offen stand, benachteiligt waren. Diese Pläne wurden jedoch niemals

³⁶ Nähere Erläuterungen dazu fehlen.

³⁷ Für das Devisen- und Sortenkommissionsgeschäft wurden für Bedarfsfälle Sondergenehmigungen in Aussicht gestellt. Allgemein erlaubt wurde es den Sparkassen erst durch RdErl des MdI vom 6. 9. 1927 (MBliV S. 922).

³⁸ Auf diese Pläne kann hier nicht näher eingegangen werden. Sie sind ausführlich behandelt bei: H. Jursch: Zehn Jahre Deutsche Kommunalgiroorganisation, Denkschrift, Berlin 1926, S. 5 ff.; Josef Hoffmann: Deutsche Sparkasseneinheit, a. a. O., S. 172 ff.

verwirklicht, und erst die später errichteten Girozentralen brachten die gewünschte Änderung.

Als Vorläufer der Girozentralen gelten die sogenannten Provinzialhilfsskassen in Preußen, deren erste 1831 in Westfalen errichtet wurde und wenige Jahre nach ihrer Gründung das Recht erhielt, Sparkassengelder als Depositen anzunehmen. Die westlichen Provinzialhilfsskassen erweiterten sich in späteren Jahrzehnten zu Landesbanken. Aber auch nach dieser Umwandlung blieben sie mit den Sparkassen eng verbunden³⁹. Weitere Vorgänger der Girozentralen kann man in den Geldvermittlungstellen sehen, die um die Jahrhundertwende von einzelnen Sparkassenverbänden errichtet wurden und dem Geldausgleich unter den Sparkassen sowie dem Übertragbarkeitsverkehr dienen sollten⁴⁰.

Alle diese Pläne und Einrichtungen aber konnten für die Sparkassen niemals mehr als Provisorien bedeuten, im Vergleich zu der Entwicklung, die nach ihrer Zulassung zum bargeldlosen Zahlungsverkehr in den Jahren 1908/09 einsetzte.

Für die Sparkassen erhob sich damals die Frage, ob sie sich zur Abwicklung des überörtlichen Zahlungsverkehrs eines anderen Gironetzes (Reichsbank oder Post) bedienen oder eigene überörtliche Verrechnungsstellen errichten sollten, da bei der Vielzahl der Sparkassen eine gegenseitige Kontoführung nicht möglich war. Infolge der erstaunlichen Tatkraft des damaligen Bürgermeisters der sächsischen Stadt Nossen, Christian Eberle, der die Vorteile eines eigenen, geschlossenen Zahlungsverkehrsnetzes erkannt hatte, einigte man sich in Sparkassenkreisen bald auf die Errichtung eigener Zentralbanken. Nach den weitschauenden Plänen Eberles sollte in jedem Land und in jeder preußischen Provinz ein besonderer Giroverband gegründet werden, der eine Verrechnungsstelle — die Girozentrale — zu errichten hatte. Alsdann sollten sämtliche regionalen Giroverbände zu einem zentralen Giroverband mit zentraler Verrechnungsstelle zusammengeschlossen werden⁴¹.

So kam es auf Grund der Initiative Eberles bereits am 5. 10. 1908 zur Gründung des Giroverbandes Sächsischer Gemeinden, dessen Mitglieder wegen der noch fehlenden Rechtsfähigkeit⁴² nicht die Sparkassen selbst, sondern nur die Kommunen werden konnten. Der Giroverkehr wurde — zum selben Zeitpunkt wie der Postscheckverkehr — am 2. 1. 1909 aufgenommen⁴³. Der rechtliche Aufbau und die Verfassung des sächsischen Verbandes wurden für die nunmehr auch in anderen Ländern folgenden

³⁹ Vgl. Josef Hoffmann: Deutsche Sparkasseneinheit, a. a. O., S. 180 ff.

⁴⁰ Vgl. Josef Hoffmann: Deutsche Sparkasseneinheit, a. a. O., S. 180 ff.

⁴¹ Vgl. H. Jursch: a. a. O., S. 18 ff.; Ernst Kleiner: a. a. O., S. 177.

⁴² Die Sparkassen erlangten die eigene Rechtspersönlichkeit größtenteils erst durch den Erlaß der Reichsnotverordnung vom 6. 10. 1931 (5. Teil, Kapitel I, Artikel 1, § 2).

⁴³ Vgl. H. Jursch: a. a. O., S. 20 f.

Gründungen zum Vorbild⁴⁴. Bis ins Jahr 1916 hinein waren insgesamt zwölf selbständige Giroverbände ins Leben gerufen worden⁴⁵. In den Ländern, in denen selbständige Giroverbände von den Gewährträgern der Sparkassen nicht gegründet wurden, waren entweder zentrale Verrechnungsstellen geschaffen worden, oder die Funktion der Girozentrale wurde von einer der bereits erwähnten Landesbanken ausgeübt⁴⁶.

Am 26. 10. 1916 schlossen sich die bisher gegründeten zwölf regionalen Giroverbände zum Deutschen Zentral-Giroverband zusammen, der im Jahre 1918 die Deutsche Girozentrale errichtete⁴⁷. *Hoffmann* schreibt dazu: „Der Gedanke eines Überweisungsverkehrs und Überweisungsnetzes führte zwangsläufig zur zentralen Lösung für das Reichsgebiet. Ein Reichsverband mußte kommen, wenn der Ferngiroverkehr überhaupt funktionieren und dem Postscheckverkehr etwas Gleichartiges entgegengestellt werden sollte⁴⁸“. Im Jahre 1917 schlossen sich die kommunalen Spitzenverbände an den Zentralgiroverband an⁴⁹. Nachdem sich schließlich noch in der regionalen Instanz die nebeneinander bestehenden Sparkassenverbände und Giroverbände zu regionalen Sparkassen- und Giroverbänden vereinigt hatten, fand die Konzentrationsbewegung durch den Zusammenschluß des Deutschen Sparkassenverbandes, des Deutschen Zentral-Giroverbandes und des Deutschen Verbandes der kommunalen Banken e. V. zum Deutschen Sparkassen- und Giroverband im Jahre 1924⁵⁰ im wesentlichen ihr Ende. Bemerkenswert ist noch, daß es dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband durch Verhandlungen mit den Landesbanken der dem Verband noch nicht angeschlossenen Gebiete bis zum Jahre 1926 gelang, auch diese Gebiete in den Verband einzubeziehen, so daß das Spargironetz nunmehr das gesamte Reichsgebiet umfaßte⁵¹, und daß im Jahre 1923 die erwähnte Zusammenschlußbewegung von im gleichen Bereich tätigen „reinen“ Girozentralen und Landesbanken einsetzte, die zur Schaffung der Gemeinschaftsbanken führte⁵².

Das Ende des zweiten Weltkrieges brachte auch für die Sparkassenorganisation einschneidende Änderungen. Während in Westdeutschland

⁴⁴ Ein wesentlicher Unterschied zu der sächsischen Einrichtung bestand bei den übrigen Ländern und Provinzen aber darin, daß die Sparkassen die Durchführung des unbaren Zahlungsverkehrs als weiteren Geschäftszweig selbst aufnehmen, während in Sachsen dafür besondere Girokassen gegründet wurden.

⁴⁵ Vgl. Tabelle 2 des Tabellenanhanges. Die Girozentralen waren anfänglich vielfach größeren Sparkassen angegliedert, bis es zur Errichtung gesonderter Bankanstalten kam. Vgl. *Hans Gerber*: a. a. O., S. 36 f.

⁴⁶ Vgl. *H. Jursch*: a. a. O., S. 18 ff.

⁴⁷ Vgl. *H. Jursch*: a. a. O., S. 51 und S. 60.

⁴⁸ *Josef Hoffmann*: Deutsche Sparkasseneinheit, a. a. O., S. 49.

⁴⁹ Vgl. *H. Jursch*: a. a. O., S. 52 ff.

⁵⁰ Vgl. *H. Jursch*: a. a. O., S. 84 ff.

⁵¹ Vgl. *H. Jursch*: a. a. O., S. 70 ff.

⁵² Vgl. *Melchior Palyi* und *Paul Quittner*: a. a. O., S. 723 ff.

die regionalen Verbände und Girozentralen erhalten blieben⁵³, wurden erstere in Ostdeutschland aufgelöst und die gesamten Funktionen der Girozentralen auf die staatlichen Emissions- und Girobanken übertragen. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband in Berlin mußte 1945 seine Verbandstätigkeit einstellen. Er fungiert heute lediglich noch als Gewährträger der nach Düsseldorf umgesiedelten Deutschen Girozentrale — Deutschen Kommunalbank⁵⁴ —. Diese wurde als verlagertes Geldinstitut in der Bundesrepublik anerkannt und übt seit 1954 wieder in größerem Maße ihre frühere Geschäftstätigkeit aus, nachdem sie eine Zeitlang auf das langfristige Kommunalkreditgeschäft beschränkt war und in ihren Zentralbankfunktionen durch die Rheinische Girozentrale und Provinzialbank, Düsseldorf, vertreten wurde⁵⁵.

Die Aufgaben des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes wurden in der Bundesrepublik ursprünglich von der im Jahre 1947 neu gegründeten Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen wahrgenommen⁵⁶, die im Jahre 1950 durch Eintragung ins Vereinsregister des Amtsgerichtes Bonn die Rechtsfähigkeit erlangte⁵⁷. Sie wurde am 9. 10. 1953 in „Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V.“ umbenannt⁵⁸.

Von einer so schrittweisen Zulassung der Girozentralen zu bestimmten Bankgeschäften, wie sie für die Sparkassen charakteristisch ist, kann nicht die Rede sein. Zwar waren die Girozentralen, sofern sie als Bankanstalten überhaupt neu ins Leben gerufen wurden, anfänglich nicht viel mehr als bloße Verrechnungszentralen, jedoch waren ihre Gewährträger — die Giroverbände — von vornherein oder bereits bald nach ihrer Gründung satzungsmäßig so ausgerüstet, daß die von ihnen getragenen Bankinstitute alle Geschäfte übernehmen konnten, die sich im Rahmen der ihnen vom Verband gesetzten Aufgaben als Sparkassenzentralbanken und Kommunalkreditinstitute ergaben. In die Wahrnehmung dieser ihnen zugedachten Aufgaben wuchsen die Girozentralen allmählich hinein, so wie es die Bedürfnisse der Sparkassen und Kommunen erforderten und die Umstände erlaubten. Abgesehen von den Zahlungsverkehrsfunktionen und von der Emissionstätigkeit im Kommunalanleihegeschäft, über deren

⁵³ Tabelle 3 des Tabellenanhangs bringt eine Übersicht über die Ende 1956 im Bundesgebiet tätigen regionalen Girozentralen.

⁵⁴ Vgl. Jahresbericht 1953 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V., S. 37.

⁵⁵ Vgl. Jahresbericht 1954 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V., S. 34.

⁵⁶ Vgl. Jahresbericht 1947 und 1948 der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen, S. 5.

⁵⁷ Vgl. Jahresbericht 1950 der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen e. V., S. 34.

⁵⁸ Vgl. Jahresbericht 1953 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V., S. 37.

Aufnahme durch die Girozentralen genaue Daten vorliegen, läßt sich allerdings dieses Hineinwachsen im einzelnen nicht mehr verfolgen, so daß auf die Wiedergabe eines im Rahmen dieser Arbeit interessierenden, zusammengefaßten geschichtlichen Überblicks über die Entwicklung der Girozentralen zu Sparkassenzentralbanken heutigen Ausmaßes verzichtet werden muß. Einige generelle Anhaltspunkte bezüglich der Aufnahme bestimmter Zentralbankgeschäfte durch die Girozentralen bietet zwar die Ausweitung des Geschäftskreises der Sparkassen selbst — man kann etwa sagen, daß die Einschaltung der Girozentralen in die Erledigung der Effektenkommissions- und Depotgeschäfte der Sparkassen in der Zeit beginnt, in der die Sparkassen die Erlaubnis zum Betreiben dieser Geschäfte erhielten —, aber sie reichen zur Erstellung eines Gesamtbildes nicht aus. Soweit jedoch einzelne geschichtliche Daten in diesem Zusammenhang bekannt sind, sollen sie bei der Darstellung der einzelnen Verflechtungsbereiche Beachtung finden.

Zweiter Abschnitt

Verflechtungen zwischen Sparkassen und Girozentralen im bargeldlosen Zahlungsverkehr

1. Die Organisation des bargeldlosen Zahlungsverkehrs — allgemeiner Überblick

Barzahlungen werden in aller Regel durch einfache Übergabe von Geldstücken durch den Zahlungspflichtigen an den Zahlungsempfänger ausgeführt. Besonderer Einrichtungen bedarf es dafür nicht. Anders liegen die Verhältnisse im bargeldlosen Zahlungsverkehr. Zur Durchführung von bargeldlosen Zahlungen werden — abgesehen von den notwendigen Zahlungsdepositen oder eingeräumten Kreditlinien, die dem Barbestand bei Barzahlung entsprechen und den erforderlichen Anweisungen in Form etwa des Überweisungsauftrages oder des Schecks¹ — Institute benötigt, bei denen Zahlungsverkehrskonten unterhalten und von denen bargeldlose Zahlungen auf Anweisung ausgeführt werden. Solche Institute, man bezeichnet sie in der Sprache des bargeldlosen Zahlungsverkehrs als Konto- oder Girostellen, sind in erster Linie die Banken, wenn man den bargeldlosen Zahlungsverkehr, den die Post abwickelt, außer acht läßt. Würden nun diese Kontostellen, die in großer Anzahl vorhanden sind, unabhängig nebeneinander bestehen, d. h. gäbe es keinen Weg, um Buchgeldübertragungen von Kontostelle zu Kontostelle durchzuführen, so wäre die bargeldlose Zahlungsweise nur anwendbar, wenn Zahlungsleistender und Zahlungsempfänger Guthaben bei derselben Kontostelle unterhielten. Damit könnte aber nur ein sehr beschränkter Teil aller Zahlungen ohne Verwendung von Bargeld ausgeführt werden;

¹ Überweisungsauftrag und Scheck unterscheiden sich zahlungsverkehrstechnisch dadurch, daß der Scheck den entgegengesetzten Zahlungsweg vom Überweisungsauftrag nimmt. Während die Erledigung des Zahlungsvorganges bei Benutzung des Überweisungsauftrages mit der Belastung des Zahlungsleistenden beginnt und mit der Gutschrift auf dem Konto des Zahlungsempfängers endet, beginnt sie bei Verwendung des Schecks mit der Gutschrift auf dem Konto des Zahlungsempfängers („Eingang vorbehalten“) und endet mit der Belastung des Kontos des Zahlungsleistenden. Unbare Zahlungen mittels Überweisungsauftrag faßt man deshalb unter dem Begriff „Überweisungsverkehr“, unbare Zahlungen mittels Scheck dagegen unter dem Begriff „Einzugsverkehr“ zusammen. Neben Schecks werden im Einzugsverkehr auch Wechsel und andere Forderungen abgewickelt. Ihre Einlösung durch die Domizilstelle setzt jedoch in aller Regel eine entsprechende Anweisung des Schuldners voraus.

denn sehr häufig unterhalten Zahlungsleistender und Zahlungsempfänger Guthaben bei verschiedenen Kontostellen. Man hat deshalb, um bargeldlose Zahlungen zwischen Kunden verschiedener Kontostellen ausführen zu können, einen Verrechnungsverkehr zwischen den Kontostellen aufgebaut. Diese Verrechnung erfolgt auf verschiedene Weise.

Unterhalten Kontostellen gegenseitig Konten, was bei Instituten, die in enger geschäftlicher Verbindung stehen, häufig der Fall ist, so erfolgt die Verrechnung zwischen den Kontostellen über diese Konten.

Besteht zwischen den Kontostellen keine unmittelbare kontenmäßige Beziehung, so rechnen sie über eine oder mehrere Zentralen ab, bei denen die Kontostellen Verrechnungskonten unterhalten. Es kann sich dabei um bestandhaltende oder um verrechnende Zentralen handeln. Arbeiten beispielsweise zwei Kontostellen im gegenseitigen Verkehr mit einer bestandhaltenden Zentrale, so müssen sie jede ihrer gegenseitigen Anweisungen über die Zentrale leiten. Diese führt die Anweisung nur dann weiter aus, d. h. sie schreibt den entsprechenden Betrag der Kontostelle des Zahlungsempfängers nur dann gut und gibt die Anweisung weiter, wenn die Kontostelle des Zahlungspflichtigen ein ausreichendes Guthaben auf dem Verrechnungskonto bei ihr unterhält. Arbeiten sie hingegen mit einer verrechnenden Zentrale, so wird die Ausführung der bargeldlosen Zahlungen nicht von einem ausreichenden Guthaben der Kontostelle des Zahlungspflichtigen bei der Zentrale abhängig gemacht. Es ist deshalb ein typisches Zeichen dafür, daß Kontostellen mit einer verrechnenden Zentrale arbeiten, wenn sie untereinander ihre Überweisungsaufträge durch direkte Weitergabe an die empfangende Kontostelle ausführen, was nur möglich ist, wenn die Abwicklung grundsätzlich unabhängig von dem Kontostand der auftraggebenden Kontostelle bei der Zentrale erfolgt².

Schließlich bedient man sich zur gegenseitigen Verrechnung auch noch in erheblichem Maße des sogenannten „Clearing“, worauf allerdings hier nicht näher eingegangen werden soll. Seine Eigenart, das sei nur kurz erwähnt, besteht darin, „daß eine Vielzahl von Forderungen und Verpflichtungen nach Summierung und Saldierung der auf die einzelnen Mitglieder entfallenden Forderungen und Verpflichtungen verrechnet oder beglichen werden“³.

Da nun die Ausführung bargeldloser Zahlungen sehr häufig die Einschaltung mehrerer Verrechnungsstellen erforderlich macht, zeigt sich bei den Instituten, die an der Abwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs beteiligt sind, die Tendenz, geschlossene, die gesamte Volkswirtschaft

² Über bestandhaltende und verrechnende Zentralen vgl. F. Schmidt: Der nationale Zahlungsverkehr, 2. Auflage, Leipzig 1920, S. 76 ff., 84 ff., 132 ff., 220 ff.; Rudolf Stucken: Geld und Kredit, 1. Auflage, Tübingen 1949, S. 23 f.

³ Konrad Mellerowicz: Der innerdeutsche Zahlungsverkehr, in: Die Bank, II. Band, Wiesbaden 1952, S. 342.

umfassende, Zahlungsverkehrssysteme zu bilden, um möglichst viele Zahlungen im eigenen System ausführen zu können⁴. Im Bundesgebiet gibt es heute fünf solcher Zahlungsverkehrssysteme⁵:

1. das Zahlungsverkehrssystem der Bundesbank (früher Reichsbankgiroverkehr),
2. das Zahlungsverkehrssystem der Post (Postscheckverkehr),
3. das Zahlungsverkehrssystem der Sparkassen und Girozentralen (Spargiroverkehr),
4. das Zahlungsverkehrssystem der Kreditgenossenschaften und Zen-tralkassen (Genossenschaftsringverkehr) und
5. die Zahlungsverkehrssysteme der privaten Großbanken und ihrer Filialen.

Soweit möglich, wickeln diese Systeme alle an sie gelangenden Zahlungsanweisungen im eigenen Kontennetz ab. Nur wenn Schuldner und Gläubiger nicht demselben Zahlungsverkehrskreis angehören, muß eine Überleitung in einen anderen Kreis erfolgen, was natürlich möglich ist; denn die Systeme sind ebenfalls kontenmäßig mannigfaltig miteinander verbunden.

2. Träger und Entwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs der Spargiroorganisation

Die Sparkassen erhielten die Erlaubnis zur Aufnahme des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, wie ausgeführt wurde, durch das Reichsscheckgesetz und die in Verbindung damit nach 1908 ergangenen Erlasse auf Länderebene. Ihre Funktion als Konto- oder Girostellen im bargeldlosen Zahlungsverkehr geht heute aus den Mustersatzungen hervor⁶. Danach pflegen und fördern die Sparkassen den bargeldlosen Zahlungsverkehr, den sie nach den von der Sparkassen- und Giroorganisation aufgestellten Grundsätzen betreiben. Im einzelnen erledigen sie Überweisungsaufträge

⁴ Das Bestreben, möglichst viele Zahlungen im eigenen Zahlungsverkehrssystem zur Ausführung zu bringen, ist letztlich kreditpolitisch bedingt.

⁵ Vgl. Konrad *Mellerowicz*: a. a. O., S. 344 ff.

⁶ Vgl. §§ 10, 11 und 25 Ziff. 5 der von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen e. V. nach der Währungsreform neu verfaßten Mustersatzung (MuSa) für Sparkassen (Muster A und B), abgedruckt in: Materialien zur Erneuerung des Sparkassenrechts, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen e. V., Bonn 1953, S. 14 ff. sowie §§ 22 und 34 Ziff. 5 der ehemals preußischen Mustersatzung (preuß. MuSa) vom 26. 8. 1932 (MBliV S. 853) in der Fassung vom 27. 12. 1934 (MBliWiA 1935 S. 2). Wenn in Zukunft Mustersatzungen heranzuziehen sind, wird in aller Regel sowohl auf die von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen e. V. verfaßte als auch auf die preuß. MuSa Bezug genommen werden.

im Spargiroverkehr und besorgen den Einzug von Schecks, Wechseln und anderen Forderungen. Sie sind weiterhin befugt, Reisekreditbriefe auszustellen, Akkreditive zu eröffnen und Auszahlungen an die Inhaber von Reisekreditbriefen und die Begünstigten von Akkreditiven zu leisten. Abgewickelt wird der bargeldlose Zahlungsverkehr über die Einlagen, die sie auf Kontokorrent- und Depositenkonten entgegennehmen, für die Sparkassenbücher nicht ausgestellt werden („sonstige Einlagen“)⁷.

Auch die Funktion der Girozentralen als Verrechnungsinstitute im überörtlichen Zahlungsverkehr der Sparkassen wird aus den Satzungen der Girozentralen ersichtlich. In der Satzung der Bayerischen Gemeindebank (Girozentrale) lautet der einschlägige Passus beispielsweise: „Die Bank hat nach Maßgabe dieser Satzung und im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen . . . die Obliegenheiten einer Sparkassenzentralbank (Girozentrale) wahrzunehmen“⁸. Zur Abrechnung des über sie laufenden Zahlungsverkehrs der Sparkassen bedienen sich die Girozentralen der Verrechnungskonten, die die Sparkassen bei ihnen führen. Diese Verrechnungskonten, jede Sparkasse unterhält ihr Verrechnungskonto bei der für sie zuständigen Girozentrale, sind als Kontokorrentkonten ausgestattet, wodurch es den Sparkassen grundsätzlich ermöglicht wird, den Kontokorrentkredit ihrer Girozentrale in Anspruch zu nehmen.

Die Girozentralen selbst, das sei noch erwähnt, führen gegenseitig Verrechnungskonten. Die Salden, die im Zahlungsverkehr zwischen ihnen entstehen, rechnen sie im Abstand von einigen Tagen über die DGZ ab, mit der sie ebenfalls kontennmäßig verbunden sind.

Sparkassen, regionale Girozentralen und Deutsche Girozentrale bilden also zusammen ein das gesamte Bundesgebiet umfassendes, infolge der großen Anzahl der Sparkassen, deren Zweigstellen ja ebenfalls als Kontostellen fungieren, weitverzweigtes Zahlungsverkehrssystem.

Die Entstehung der Spargiroorganisation wurde bereits im vorangehenden Abschnitt geschildert. Hier sei noch kurz einiges über die Entwicklung und Ausgestaltung ihres bargeldlosen Zahlungsverkehrs selbst angeführt.

Bis zum ersten Weltkrieg ging die Einbürgerung des unbaren Zahlungsverkehrs bei den Sparkassen — abgesehen von Sachsen — nur sehr langsam voran. In Preußen hatten beispielsweise Ende 1913 nur etwa 17 vH der Sparkassen den Kontokorrentverkehr aufgenommen. Ihre Einlagen im Kontokorrentverkehr beliefen sich lediglich auf etwa 0,5 vH ihres Spareinlagenbestandes⁹. Der Krieg brachte hier eine entscheidende

⁷ § 3 Abs. 1 Satz 3 MuSa bestimmt: „Über Spareinlagen darf durch Überweisung nicht verfügt werden.“

⁸ § 5 Abs. II Ziff. 1 der Satzung der Bayerischen Gemeindebank (Girozentrale).

⁹ Vgl. Erich Neumann: Die deutschen Sparkassen, in: Untersuchung des Bankwesens 1933, I. Teil, S. 336.

Wendung. Er ließ den Geldverkehr bei den Sparkassen erheblich anwachsen und förderte dadurch wesentlich die Ausbreitung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Dieser Zahlungsverkehr wies aber damals noch erhebliche Mängel auf. Zwar war im allgemeinen das in Sachsen ausgebildete Verfahren von den übrigen Giroverbänden übernommen worden, jedoch bestanden bei Gründung des Zentral-Giroverbandes in den einzelnen Bezirken erhebliche Abweichungen bezüglich seiner technischen Abwicklung. Er bot, „was die Technik anbelangt, noch ein ziemlich verworrenes Bild“, schreibt *Jursch*¹⁰. Hier setzte die Arbeit des Zentral-Giroverbandes, die später vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband fortgesetzt wurde, unter reger Mitwirkung der regionalen Giroverbände ein. Zur Beseitigung der Mängel wurde ein besonderer Ausschuß für das Girowesen gebildet. Seine Tätigkeit führte zur Aufstellung einheitlicher Grundsätze für den Spargiroverkehr, den Scheckinkassoverkehr, in enger Anlehnung an letztere für den Wechsel- und Quittungsinkassoverkehr und schließlich für den Reisekreditbriefverkehr. Diese Grundsätze, die natürlich im Laufe der Zeit Veränderungen erfuhren, wurden zur Gebrauchsanweisung für die Durchführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs in der Sparkassenorganisation. Eine weitere wichtige Arbeit, die geleistet wurde, war die Vereinheitlichung des Formularwesens. Die vom sächsischen Giroverband eingeführte Giroanweisung wurde verbessert, ein Einheitsscheck eingeführt und auch für die sonstigen Zahlungsverkehrsarten einheitliche Formulare erstellt. Von allen am Zahlungsverkehr beteiligten Sparkassen wurden bindende Erklärungen eingeholt, durch die sich die Kassen zur Beachtung der Einheitsvorschriften und zur Benutzung der Einheitsformulare verpflichteten. Zur Beschleunigung der Zahlungsabwicklung wurde ein Eilverkehr nach gleichfalls einheitlichen Bestimmungen eingerichtet. Daneben wurde durch intensive Werbung bei den Sparkassen und beim Publikum für eine weitere Ausbreitung des bargeldlosen Zahlungs-, vor allem des Überweisungsverkehrs gesorgt¹¹.

Während aber einerseits von der Sparkassenorganisation ständig an der technischen Vervollkommnung und weiteren Ausbreitung des organisationseigenen Zahlungsverkehrssystems gearbeitet wurde und noch wird, waren andererseits auch häufig Bemühungen zu erkennen, die dieses Zahlungsverkehrssystem zu schwächen oder gar auszuschalten versuchten.

Schon vor dem Erlaß des Reichsscheckgesetzes im Jahre 1908 wurde von seiten der übrigen Kreditinstitute die Ansicht vertreten, daß bei den Sparkassenkunden kein Bedürfnis für bargeldlose Zahlungsweise bestehe,

¹⁰ H. *Jursch*: a. a. O., S. 122.

¹¹ Dem Überweisungsverkehr widmete die Spargiroorganisation stets ihre besondere Aufmerksamkeit. Da sie ihn von vornherein gegenüber dem Scheckverkehr bevorzugte, erlangte er bei den Sparkassen weitaus größere Bedeutung als letzterer.

außerdem der Betrieb des Zahlungsgeschäftes nicht zum eigentlichen Sparkassengeschäft gehöre. Es gelang damals dem Deutschen Sparkassenverband nur nach längeren Anstrengungen, die Verleihung der passiven Scheckfähigkeit für die Sparkassen zu erreichen, obwohl bereits Anzeichen dafür vorhanden waren, daß die Sparkassen viele ihrer Mittelstandskunden bei Nichteinführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs verlieren würden¹².

Besonders harten Angriffen war der bargeldlose Zahlungsverkehr der Sparkassen dann während der Untersuchungen über das Bankwesen im Jahre 1933 ausgesetzt. Um eine weitgehende Vereinheitlichung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs in Deutschland zu erreichen und um die Giralgeldschöpfung der Banken besser in den Griff zu bekommen, wie es hieß, wurden Vorschläge unterbreitet, deren Verwirklichung auf die Abschaffung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs der Spargiroorganisation und gleichzeitig auch der Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen hinausgelaufen wäre¹³. Zwar kam es nicht zur Ausführung dieser Pläne, doch finden sich Gedanken davon im späteren Reichsgesetz über das Kreditwesen wieder, die dort allerdings auch den Zahlungsverkehr der Genossenschaften und privaten Großbanken betreffen, wenn etwa im § 28 Abs. 2 festgelegt ist, daß das Bankenaufsichtsamt ermächtigt ist zu bestimmen, inwieweit der unbare Zahlungsverkehr nur über die Netze der Reichsbank und Postscheckämter bewirkt werden darf. Von dieser Ermächtigung wurde jedoch bekanntlich kein Gebrauch gemacht.

Auch nach dem zweiten Weltkrieg fehlte es nicht an Angriffen gegen das Spargironetz. Ihnen lag letztlich die Vorstellung zugrunde, daß außerhalb der Einflußsphäre der Notenbank geschlossene Girokreise gefährlich seien und nicht geduldet werden dürfen, weil dadurch ein von der Notenbank unabhängiger Geldkreislauf stattfinde, der die Banken mit Mitteln versorge, die sie zu einer unbegrenzten und der Notenbankkontrolle nicht unterworfenen Kreditpolitik instandsetze¹⁴. Aus dieser Vorstellung heraus erging die Vorschrift des Artikels III Ziff. 12¹⁵ des BDL-Gesetzes¹⁶ vom 1. 3. 1948, wonach der gesamte bankmäßige Überweisungsverkehr über die Landeszentralbanken geleitet werden sollte, sofern er über die Grenzen eines Landeszentralbankbezirkes hinausging. Aber auch diese Vorschrift, die, wie ersichtlich, ebenfalls nicht nur das Spargironetz berührte, führte kaum zu einer Beeinträchtigung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs der Spargiroorganisation; denn die BDL verzichtete schon

¹² Vgl. Frida Senger: a. a. O., S. 56 f.

¹³ Vgl. Erich Neumann: a. a. O., S. 349 ff.

¹⁴ Vgl. Jahresbericht 1949 der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen, S. 27 ff.

¹⁵ In Kraft getreten am 3. Oktober 1949.

¹⁶ Amerikanische Zone: Gesetz Nr. 60; Britische Zone: Verordnung Nr. 129; Französische Zone: Verordnung Nr. 155 a.

bald nach der Inkraftsetzung auf ihre Einhaltung durch die Kreditinstitute. Von der Aufnahme einer entsprechenden Vorschrift in das Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957¹⁷ wurde abgesehen¹⁸.

Die bisher globale Abhandlung wird im folgenden von einer mehr ins Detail gehenden Darstellung abgelöst werden. Dabei sollen allerdings nicht alle Sparten des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, die in Zusammenarbeit von Sparkassen und Girozentralen ausgeführt werden, einzeln Berücksichtigung finden, vielmehr wird sich die Betrachtung nur auf den Überweisungs- und Scheckverkehr beschränken. Zwar erstreckt sich die Zusammenarbeit der beiden Institutsgruppen natürlich auch auf den Wechseleinzugsverkehr, den sonstigen Einzugsverkehr sowie auf die Abrechnung des Reisekreditbrief- und Akkreditivverkehrs, aber diese bedeuten gewissermaßen nur Modifizierungen gegenüber den beiden erstgenannten Zahlungsverkehrssparten, die der Verflechtung zwischen Sparkassen- und Girozentralen im bargeldlosen Zahlungsverkehr das Gesicht geben.

3. Formular- und Verrechnungswege im bargeldlosen Zahlungsverkehr der Spargiroorganisation

Grundsätzlich stellt sich zunächst einmal die Frage, wann Girozentralen überhaupt von bargeldlosen Zahlungen berührt werden, mit deren Ausführung Sparkassen beauftragt sind.

Die Sparkassen geben bei ihnen eingereichte Überweisungsaufträge oder Einzugschecks, sofern sie sie nicht selbst durch Umbuchung von Konto zu Konto erledigen können, entweder im eigenen Zahlungsverkehrsnetz weiter oder leiten sie sogleich in andere Zahlungsverkehrssysteme über¹⁹. Kontakte mit Girozentralen können sich natürlich nur dann ergeben, wenn sie die genannten Anweisungen im organisations-

¹⁷ BGBl I S. 745.

¹⁸ Ausschlaggebend dafür dürfte die Ansicht gewesen sein, daß sich die gewünschte Kreditkontrolle auch über die Mindestreservpolitik erreichen läßt, wie aus einer Stellungnahme des Zentralbankrates hervorgeht: „Bleibe dem Instrumentarium der Zentralbankpolitik das Mittel der Mindestreservfestsetzung, so bestehe keine kreditpolitische Notwendigkeit, das Zentralbanksystem in den Überländerzahlungsverkehr einzuschalten. Durch die Mindestreservpflicht werde ein Zustand geschaffen, der etwaige spezifische Liquiditätsvorteile eigener Girokreise beseitige und die Banken genau so, wenn nicht stärker, an das Zentralbanksystem binde, als es bei gesetzlichem Abrechnungszwang der Fall wäre.“ Vgl. Begründung der vom Zentralbankrat vorgeschlagenen Neufassung des § 11 des Bundesbankgesetzes und des Vorschlages des Zentralbankrates, den § 12 des Ministerialentwurfes zu streichen. Zitiert in der von *van Zwooll* wiedergegebenen Fassung. Johann Herrmann *van Zwooll*: Mindestreserven als Mittel der Geld- und Kreditpolitik, Berlin 1954, S. 104.

¹⁹ Grundsätzlich werden von den Sparkassen alle nicht auf sie selbst gezogenen Checks im Scheckeinzugsverfahren der Spargiroorganisation erledigt, mit Ausnahme von Checks auf Institute, bei denen sich im Scheckeinzugsver-

eigenen Netz weiterleiten, jedoch auch nicht in jedem Falle. Sie ergeben sich dann nicht, wenn Zahlungsleistender und Zahlungsempfänger Konten bei Sparkassen unterhalten, die in direktem Verrechnungsverkehr miteinander stehen, wie es etwa der Fall ist, wenn zwei Sparkassen am selben Platze vorhanden sind (Stadt- und Kreissparkasse). In allen anderen Fällen jedoch werden Girozentralen von den Überweisungen und Scheckeinziehungen der Sparkassen berührt. Soweit sie dabei selbst lediglich als Kontostellen fungieren, interessieren sie im vorliegenden Zusammenhang nicht. In der anschließenden Betrachtung wird vielmehr stets davon ausgegangen werden, daß sie bargeldlose Zahlungen vermitteln, also als Zahlungsverkehrszentralen tätig werden, und zwar im Zahlungsverkehr zwischen Sparkassen²⁰. Bevor die dabei auftretenden Formular- und Verrechnungswege geschildert werden, muß allerdings noch kurz das rote Überweisungsformular beschrieben werden, das im Spargiroverkehr verwendet wird²¹.

Der rote Spargiroauftrag ist ein dreiteiliges Formular. Der linke Teil verbleibt ähnlich wie der Talon beim Scheck im Auftragsbuch des Absenders. Der rechte Abschnitt, der sog. Spargiroauftrag, enthält die Anweisung für die Kontostelle des Überweisenden, einen bestimmten Betrag an den benannten Empfänger zu überweisen. Er dient gleichzeitig der beauftragten Kontostelle als Beleg. Der wichtigste Teil des Formulars ist das Mittelstück, die Spargirokarte, die als durchlaufendes Formular ausgestaltet ist. Sie wird bereits vom Absender mit ausgefüllt und läuft von der beauftragten Sparkasse über die Sparkasse des Empfängers bis zum Empfänger selbst, für den sie die Gutschriftsanzeige darstellt. Neben dieser Gutschriftsanzeige beinhaltet sie als Wichtigstes noch die Aufforderung an die letzte Kontostelle, auf das Konto des ange-

kehr Schwierigkeiten ergeben haben und Schecks auf Institute am Platz oder in der Umgebung der beauftragten Sparkasse. Diese werden nach den örtlichen Gepflogenheiten verrechnet. Überweisungsaufträge werden im eigenen Netz weitergeleitet, wenn sie auf ein netzeigenes Konto lauten oder unter bestimmten Bedingungen, wenn sie auf ein Postscheck-, Genossenschafts- oder Bankkonto lauten. Werden Überweisungsaufträge oder Schecks, die an eine netzfremde Kontostelle adressiert sind, im eigenen Netz weitergegeben, so laufen sie bis zu der Girozentrale oder Sparkasse, die sich am Ort oder in der Umgebung der netzfremden Kontostelle befindet und werden von dieser mit der netzfremden Kontostelle verrechnet. Vgl. Grundsätze für den Scheckeinzugsverkehr der Deutschen Sparkassen- und Giroorganisation, Ausgabe März 1956, hrsg. vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., S. 5 ff., Grundsätze für den Spargiroverkehr der Deutschen Sparkassen- und Giroorganisation, Ausgabe Januar 1956, hrsg. vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., S. 12 ff.

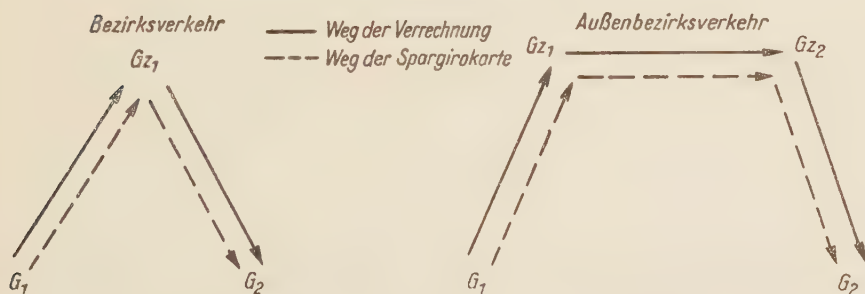
²⁰ Eine Girozentrale kann natürlich auch Zahlungen zwischen einer Sparkasse und einer anderen Girozentrale vermitteln. Auf die Behandlung dieses Falles kann jedoch hier verzichtet werden, da er bezüglich der technischen Abwicklung gegenüber dem durch Girozentralen vermittelten Zahlungsverkehr zwischen Sparkassen keine Unterschiede aufweist.

²¹ Auf den grünen Sparkassenscheck einzugehen, erübrigt sich, da er seinem Inhalt nach ja grundsätzlich durch das Scheckgesetz festgelegt ist.

gebenen Empfängers den angeführten Betrag gutzubringen²². Die einzelnen Formular- und Verrechnungswege lassen sich nunmehr am besten an einigen Beispielen demonstrieren.

Bei einer Sparkasse (Girostelle) G_1 werden von Kunden Überweisungsaufträge eingereicht, die zum Teil auf Sparkassen G_2 des Girozentralbezirks der beauftragten Sparkasse und zum Teil auf Sparkassen G_2 anderer Girozentralbezirke lauten. Da die beauftragte Sparkasse mit keiner der Empfängersparkassen in direktem Verrechnungsverkehr steht, werden die Überweisungen mit Hilfe der Girozentralen (Gz) erledigt. Für die Ausführung der Überweisungen an Sparkassen, die im Bezirk derselben Girozentrale Gz_1 wie die beauftragte Sparkasse liegen (Bezirksverkehr), genügt die Vermittlung dieser einen Girozentrale, bei der ja die beteiligten Sparkassen Verrechnungskonten unterhalten. Anders liegen die Verhältnisse bei den Überweisungen an Sparkassen, die im Bezirk anderer Girozentralen Gz_2 ihren Sitz haben (Außenbezirksverkehr). Überweisende Sparkasse und Empfängersparkassen unterhalten in diesem Falle ihre Verrechnungskonten bei verschiedenen Girozentralen. Damit wird zur Abwicklung dieser Überweisungen die Einschaltung der beiden jeweils berührten, kontenmäßig verbundenen Girozentralen erforderlich. Die beauftragte Sparkasse wird sich nun zur Erledigung ihrer Überweisungsaufträge je nach den vorliegenden Umständen des Normal- oder Eilverkehrs bedienen. Zunächst sei sowohl im Bezirks- wie auch im Außenbezirksverkehr vom Normalverfahren ausgegangen.

Normalverfahren



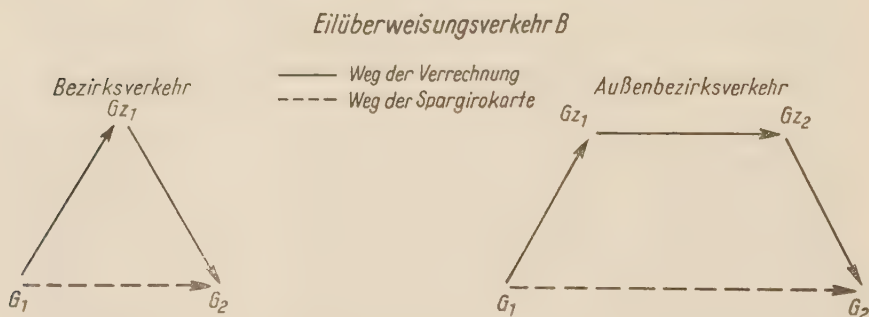
Die Spargirokarten, die von der beauftragten Sparkasse auf einem Sammelgutschriftsauftrag zusammengestellt werden, wandern also bei Anwendung des Normalverfahrens von dieser zu der für sie zuständigen Girozentrale. Die Girozentrale prüft die Spargirokarten auf ihre Form-

²² Der Spargiroauftrag ist sowohl in der hier beschriebenen Form des Abschnittsvordruckes wie auch in der arbeitsparenden Form des Durchschreibeformulars gebräuchlich.

gerechtigkeit und ihre Übereinstimmung mit dem Sammelverzeichnis hin und leitet sie im Bezirksverkehr direkt an die empfangenden Sparkassen weiter, während sie sie im Außenbezirksverkehr den für die Empfänger-sparkassen zuständigen Girozentralen zustellt, die ihrerseits die Weiterleitung an die angegebenen Sparkassen ihres Bezirkes vornehmen. Die Verrechnung nimmt denselben Weg wie die Spargirokarten. Die beauftragte Sparkasse belastet ihre Auftraggeber und erkennt ihre Girozentrale. Die Girozentrale belastet die auftraggebende Sparkasse und erkennt die Empfängersparkassen direkt (Bezirksverkehr) oder indirekt (Außenbezirksverkehr) über die zuständigen Girozentralen. Sie wird von den empfangenden Sparkassen, die den Zahlungsempfängern die für sie bestimmten Beträge gutschreiben, ebenfalls unmittelbar oder mittelbar (über die eingeschalteten anderweitigen Girozentralen) belastet.

Es ist offensichtlich, daß die Durchführung einer Überweisung im Normalverfahren relativ viel Zeit in Anspruch nimmt. Solange es die einzig mögliche Ausführungsart im Spargiroverkehr war, sah sich dieser auch stets dem Vorwurf der Langsamkeit ausgesetzt²³. Das wurde aber mit Einführung des Eilverkehrs anders, bei dessen Anwendung durchschnittlich ein oder zwei Postlaufstage gegenüber dem Normalverfahren eingespart werden können. Heute werden im Normalverfahren nur noch kleinere, nicht eilbedürftige Aufträge abgewickelt.

Die schnellste Ausführung einer Überweisung ermöglicht der im folgenden Schaubild dargestellte Eilüberweisungsverkehr B.



Im Eilüberweisungsverkehr B werden von der beauftragten Sparkasse die Spargirokarten für jede empfangende Sparkasse auf einem Eilüberweisungsvordruck zusammengestellt. Eine Durchschrift dieses Vordrucks, der sog. Eilüberweisungsauftrag, wird von der beauftragten Sparkasse den für die Zahlungsempfänger zuständigen Sparkassen mit den Spargirokarten zugesandt, die die Aufträge sogleich durch Gutschrift auf die Empfängerkonten zur Ausführung bringen. Die interne Verrech-

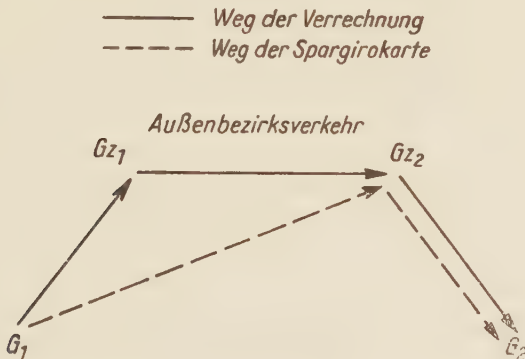
²³ Vgl. F. Schmidt: a. a. O., S. 95.

nung zwischen den Instituten erfolgt gewissermaßen nachhinkend wie im Normalverfahren. Formular- und Verrechnungswege decken sich hier nicht. Die Unterlage für die Verrechnung bieten die Urschriften der Eilüberweisungsvordrucke, die sog. Eilüberweisungsgegenwerte, die zusammen mit den im Normalverfahren abzuwickelnden Spargirokarten von der beauftragten Sparkasse der eigenen Girozentrale zugeleitet werden.

Ausgeführt werden Überweisungen im Eilverkehr B dann, wenn der Auftraggeber die Erledigung als eilig oder dringlich bezeichnet hat oder sonst die Eilbedürftigkeit aus dem Auftrag hervorgeht, wenn die Überweisungsbeträge auf 500,— DM und mehr lauten und wenn sie nach benachbarten Orten oder nach anderen Orten gerichtet sind, für die erfahrungsgemäß täglich Überweisungen in größerer Anzahl vorliegen²⁴.

Der Eilüberweisungsverkehr A, die andere im Spargiroverkehr übliche Eilverkehrsform, kann von der beauftragten Sparkasse bei Überweisungsaufträgen angewendet werden, die an Sparkassen fremder Girozentralbezirke gerichtet sind, soweit sie nicht wegen besonderer Eilbedürftigkeit oder wegen der Höhe des Überweisungsbetrages im Eilverkehr B abgewickelt werden müssen²⁵.

Eilüberweisungsverkehr A



Die Weitergabe der Spargirokarten erfolgt im Eilverkehr A ebenfalls in Verbindung mit dem Eilüberweisungsauftrag. Der Empfänger ist jedoch nicht eine Sparkasse, sondern die für die Empfängersparkasse zuständige Girozentrale, die im Unterschied zum Eilüberweisungsverkehr B hier auch in den Formularweg eingeschaltet ist. Die Verrechnung mittels

²⁴ Vgl. Grundsätze für den Spargiroverkehr, a. a. O., S. 14 f.

²⁵ Vgl. Grundsätze für den Spargiroverkehr, a. a. O., S. 15. Der Eilüberweisungsverkehr A kommt vielfach dann zur Anwendung, wenn mehrere Aufträge für Sparkassen am Platze fremder Girozentralen oder für diese selbst vorliegen, und die Voraussetzungen für die Erledigung im Eilverkehr B nicht gegeben sind.

der Eilüberweisungsgegenwerte nimmt den bereits beschriebenen Lauf, so daß auch bei dieser Überweisungsart Formular- und Verrechnungsweg sich nicht decken.

Aus der Betrachtung der verschiedenen Überweisungsformen geht hervor, daß die eingeschalteten Girozentralen wohl stets die Verrechnungsfunktion wahrnehmen, in die Weiterleitung des Überweisungsformulars, der Spargirokarte, aus Gründen der Zeitersparnis aber nur noch zum Teil eingeschaltet sind. So verhält es sich auch im Scheckeinzugsverkehr. Die Verrechnungs- und Formularwege, die im Einzugsverkehr benützt werden, entsprechen den beschriebenen Wegen im Überweisungsverkehr. Es gibt also auch den Normaleinzugsverkehr, den Eileinzugsverkehr B und den Eileinzugsverkehr A. Eine ausführliche Darstellung dieser Formen erübrigt sich; denn die Schaubilder, die für den Überweisungsverkehr aufgestellt wurden, gelten sinngemäß, wenn man sich die Spargirokarte durch den Scheck ersetzt denkt und beachtet, daß hier im Gegensatz zum Überweisungsverkehr Zahlungsempfänger die G_1 ist und Zahlungsleister der die G_2^{26} .

4. Klassifizierung der Girozentralen als Verrechnungsinstitute

Nunmehr erhebt sich die Frage, inwieweit die Girozentralen als bestandhaltende oder als verrechnende Zentralen anzusprechen sind²⁷.

Geht man vom Normalverfahren im Überweisungsverkehr aus, so meint man, in der kontoführenden Girozentrale der mit Überweisungen beauftragten Sparkassen ohne weiteres eine reine bestandhaltende Zentrale sehen zu können. Jede einzelne Spargirokarte nimmt ja ihren Weg über die Zentrale, die sie entsprechend prüft und an die empfangenden Sparkassen direkt oder indirekt weitergibt, nachdem sie die Konten der überweisenden Sparkassen belastet, die der empfangenden Sparkassen unmittelbar oder mittelbar erkannt hat. Entscheidend wird in diesem Zusammenhang jedoch die Frage, ob die Girozentrale die Überweisungen nur dann weitergibt, wenn die beauftragten Sparkassen ausreichende Guthaben bei ihr unterhalten, oder auch dann, wenn diese Guthaben zur

²⁶ Auch die Schecks gehen im Normalverfahren mit Sammelverzeichnissen zur eigenen Girozentrale und von dieser nach erfolgter Prüfung direkt (Bezirksverkehr) oder indirekt (Außenbezirksverkehr) über eine andere Girozentrale weiter zur bezogenen Sparkasse. Im Eileinzugsverkehr wandern sie zusammen mit dem Eileinzugsauftrag sogleich zur bezogenen Sparkasse (Eilverkehr B) oder zur fremden Girozentrale (Eilverkehr A), während der Eileinzugsgegenwert wie im Überweisungsverkehr als Verrechnungsgrundlage zur eigenen Girozentrale gelangt. Buchungsmäßig ist zu beachten, daß einer Gutschrift im Überweisungsverkehr im Scheckeinzugsverkehr eine Belastung entspricht und umgekehrt.

²⁷ Für die folgenden Ausführungen ist zu beachten, daß die Unterscheidung nach bestandhaltender und verrechnender Zentrale nur jeweils für die kontoführende Girozentrale der im Überweisungsverkehr beauftragten oder im Scheckverkehr bezogenen Sparkassen gilt.

Abdeckung der Überweisungen nicht ausreichen. Es wurde bereits ausgeführt, daß die Verrechnungskonten der Sparkassen bei ihrer Girozentrale als Kontokorrentkonten ausgestattet sind, wodurch den Sparkassen grundsätzlich die Möglichkeit eröffnet wird, den Kontokorrentkredit ihrer Girozentrale in Anspruch zu nehmen²⁸. Tritt also einmal der Fall ein, daß es einer Sparkasse bei ihrer Girozentrale an Deckung für die Durchführung von Überweisungen mangelt, so übernimmt die Girozentrale bis zur Wiederauffüllung des Kontos die Abdeckung der Überweisungen, die die betrachtete Sparkasse über sie leitet. Sie weicht insoweit vom bestandhaltenden Prinzip ab und wird zur verrechnenden Zentrale.

Als verrechnende Zentrale ist sie darüberhinaus auch in dem Maße anzusprechen, als die ihr angeschlossenen Sparkassen Überweisungsaufträge durch direkte Weitergabe der Spargirokarten an die empfangenden Sparkassen oder die für diese zuständigen fremden Girozentralen (also im Eilverkehr B oder im Eilverkehr A) erledigen. In diesen Fällen führen die Empfängersparkassen die Überweisungen aus, ohne zu wissen, ob die überweisende Sparkasse die erforderlichen Guthaben zur Abdeckung der Überweisungen bei ihrer Girozentrale unterhält. Die Ausführung der Überweisungen erfolgt somit grundsätzlich unabhängig von dem Kontostand der auftraggebenden Sparkasse bei ihrer Zentrale, was bei Einhaltung des Prinzips der bestandhaltenden Zentrale nicht möglich ist²⁹.

5. Die kreditpolitische Bedeutung der Zusammenarbeit von Sparkassen und Girozentralen im bargeldlosen Zahlungsverkehr

Ein Kreditinstitut verliert Liquiditätsreserven bei der Verrechnung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs nur insofern, als es in größerem Ausmaße Zahlungen an andere Banken zu leisten hat, als es von diesen empfängt, kurz, wenn es aus der interbankmäßigen Abrechnung mit einem Passivsaldo hervorgeht³⁰. Ein solcher Passivsaldo ist dann ein Zeichen dafür, daß die betreffende Bank in der Kreditgewährung relativ vorgeprellt ist, während die Bank oder die Banken, die das entsprechende Plus aufweisen, bei der Kreditgewährung den Schritt mehr verhalten

²⁸ Auf die Fragen, die im Zusammenhang mit der Geldaufnahme der Sparkassen bei ihren Girozentralen entstehen, wird im IV. Abschnitt, der die gegenseitige und gemeinsame Kreditgewährung der Sparkassen und Girozentralen behandelt, ausführlich eingegangen werden. Hier genügt die Feststellung, daß den Sparkassen der Kredit ihrer Girozentralen grundsätzlich zur Verfügung steht.

²⁹ Was hier lediglich in bezug auf den Überweisungsverkehr festgestellt wurde, gilt sinngemäß auch für den Scheckeinzugsverkehr. Auch im Scheckeinzugsverkehr fungiert die einzelne Girozentrale insoweit als verrechnende Zentrale, als die Abwicklung von Schecks, die auf eine ihr angeschlossene Sparkasse gezogen und über sie als Zentrale zu verrechnen sind, unabhängig von dem Guthabenbestand der bezogenen Sparkasse bei ihr erfolgt.

³⁰ Von einer Kreditgewährung der Banken untereinander wird abgesehen.

haben³¹. Hat eine Bank längere Zeit in der täglichen Abrechnung einen Minussaldo zu verzeichnen, so muß sie sich in der Kreditgewährung unbedingt mehr Reserve auferlegen, während die anderen Banken, die die entsprechenden Aktivsalden haben, kreditaktiver werden können. Die Banken werden dadurch gewissermaßen auf eine Linie gebracht und auf Gleichschritt ausgerichtet³².

Nun beeinflussen ja nicht alle unbaren Zahlungen, die eine Bank zu erledigen hat, ihren Verrechnungssaldo mit anderen Banken; denn es wird mehr oder weniger häufig der Fall eintreten, daß eine Bank Zahlungen von Kunden an Kunden ausführen muß, was sie durch einfache Umbuchung von Konto zu Konto in ihren Büchern machen kann. Diese Zahlungen treten bei der interbankmäßigen Verrechnung nicht in Erscheinung, sie sind vielmehr diesbezüglich neutral. Haben also alle Banken bei der Notenbank den gleichen Prozentsatz an Barreserven (Mindestreserven) zu unterhalten, und sieht man der Einfachheit halber von Barabhebungen ab, so ist die Fähigkeit der einzelnen Bank zur Kreditgewährung gegenüber anderen Banken unter sonst gleichen Bedingungen um so größer, je weniger die unbaren Zahlungen ihrer Kunden bei der interbankmäßigen Verrechnung für sie ins Gewicht fallen, je mehr sie also auf dem Wege der institutsinternen Umbuchung ausgeführt werden können.

In welchem Maße die einzelne Bank damit rechnen kann, daß sich die Anweisungen der Kundschaft innerhalb ihrer Bücher abwickeln lassen, hängt von der Größe ihres Kundenkreises ab; denn „je größer der Kundenkreis einer Geschäftsbank ... ist, um so größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß Verfügungen der Kunden über ihre Guthaben ... durch Umbuchung von Konto zu Konto innerhalb des Institutes ... ausgeführt werden können“³³.

Der kreditmäßige Vorteil, den eine Verrechnungszentrale, hier sei an eine regionale Girozentrale gedacht, in diesem Zusammenhang für sich buchen kann, liegt auf der Hand. Er besteht darin, daß die Wahrscheinlichkeit, Zahlungsanweisungen durch einfache interne Umbuchungen ausführen zu können, bei der Girozentrale besonders groß ist; denn der Kreis der Wirtschaftssubjekte, an die sie Zahlungen auf diese Weise ausführen kann, umfaßt nicht nur ihre Sparkassen und sonstigen Kunden, sondern über die Konten ihrer Sparkassen bei ihr auch deren Kundschaft mit. Sie verliert also Liquiditätsreserven im bargeldlosen Zahlungsverkehr nur insoweit, als sie bei der Abrechnung mit systemfremden Banken, wozu im vorliegenden Falle auch die anderen Girozentralen zählen, einen Passivsaldo aufweist. Dadurch ist der Kreditspielraum der einzel-

³¹ Vgl. Wilhelm *Lautenbach*: Zins, Kredit und Produktion, herausgegeben von Wolfgang Stützel, Tübingen 1952, S. 60 f.

³² Vgl. Wilhelm *Lautenbach*: a. a. O., S. 60 f.

³³ Konrad *Mellerowicz*: a. a. O., S. 371.

nen Girozentrale um so größer, je umfangreicher — abgesehen von ihren sonstigen Kunden — ihr Verrechnungsbereich ist, d. h. je mehr Sparkassen ihr angegliedert sind, weil sie dann in um so höherem Maße damit rechnen kann, daß Zahlungen, die sie von ihren Sparkassen oder sonstigen Kunden zur Ausführung bekommt, in ihrem eigenen Netz verbleiben, wodurch ihr Verrechnungssaldo mit systemfremden Banken nicht berührt wird.

Die DGZ als zentrales Verrechnungsinstitut für das ganze Spargirosystem ist hinsichtlich ihrer Fähigkeit zur Kreditgewährung natürlich noch weitaus mehr begünstigt als die einzelne regionale Girozentrale; denn ihr Verrechnungsbereich umfaßt ja die regionalen Verrechnungsbereiche aller Girozentralen, und sie hat mit einem Entzug von Liquiditätsreserven in Ausführung ihrer Zahlungsanweisungen nur zu rechnen, wenn sie mit einem Minussaldo im Verkehr gegenüber Kreditinstituten abschließt, die nicht dem Spargironetz angeschlossen sind.

Die vorliegende Betrachtung läßt erkennen, daß der Zusammenschluß von Kreditinstituten zu einem Girokreis liquiditätssparend wirkt. Die Liquiditätssparnis kommt aber in vollem Maße zunächst nur den Zentralen zugute und vergrößert ausschließlich deren Kreditspielraum³⁴; denn das einzelne Kreditinstitut oder in der vorliegenden Betrachtung die einzelne Sparkasse, die dem Girossystem angeschlossen ist, muß sämt-

³⁴ Ohne hier bereits die Auswirkungen zu erörtern, die sich durch die Einführung der Mindestreservepflicht für die Verflechtung von Sparkassen und Girozentralen ergeben haben, kann doch festgestellt werden, daß durch die Mindestreserven die besprochenen Liquiditätsvorteile der Spitzeninstitute nicht beseitigt werden. Eine generelle Beseitigung dieser Vorteile wäre nur möglich, wenn man die betreffenden Institute ihrer Verrechnungsfunktion entkleiden und diese voll auf die Notenbank übertragen würde. Andererseits besteht aber kein Zweifel darüber, daß die Mindestreserven die Verrechnungszentralen liquiditätsmäßig entschieden stärker beschränken, als es etwa der Zwang zur Abwicklung des Überländerzahlungsverkehrs über die Notenbank tun würde. Denn durch die Mindestreservepflicht wird den Zentralen weitaus mehr Zentralbankgeld entzogen, als es im Überländerverkehr der Fall wäre, wo sich der Zentralbankgeldentzug, wie *Golz* bezüglich der Girozentralen (vgl. Dietrich *Golz*: Das Liquiditätsproblem bei den Girozentralen, Erlanger Dissertation 1952, S. 138 ff.) feststellte, auf die gegenüber den Mindestreserven relativ kleinen Beträge beschränken würde, die sich durchschnittlich zwischen den Girozentralen im Netz der Notenbank unterwegs befänden. Ergänzend sei hier noch auf Tabelle 4 des Tabellenanhangs verwiesen, die zeigt, daß der prozentuale Betrag der Überweisungen, die innerhalb der gesamten Spargiroorganisation erledigt wurden, in den angeführten Jahren nach der Einführung der Mindestreservepflicht (1949/50) gegenüber den Jahren 1936/37, in denen eine Mindestreservepflicht noch nicht bestand, nicht geringer geworden ist (der gesamte Spargiroverkehr addiert sich aus dem „reinen“ + dem „gemischten“ Spargiroverkehr. Beim reinen Spargiroverkehr liegen Anfang und Ende der Überweisung innerhalb der Spargiroorganisation, beim gemischten Spargiroverkehr liegen Anfang oder Ende der Überweisung außerhalb der Spargiroorganisation). Die Mindestreservepflicht hat also das Gewicht der systeminternen Verrechnung nicht geschmälert; denn der zum Ausdruck kommende stückzahlmäßige Rückgang der systeminternen Überweisungen ist kreditpolitisch grundsätzlich nicht von Bedeutung.

liche Zahlungen, die sie nicht durch Umbuchungen von Konto zu Konto in ihren Büchern ausführen kann, als Zahlungen an fremde Banken ansehen, die ihren Verrechnungssaldo in passivischem Sinne beeinflussen. Erst auf dem Wege der Kreditgewährung seitens der regionalen Girozentralen und der DGZ (über die regionalen Girozentralen) an die Sparkassen werden diese an den Liquiditätsvorteilen ihrer Zentralen beteiligt³⁵. Damit werden jedoch bereits Fragenkreise angerührt, die erst an späterer Stelle behandelt werden können.

³⁵ Ebenfalls kann natürlich auch die DGZ die regionalen Girozentralen erst auf dem Kreditwege an ihren Liquiditätsvorteilen teilhaben lassen.

Dritter Abschnitt

Verflechtungen zwischen Sparkassen und Girozentralen durch die Unterhaltung von Liquiditätsguthaben seitens der Sparkassen bei den Girozentralen

1. Grundgedanken

Ein Liquiditätsproblem in dem Sinne, daß eine Tilgung fälliger Verpflichtungen oder ein Erwerb von Gütern Verfügungsmacht über Zahlungsmittel oder in Zahlungsmittel umwandelbare Vermögenswerte voraussetzt, existiert in der modernen Geldwirtschaft für alle Wirtschaftssubjekte. Innerhalb dieses allgemeinen Liquiditätsproblems besteht jedoch ein spezielles bankwirtschaftliches Liquiditätsproblem, das sich inhaltlich vom eben genannten wesentlich unterscheidet. Die Verfügungsmacht über Zahlungsmittel dient bei Banken grundsätzlich dem Zweck der rechtzeitigen Erfüllung eingegangener Verpflichtungen, denen kein Gütererwerb zugrunde liegt, und nicht dem Erwerb realer Vermögensgüter. Der Zweck, für den liquide Mittel hier gehalten werden, ist also engerer¹. Zum weiteren Unterschied gegenüber dem Liquiditätsproblem des Nichtbankensektors ist für das bankwirtschaftliche Liquiditätsproblem charakteristisch, daß die Fälligkeit der Bankverpflichtungen formalrechtlicher Natur ist. Dadurch weisen die Verpflichtungen häufig die Tendenz auf, auch nach Fälligkeit bestehen zu bleiben, oder es kommt vor, daß sich die Bank Wünschen nicht entziehen kann, die auf Erfüllung der Verpflichtungen vor Fälligkeit gerichtet sind. *Stucken* formuliert diesen Tatbestand folgendermaßen: „Die Besonderheit des Liquiditätsproblems der Banken beruht darauf, daß gegen Banken massenhaft Forderungen bestehen, die trotz Fälligkeit oder Fälligwerdens in der Regel nicht, gelegentlich aber doch in größerem Umfang geltend gemacht werden, und daß die Banken sich vielfach dem Ansinnen nicht entziehen können, Forderungen vor Fälligkeit zu entsprechen ...“².

¹ Vgl. Leonhard *Gleske*: Die Liquidität in der Kreditwirtschaft, Frankfurt/M. ohne Jahr, S. 5.

² Rudolf *Stucken*: Liquidität der Banken, Berlin 1940, S. 14. Natürlich gelten diese Besonderheiten des bankwirtschaftlichen Liquiditätsproblems grundsätzlich auch für die Sparkassen und die Girozentralen. Jedoch zeichnen sich ihre Liquiditätsprobleme, wie eingehende Untersuchungen ergeben haben, gegenüber denen anderer Bankgruppen — etwa der Gruppe der privaten Kreditbanken — durch spezifische Eigenarten aus, die sich bei den Sparkassen im wesentlichen aus dem im Unterschied zu den Kreditbanken nor-

Für die Unternehmungen von Handel und Industrie ist also ein vorausschauendes, auf die Sicherung der Zahlungsfähigkeit — der Liquidität — abzielendes Disponieren im Unterschied zu den Banken weit einfacher, weil die eingegangenen Verpflichtungen hier in aller Regel tatsächlich am Fälligkeitstag zu erfüllen sind, während sich die Banken in dieser Hinsicht weitgehend auf Erfahrungssätze und Schätzungen verlassen müssen, so daß man sagen kann: „Die Erfahrung darüber, inwieweit Ansprüche an die Banken tatsächlich herantreten, ist maßgebend dafür, inwieweit die Bank über Barreserven und „liquide“ Aktiva verfügen muß, und bei der Beurteilung der Aktiva sind alle Realisierungsmöglichkeiten in Betracht zu ziehen³.“ Sieht man von der Unterscheidung in Barreserve und „liquide“ Aktiva, wie es *Stucken* hier tut, ab und faßt beide Gruppen von Aktiva einfach unter dem Begriff „Liquiditätsreserven“ zusammen, so erhebt sich die Frage, welche Aktiva einer Bank als Liquiditätsreserven angesehen werden können. Ohne daß hier Wert auf eine vollständige und detaillierte Aufzählung gelegt wird, kann doch allgemein festgestellt werden, daß bei der Einzelbank im wesentlichen die Kasse und die Guthaben bei der Notenbank, soweit sie Überschußreserven darstellen, „die über das für den laufenden Geschäftsverkehr Benötigte oder über das durch Tradition oder gesetzliche Vorschrift Bedingte hinausgehen“⁴, sowie Postscheckguthaben, kurzfristige Guthaben bei Kreditinstituten, Wechsel, Schecks und lombardfähige Wertpapiere in die Kategorie der Liquiditätsreserven zu rechnen sind.

Nun ist allerdings das Gewicht, das den einzelnen Arten von liquiden Aktiven für die Sicherung der Liquidität bei den verschiedenen Bankengruppen zukommt, unterschiedlich. Bei den Sparkassen liegt die besondere Betonung auf den Guthaben bei Kreditinstituten; denn sie sind durch Gesetz verpflichtet, in bestimmtem Verhältnis zu ihren Einlagen Liquiditätsreserven in Form von Nostroguthaben bei den zuständigen Girozentralen zu unterhalten, bezüglich deren Anlegung die Girozentralen an gesetzliche Normen gebunden sind. Der Umfang, in dem die Sparkassen solche Liquiditätsreserven bei ihren Zentralbanken zu unterhalten haben, läßt die Absicht des Gesetzgebers erkennen, den Sparkassen auf diese Weise einen Rückhalt gegen außergewöhnliche Liquiditätsengpässe zu sichern, wie sie im Gefolge allgemeiner Zahlungskrisen auftreten. Diese können sich etwa in Gestalt eines allgemeinen Einlagenrückganges oder eines Rückganges des Einlagenzuwachses bemerkbar machen; denn auch in letzterem Falle können bei den Sparkassen bereits erhebliche Liquiditäts-

malerweise bestehenden großen Übergewicht der Spareinlagen über die sonstigen Einlagen und bei den Girozentralen hauptsächlich aus ihrer Stellung als Sparkassenzentralbanken ergeben. Vgl. dazu die bereits erwähnte Untersuchung von Dietrich *Golz* und die Arbeit von Ludwig *Sperk* und Manfred *Wilsdorf*: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, Berlin 1956.

³ Rudolf *Stucken*: Geld und Kredit, 2. Auflage, a. a. O., S. 107.

⁴ Rudolf *Stucken*: Geld und Kredit, 2. Auflage, a. a. O., S. 118.

tätsanspannungen auftreten, wenn sie trotz der Verlangsamung ihres Einlagenzuwachses an der Erfüllung ihrer Kreditzusagen festhalten, die sie unter dem Eindruck eines günstigeren Einlagenwachstums für nunmehrige Verhältnisse in zu großem Umfange vergeben haben⁵.

Der Gesetzgeber hat bei der Festlegung der Bestimmungen, die die Sparkassen zur Unterhaltung von Liquiditätsguthaben bei ihren Girozentralen verpflichten, Gedanken und Erkenntnisse aufgenommen, die in der Sparkassenorganisation schon lange vorher Platz gegriffen hatten. Die Erfahrung hatte nämlich gezeigt, daß die Beschaffung qualitativ hochwertiger liquider Werte für die einzelne Sparkasse große Schwierigkeiten bereitet. „Die meisten Sparkassen sind bekanntlich kleine bis mittlere Betriebe in Orten entsprechender Größe. Die einzelne Sparkasse würde also, wäre sie liquiditätsmäßig auf sich selbst gestellt, bald erkennen müssen, daß die Erstellung einer ausreichenden Eigenliquidität — gerade auch unter Berücksichtigung der Rentabilitätsnotwendigkeiten — kaum durchführbar ist. Die an sich geeigneten Handelswechsel dürften nämlich in der Regel weder in der gewünschten Qualität noch in dem erforderlichen Umfang anfallen. Die Beschaffung und richtige Auswahl der meisten anderen erstklassigen Liquiditätswerte aber setzt eine Marktkennntnis und dauernde Marktbeobachtung in ständiger Fühlungnahme mit der Reichsbank voraus, die nur an größeren Geldplätzen, eben dem Sitz der Girozentralen, gegeben ist⁶.“

Indem man die Sparkassen zur Unterhaltung von Liquiditätsguthaben bei ihren Girozentralen veranlaßte, übertrug man also die Sorge für deren Anlegung in jederzeit realisierbaren Werten den dafür besser geeigneten Girozentralen und über diese, wie noch gezeigt werden wird, auch der DGZ, wodurch die Sparkassen der Mühe, solche Anlagen selbst suchen zu müssen, zum großen Teil enthoben wurden.

2. Geschichtlicher Überblick über den

Liquiditätsguthabenverbund zwischen Sparkassen und Girozentralen

In der Zeit vor dem ersten Weltkrieg besaß das Liquiditätsproblem für die Sparkassen bei weitem nicht die Bedeutung wie heute. Der Bestand an Spareinlagen stieg von Jahr zu Jahr, und die Einzahlungen übertrafen die Auszahlungen meist erheblich. Gab es doch Tage, an denen die Auszahlungen überwogen, so mußte die Liquiditätsvorsorge der Sparkassen im wesentlichen darauf gerichtet sein, für diese in der Regel wiederkehrenden Termine gerüstet zu sein, wobei ihnen ihre in vielen Jahren gesammelten Erfahrungen zu statten kamen. Von entscheidender Bedeutung war weiterhin, daß Giroeinlagen praktisch noch keine Rolle spielten, und die

⁵ Vgl. Ludwig *Sperk* und Manfred *Wilsdorf*: a. a. O., S. 73 ff.

⁶ Hellmuth *Will*: a. a. O., S. 110 f.

von den Sparkassen bevorzugte Anlage der Einlagen in Staatstiteln als absolut sicher galt. Vergessen sei auch nicht die Tatsache, daß sich in den wirtschaftlichen Bewegungsvorgängen der damaligen Zeit deflationistische und inflationistische Tendenzen wechselseitig die Waage hielten; wohl kam es im Verlauf der Konjunkturbewegungen zu einer Pendelbewegung von Geldwertsteigerung und Geldwertsenkung, von Krediteinschränkung und Kreditausdehnung, aber von der Möglichkeit einer Geldentwertung in dem Ausmaße, wie sie im Gefolge des ersten Weltkrieges auftrat, hatte man damals noch keine Vorstellung. Man brauchte also noch nicht mit der Inflationserfahrenheit des Einlegers zu rechnen, der heute bei Krisenerscheinungen weit rascher und kräftiger zu reagieren pflegt als in der damaligen Zeit.

Wenn trotzdem das Problem ausreichender Liquiditätsvorsorge für die Sparkassen in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg den Deutschen Sparkassenverband andauernd beschäftigte, so lag es daran, daß man bereits die Möglichkeit größerer Einlagenabzüge im Gefolge stärker auftretender Krisenerscheinungen — etwa bei Ausbruch eines Krieges — ins Auge gefaßt hatte⁷. Man dachte, wie ja bereits früher ausgeführt wurde, an die Errichtung einer Sparkassenzentralbank, die durch Ankauf erster Diskonten und Devisen auf der Grundlage bei ihr unterhaltener Sparkassenguthaben jederzeit in der Lage sein sollte, die Liquiditätsansprüche der Sparkassen zu befriedigen. Das Projekt scheiterte aber an der Uneinigkeit der Sparkassen sowie am Widerstand des Preußischen Innenministeriums und der Reichsbank, nachdem bereits vorher Zweifel darüber lautgeworden waren, ob die geplante Zentralbank die ihr zugedachten Aufgaben erfüllen können werde. Bemerkenswert bleibt jedoch der Umstand, daß bereits damals der Gedanke vorherrschte, die Liquiditätsvorsorge für die Sparkassen weitgehend auf der Basis von Nostroguthaben zu betreiben.

Es ist deshalb auch nicht weiter verwunderlich, daß dieser Gedanke bei der Errichtung der Girozentralen von Anfang an eine große Rolle spielte, und man sogleich an eine weitergehende Guthabenhaltung der Sparkassen bei ihren Girozentralen dachte, als es die Abwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs normalerweise erforderte. Während aber die Girozentralen in den ersten Jahren ihres Bestehens die Verwaltung der Sparkassenliquiditätsreserven gewissermaßen auf dem Wege der Selbstverwaltung übernahmen, machte der Gesetzgeber schon bald eine feste und allgemeinverbindliche Regelung daraus.

Erstmalig enthielt die preußische Mustersatzung für Sparkassen vom 26. 7. 1927 bindende Vorschriften über die von den Sparkassen bei ihren Girozentralen anzulegenden Liquiditätsguthaben. Der § 35 dieser MuSa verpflichtete die preußischen Sparkassen zur Anlage von mindestens

⁷ Vgl. Josef Hoffmann: Deutsche Sparkasseneinheit, a. a. O., S. 174 ff.

30 vH ihrer Gesamteinlagen in flüssigen Werten⁸, wovon ein bestimmter Teil, nämlich mindestens 10 vH der Gesamteinlagen, als Guthaben bei der jeweils zuständigen Girozentrale zu halten waren⁹.

Die Lebensdauer dieser Mustersatzung war allerdings nur kurz. Die erwähnte Reichsnotverordnung vom 6. Oktober 1931 — angesichts der katastrophalen Geschehnisse während der Weltwirtschaftsdepression erlassen — brachte in ihrem fünften Teil, Kapitel I, Spar- und Girokassen, kommunale Kreditinstitute und Giroverbände sowie Girozentralen betreffend, einschneidende Änderungen für das Liquiditätsgefüge der Sparkassenorganisation.

Unter dem Eindruck der Erfahrungen aus der Zahlungskrise wurde der Mindestsatz der in flüssigen Werten anzulegenden Sparkasseneinlagen auf 30 vH der Spareinlagen und 50 vH der sonstigen Einlagen, die davon bei der zuständigen Girozentrale zu unterhaltenden Liquiditätsguthaben auf mindestens 10 vH der Spareinlagen und 20 vH der sonstigen Einlagen erhöht (Art. 1 § 5 Abs. 2 NotVO). Solange die Liquiditätsguthaben die vorgeschriebene Mindesthöhe nicht erreicht hatten, sollten ihnen die Sparkassen mindestens 50 vH der jeweils verfügbaren Mittel zuführen (Art. 1 § 5 Abs. 4 NotVO). Den Landesbehörden wurde in diesem Zusammenhang auferlegt, alle Maßnahmen zu treffen, um die Organisation und den Geschäftsbetrieb der Sparkassen mit diesen Vorschriften in Einklang zu bringen (Art. 1 § 1 Abs. 1 NotVO). Das führte allenthalben zu einer Veränderung der auf Landesebene bestehenden Sparkassengesetze und Mustersatzungen. In die neue Mustersatzung für Preußen, die daraufhin am 26. August 1932 erging, wurden die Bestimmungen der Reichsnotverordnung vom 6. Oktober 1931 über die Unterhaltung von Sparkassenliquiditätsguthaben bei den Girozentralen und die Anlage von Sparkasseneinlagen in sonstigen flüssigen Werten grundsätzlich unverändert übernommen (§ 35 Abs. 1 und Abs. 2 preuß.

⁸ Als solche galten: Kassenbestand, Sorten und Kupons, Guthaben bei der Reichsbank, bei Privatnotenbanken und auf Postscheckkonten, vorübergehende Anlagen bei öffentlichen Bankanstalten (und Sparkassen sowie bei Privatbanken gemäß § 33), zum Privatdiskont an der Börse gehandelte Wechsel (gemäß § 33), Wechsel gemäß § 27 Abs. 4, die jederzeit bei der Reichsbank diskontierbar sind, soweit sie sich innerhalb des der Sparkasse von der Reichsbank eingeräumten Wechsel-Kontingents halten, Schuldverschreibungen auf den Inhaber, die bei der Reichsbank oder einer anderen Bank lombardfähig sind, kurzfristige Forderungen gegen öffentlich-rechtliche Verbände, jederzeit kündbare Faustpfanddarlehen, soweit sie nach § 26 Abs. 1 a und 1 b gesichert sind.

⁹ In den außerpreußischen Bezirken war eine analoge Regelung getroffen worden. Allerdings sah z. B. die Musterordnung für Sachsen keinen starren Prozentsatz vor. Dazu findet sich im Jahrbuch 1931/32 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes auf S. 50 (Fußnote 2) folgender Kommentar: „Bei der besonders engen Zusammenarbeit zwischen der Girozentrale Dresden und den sächsischen Spar- und Girokassen lag der tatsächliche Prozentsatz gewöhnlich weit über dem preußischen Normsatz von 10 %.“

MuSa)¹⁰. Durch Runderlaß des Preußischen Ministers für Wirtschaft und Arbeit vom 8. 6. 1933¹¹ und vom 7. 8. 1933¹² wurde darüberhinaus noch bestimmt, daß die Sparkassen die Liquiditätsreserven bei ihren Girozentralen in Form von täglich fälligen Bankguthaben auf zu diesem Zweck von letzteren besonders einzurichtenden Liquiditätssonderkonten — sog. „Li-Konten“ —, also nicht auf Verrechnungskonto, zu halten haben.

Bezüglich der Girozentralen bestimmte die Reichsnotverordnung vom 6. Oktober 1931 in diesem Zusammenhang, daß sie die bei ihnen angelegten Liquiditätsreserven der Sparkassen getrennt von dem sonstigen Vermögen auszuweisen und sie zu einem Teil, den die Satzung der DGZ bestimmt, bei dieser als Guthaben zu unterhalten, den Rest in anderen völlig flüssigen Werten, vorzugsweise in Wechseln, anzulegen haben, die als Privatdiskonten gehandelt werden (Art. 1 § 9 Abs. 1 und Abs. 2 NotVO). Ausdrücklich wurde festgehalten, daß die Liquiditätsreserven seitens der Girozentralen nicht zur Gewährung von Darlehen verwendet werden dürfen (Art. 1 § 9 Abs. 2 NotVO). In der Satzung der DGZ wurde dann im § 5 Abs. 1 niedergelegt, daß die Girozentralen mindestens 50 vH der ihnen seitens der Sparkassen zufließenden Liquiditätsreserven bei der DGZ zu belegen haben. Der Rest verbleibt ihnen zur eigenen Anlage in völlig flüssigen Werten¹³.

Der DGZ schließlich wurde durch die Reichsnotverordnung vom 6. Oktober 1931 auferlegt, die seitens der Girozentralen bei ihr angelegten Liquiditätsreserven ebenfalls getrennt von ihrem sonstigen Vermögen auszuweisen, sie mindestens zur Hälfte als Guthaben bei der Reichsbank anzulegen oder durch diese anlegen zu lassen und den Rest in völlig flüssigen Werten, vorzugsweise in Wechseln, die als Privatdiskonten gehandelt werden, zu belegen (Art. 2 § 2 Abs. 1 u. Abs. 2 NotVO).

Damit ist der Liquiditätsguthabenverbund innerhalb der Sparkassenorganisation, wie er sich auf Grund der Vorschriften der Reichsnotverordnung vom 6. Oktober 1931 und der in Verbindung damit ergangenen

¹⁰ Die sonstigen flüssigen Werte werden in § 35 Abs. 2 im einzelnen aufgezählt. Ihre Zusammensetzung weist gegenüber der MuSa von 1927 keine Veränderungen auf. Eine Ergänzung trat nur insofern ein, als die flüssigen Werte in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen müssen, wobei jederzeit kündbare Faustpfanddarlehen nicht mehr als $\frac{1}{10}$ sämtlicher übrigen flüssigen Werte betragen dürfen. Bemerkenswert ist noch, daß seitens der Sparkassen bei den Girozentralen auf Terminkonten geführte Guthaben nur insoweit als sonstige flüssige Werte gelten, als ihre Laufzeit oder Kündigungsfrist drei Monate nicht übersteigt.

¹¹ MBlWiA S. 311.

¹² MBlWiA S. 420.

¹³ Kasse, fremde Sorten, Zins- und Dividendenscheine, Privatdiskonten, Handelswechsel und Schatzwechsel sowie Reichsschatzanweisungen, Schecks und täglich fällige Bankguthaben. Vgl. Die Problematik der Mindestreserven, Beitrag der Sparkassenorganisation zur Gestaltung des Bundesnotenbankgesetzes, Stuttgart, ohne Jahr, S. 66.

Gesetzes- und Satzungsänderungen ergab, umrissen. Das Reichsgesetz über das Kreditwesen (KWG) vom 5. Dezember 1934¹⁴ stellte u. a. auch für die Sparkassen neue Liquiditätsbestimmungen in Aussicht (§§ 16 und 24 KWG). Da es sich dabei aber um Rahmenvorschriften handelte, die nicht zur Anwendung kamen, blieben die Bestimmungen der Reichsnotverordnung grundsätzlich bestehen¹⁵.

3. Untersuchung des Liquiditätswertes der Sparkassenguthaben bei den Girozentralen

Im folgenden sollen die Guthaben der Sparkassen, die sie bei ihren Girozentralen unterhalten, auf ihr Leistungsvermögen als liquide Mittel hin untersucht werden. Dadurch stellt sich erst einmal ganz allgemein die Frage, inwieweit man Nostroguthaben überhaupt als liquide Aktiva auffassen kann. Die Antwort darauf hängt zunächst davon ab, ob man die Nostroguthaben im Rahmen des Kreditbankensystems oder im Rahmen der Einzelbank betrachtet.

Zuerst sei vom Kreditbankensystem ausgegangen, das alle Banken außer der Notenbank umfassen soll. Es stehen sich also innerhalb der Volkswirtschaft die Notenbank, das Kreditbankensystem und alle anderen Wirtschaftssubjekte — der Nichtbankensektor — gegenüber.

Ist nun der Strom an Münzen, Noten und Notenbankguthaben — im folgenden sollen diese Zahlungsmittel wegen ihrer grundsätzlichen Austauschbarkeit einfach unter dem Begriff Zentralbankgeld zusammengefaßt werden —, der in das Kreditbankensystem hineinfließt, kleiner als der Strom an Zentralbankgeld, der das Kreditbankensystem verläßt, was dann der Fall ist, wenn das Kreditbankensystem in größerem Maße Zahlungen an die Notenbank und den Nichtbankensektor zu leisten hat, als es von diesen empfängt, so muß das Kreditbankensystem zur Abdeckung des Minussaldos auf seine Liquiditätsreserven zurückgreifen. Es muß also seinen Zentralbankgeldbestand um den entsprechenden Betrag reduzieren oder — sofern das in dem erforderlichen Umfang nicht möglich ist — sich zusätzliches Zentralbankgeld beschaffen. Dieses zusätzliche Zentralbankgeld aber kann sich das Kreditbankensystem nur bei Wirtschaftssubjekten außerhalb des Kreditbankensystems besorgen, und zwar bei plötzlich auftretendem Bedarf nur auf dem Wege des Wechselrediskonts oder Wertpapierlombards bei der Notenbank; denn es ist sicherlich nicht wirklichkeitsfern, wenn man unterstellt, daß es an

¹⁴ RGBl I S. 1203.

¹⁵ Soweit das aufgezeigte Liquiditätsgefüge in der Zwischenzeit doch Änderungen erfahren hat — zu denken ist dabei an die Auswirkungen, die die Einführung der Mindestreservepflicht in der Bundesrepublik hatte, — soll davon vorläufig noch abgesehen und erst an späterer Stelle darauf eingegangen werden.

den Nichtbankensektor gewährte Kredite nicht von Stund an zurückziehen kann. Aber ganz abgesehen von der Frage, bei welchen systemfremden Wirtschaftssubjekten sich das Kreditbankensystem das zusätzliche Zentralbankgeld beschaffen kann — diese Frage ist im vorliegenden Zusammenhang gar nicht interessant, sondern lediglich die grundsätzliche Feststellung, daß es nur bei Wirtschaftssubjekten außerhalb des Kreditbankensystems möglich ist —, wird doch ohne weiteres offensichtlich, daß die bloße Auflösung von Nostroguthaben nicht zu einem Zentralbankgeldzufluß für das Kreditbankensystem führt. Nostroguthaben werden ja von Banken bei Banken innerhalb des Kreditbankensystems unterhalten und eine Reduktion von Nostroguthaben führt — für sich betrachtet — lediglich zu einer anderweitigen Verteilung der Zentralbankgeldbestände innerhalb des Kreditbankensystems, ohne daß dadurch *uno actu* der Zentralbankgeldbestand des Gesamtsystems verändert wird¹⁶. Somit können Nostroguthaben für das Kreditbankensystem auch nicht als liquide Aktiva gelten¹⁷.

Aus diesen Ausführungen geht bereits hervor, daß die Nostroguthaben grundsätzlich anders zu beurteilen sind, wenn sie auf ihre Bedeutung für die einzelnen Glieder des Kreditbankensystems, also für die einzelnen Banken, hin untersucht werden. Die einzelne Bank kann sich — genau wie das Kreditbankensystem — Zentralbankgeld nur von außen beschaffen. Aber im Unterschied zum Kreditbankensystem, dem dafür nur zwei Wege — nämlich der Rückgriff auf die Notenbank und u. U. der Rückgriff auf den Nichtbankensektor — offenstehen, kann sich die Einzelbank daneben Zentralbankgeld auch von anderen Banken innerhalb des Kreditbankensystems besorgen. Und ein Mittel dazu ist auch die Reduktion von Nostroguthaben. Dabei liegen die Verhältnisse im Grunde genommen nicht anders, als wenn ein Wirtschaftssubjekt aus dem Nichtbankensektor seine Guthaben bei einer Bank abhebt. Genauso wie die einzelne Bank in diesem Falle an den Nichtbankkunden Zentralbankgeld abgeben muß, muß sie das auch tun, wenn seitens einer Bank bei ihr unterhaltene Nostroguthaben zurückgezogen werden (es sei denn eine

¹⁶ Zwar kann eine Zurückziehung von Nostroguthaben einen Einstrom von Zentralbankgeld in das Kreditbankensystem verursachen. Das wird sogar häufig der Fall sein; denn man braucht nur daran zu denken, daß der aus den Nostroguthaben verpflichtete Schuldner nicht über genügend Zentralbankgeldreserven verfügt, um seinen Gläubiger daraus befriedigen zu können, so daß er sich das Zentralbankgeld bei der Notenbank beschafft. Aber das wird wiederum nur durch einen entsprechenden Wechsel- oder Wertpapiereinsatz ermöglicht; die Nostroguthabenauflösung ist dabei nur treibende Kraft.

¹⁷ Für diese Feststellung ist es unerheblich, ob das Kreditbankensystem aus einer Vielzahl von Banken oder etwa nur aus zwei Banken besteht. In jedem Falle führt eine Nostroguthabenzurückziehung *uno actu* lediglich zu einer Zentralbankgeldverschiebung zwischen den einzelnen Gliedern des Kreditbankensystems, ohne daß dadurch sein Zentralbankgeldgesamtbestand berührt wird.

Aufrechnung greift Platz, d. h. im Umfange der Nostroguthabenauflösung seitens eines Institutes werden vom betroffenen Institut seinerseits Nostroguthaben beim auflösenden Institut abgebaut, wodurch es nicht zu Zentralbankgeldverschiebungen kommt).

Grundsätzlich kann also festgehalten werden, daß im Unterschied zum gesamten Kreditbankensystem die einzelne Bank in der Lage ist, sich über die Auflösung von Nostroguthaben Zentralbankgeld zu verschaffen.

Diese grundsätzliche Feststellung gilt auch für die einzelne Sparkasse oder für die Gesamtheit aller Sparkassen im Hinblick auf die von ihnen bei ihren Girozentralen unterhaltenen Nostroguthaben. Isoliert man die Sparkassen innerhalb des gesamten Kreditbankensektors und betrachtet sie als eigenes Bankensystem, losgelöst von ihren Zentralbanken, so bedeutet für dieses System eine Auflösung von Guthaben bei den Girozentralen gleichermaßen eine Zentralbankgeldbeschaffung, wie das für die einzelne Bank festgestellt werden konnte und für die einzelne Sparkasse entsprechend gilt.

Die bloße Tatsache, daß sich die Einzelbank über die Auflösung von Nostroguthaben Zentralbankgeld besorgen kann, sagt nun allerdings über den Liquiditätswert von Nostroguthaben noch gar nichts aus; denn „die Beurteilung der Liquidität von bankmäßigen Anlagen richtet sich . . . in der Hauptsache danach, was diese Aktiva bei einer plötzlichen Berennung der Bank zur Erhaltung ihrer Zahlungsfähigkeit beizutragen vermögen“¹⁸. Der Liquiditätswert von Nostroguthaben hängt damit für den Gläubiger praktisch von ihrer jederzeitigen Realisierbarkeit ab, diese wiederum aber ist abhängig von bestimmten Faktoren. Man denke etwa an die Laufzeit oder Kündigungsfrist, mit der Nostroguthaben unterhalten werden. Der Liquiditätswert von Nostroguthaben mit halbjähriger Bindung ist zweifellos — ganz allgemein gesehen — geringer einzuschätzen als der Liquiditätswert von kurzfristiger gebundenen oder von täglich fälligen Guthaben. Weiterhin ist die Frage von Bedeutung, ob die Gläubigerbank ihre Nostroguthaben überhaupt als Liquiditätsreserven ansieht und im Bedarfsfalle darauf zurückgreifen will. Gibt es doch Einlagen von Banken bei Banken auf Grund eines engeren Verhältnisses zwischen den beteiligten Instituten, das dazu führt, daß die einlegende Bank darauf verzichtet, aus Liquiditäts- oder ähnlichen Gründen auf diese Guthaben zurückzugreifen¹⁹. Aber selbst wenn Nostroguthaben täglich fällig sind und die Gläubigerbank sie als Liquiditätsreserve betrachtet, muß doch stets beachtet werden, daß sich im Falle einer Auflösung von Nostroguthaben seitens einer Bank das Liquiditätsbegehren des Gläubigers auf den aus den Nostroguthaben verpflichteten Schuldner verlagert. Der Schuldner muß, um seinen Gläubiger befriedigen zu

¹⁸ Rudolf *Stucken*: Liquidität der Banken, a. a. O., S. 26.

¹⁹ Vgl. Rudolf *Stucken*: Geld und Kredit, 2. Auflage, a. a. O., S. 115.

können, seine Kasse oder Notenbankguthaben in Höhe der zurückgeforderten Nostroguthaben reduzieren. Sofern das in dem erforderlichen Umfange nicht möglich ist, muß er seinerseits über entsprechende Aktiva verfügen, die er jederzeit in Zentralbankgeld umwandeln kann. Letztlich hängt also die Realisierbarkeit und damit der Liquiditätswert von Nostroguthaben immer von der Liquidität des aus den Nostroguthaben verpflichteten Schuldners ab, und man kann sagen: „Sollen Nostroguthaben als Liquiditätsreserven dienen, von denen die Gläubigerbanken zum Ausgleich von Einlagenabzügen, die bei ihnen selbst auftreten, Gebrauch machen, . . . dann muß für die betreffenden Bankeinlagen seitens der Schuldnerbanken eine besonders weitgehende Liquiditätsvorsorge betrieben werden²⁰.“

Wie ist nun der Liquiditätswert der Nostroguthaben, die die Sparkassen bei ihren Girozentralen unterhalten, einzuschätzen? Bei der Behandlung dieser Frage soll vorläufig — der Wirklichkeit nicht entsprechend — unterstellt werden, daß die Girozentralen im Passivgeschäft nur mit ihren Sparkassen verbunden sind, ihre Einleger sich also ausschließlich aus Sparkassen zusammensetzen. Die im folgenden zu treffenden Feststellungen haben zunächst nur unter dieser Annahme Geltung. Zuerst sei sodann von den auf Grund gesetzlicher Bestimmungen seitens der Sparkassen bei den Girozentralen zu unterhaltenden Guthaben ausgegangen²¹. Der Liquiditätswert dieser täglich fälligen Guthaben hängt unter Berücksichtigung der obigen Bedingung von der Liquiditätsvorsorge der Girozentralen für sie ab. Diese Liquiditätsvorsorge aber wurde nicht ins Belieben der Girozentralen gestellt, sondern bindend festgelegt. Wie man sich leicht erinnern wird, sollen ihnen bei den Girozentralen bestimmte Aktivpositionen gegenüberstehen, und zwar zu 50 vH flüssige Werte in Form von Kasse, Privatdiskonten, Handels- und Schatzwechselln usw. und zu 50 vH Guthaben bei der DGZ, die ebenfalls 50 vH der bei ihr gehaltenen Guthaben in flüssigen Werten der genannten Art anlegen soll und die restlichen 50 vH in Guthaben bei der Reichsbank. Ohne nun die verschiedenen Anlageposten, in denen sich die betrachteten Guthaben bei den regionalen Girozentralen und bei der DGZ danach niederschlagen sollen, im einzelnen zu diskutieren, kann generell doch festgehalten wer-

²⁰ Rudolf Stucken: Liquidität der Banken, a. a. O., S. 113.

²¹ In diesem Zusammenhang sei vermerkt, daß in neuerer Zeit bei fast allen Girozentralen auf die Führung besonderer Li-Konten verzichtet wird. Besondere Li-Konten werden gegenwärtig nur bei der Bayerischen Gemeindebank (Girozentrale) geführt, wo sie jedoch ebenfalls wegfallen dürften, sobald das neue KWG in Kraft tritt. Die Verpflichtung der Sparkassen, bei ihren Girozentralen Liquiditätsguthaben in Höhe von 10 % der Spareinlagen und 20 % der sonstigen Einlagen zu unterhalten, wurde durch diesen Wegfall der Li-Konten nicht angetastet.

den, daß sie eine erfahrungsgemäß²² als sehr gut zu bezeichnende Liquiditätsvorsorge für die Sparkassenguthaben verkörpern, so daß deren jederzeitige Realisierbarkeit unter diesen Umständen tatsächlich als gesichert erscheint und ihnen ein hoher Liquiditätswert beizumessen ist.

In den jüngsten Jahren haben sich allerdings bezüglich der Weiterbelegung der Sparkassenliquiditätsguthaben durch die Anlagebanken infolge der Einführung der Mindestreservspflicht einige wichtige Änderungen ergeben, was hier unter Vorgriff auf spätere Ausführungen bereits erwähnt werden muß. Der Anlageweg führt heute nicht mehr bis zur Notenbank. Die regionalen Girozentralen legen die Sparkassenmittel weitgehend selbst in flüssigen Werten an; soweit das nicht der Fall ist, werden sie in Form von Nostroguthaben bei der DGZ unterhalten, die sie ihrerseits in flüssigen Werten belegt. Als solche flüssige Werte kamen in den letzten Jahren hauptsächlich Geldmarkttitel, insbesondere Schatzanweisungen und Wechsel, daneben noch Guthaben bei organisationsfremden Kreditinstituten in Frage²³. Soweit diese Bankguthaben als einwandfreie Liquiditätswerte angesprochen werden können — der Deutsche Sparkassen- und Giroverband sieht den Beweis dafür in der Tatsache, daß während der allgemeinen Liquiditätsanspannung in der 2. Hälfte des Jahres 1955 ohne Schwierigkeiten erhebliche Beträge zurückgeführt werden konnten²⁴ —, dürfte man es bei Berücksichtigung der eingangs gemachten Einschränkung als gesichert ansehen, daß auch unter den heutigen veränderten Verhältnissen die Anlagepolitik der Girozentralen und der DGZ einen hohen Liquiditätswert dieser Sparkassenguthaben garantiert.

Nunmehr erhebt sich die Frage, wie unter der gemachten Annahme, daß die Girozentralen nur Einlagen von Sparkassen verwalten, die Liquidität der Terminguthaben zu beurteilen ist, die die Sparkassen bei ihren Girozentralen unterhalten²⁵. Gewisse Aufschlüsse darüber bietet die be-

²² Vgl. die Untersuchung über die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Arten von Bankaktiva für die Erhaltung der Zahlungsfähigkeit der Banken, Rudolf *Stucken*: Geld und Kredit, 2. Auflage, a. a. O., S. 117 ff.

²³ Vgl. Jahresbericht 1955 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V., S. 40.

²⁴ Vgl. Jahresbericht 1955 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V., S. 40.

²⁵ Dabei handelt es sich vielfach um bei Sparkassen verfügbare Gelder, für die zur Zeit eine anderweitige geeignete Anlage, insbesondere im Kreditgeschäft oder durch Erwerb festverzinslicher Wertpapiere, nicht möglich ist oder aus irgendwelchen Gründen nicht gewünscht wird, die aber doch in irgendeiner Form zinstragend angelegt werden müssen. Die Erlaubnis zur Unterhaltung solcher Guthaben durch die Sparkassen bei den Girozentralen wurde im § 33 preuß. MuSa verankert, wo es heißt: „Die Sparkasse kann verfügbare Gelder bei deutschen öffentlich-rechtlichen Bankanstalten, insbesondere bei der zuständigen Girozentrale oder bei der Preußischen Staatsbank (Seehandlung), ausnahmsweise auch bei solchen Privatbanken anlegen, die die Aufsichtsbehörde nach Anhörung des zuständigen Sparkassenverban-

reits des öfteren erwähnte Untersuchung von Dietrich *Golz*. *Golz* kommt zu dem Ergebnis, daß die befristete Anlage den Liquiditätswert der Sparkassennostroguthaben bei den Girozentralen kaum mindert. Er stellt fest, daß es den Sparkassen in der Regel gelang, diese befristeten Guthaben bei auftretenden Krisenerscheinungen durch vorsorgliche Kündigung rasch in täglich fällige Sichteinlagen umzuwandeln²⁶, und er fährt dann fort: „Dazu kommt noch, daß die Girozentralen den Sparkassen kaum eine sofortige Verwertung der Terminepositen ohne Einhaltung der Kündigungsfrist verwehren können und wollen, wenn die Sparkassen dazu gezwungen sein sollten. Eine derartige Haltung würde ja auch im Gegensatz stehen zu der Aufgabe, die die Girozentralen als Liquiditätshalter der Sparkassen wahrzunehmen haben²⁷.“ Hierzu ist allerdings zu sagen, daß eine vorzeitige Verwertung der Terminguthaben nicht nur vom guten Willen der Girozentralen abhängt. In normalen Zeiten wird der Wunsch der einen oder anderen Sparkasse nach vorzeitiger Verfügung über ihre Terminguthaben ohne weiteres realisierbar sein. Kommt es aber zu einer allgemeinen Liquiditätskrise und trachten die Sparkassen in großem Umfange nach einer vorfristigen Verwendung ihrer Terminguthaben bei den Girozentralen, dann werden letztere diesem Verlangen nur sehr vorsichtig nachkommen können, sofern sie nicht auch die Terminguthaben in sofort realisierbaren Werten angelegt haben. Der Verfasser konnte zwar des öfteren in Gesprächen erfahren, daß die Girozentralen tatsächlich unter Hintanstellung ihrer Rentabilität die Termineinlagen ihrer Sparkassen vielfach einer sofort zu verflüssigenden Anlage zuführen, aber sie werden natürlich auch bei ihren Dispositionen in gewissem Umfange nach den zeitlichen Bindungen differenzieren, denen die Sparkassenguthaben bei ihnen unterliegen. Man wird also nicht allen Terminguthaben der Sparkassen bei ihren Girozentralen ohne weiteres die Eigenschaft von Liquiditätsguthaben — deren Charakteristikum ja die jederzeitige Verwertungsmöglichkeit ist — beimessen können.

In dieser Hinsicht wurde auch durch den Gesetzgeber eine Grenze gezogen. Wie bereits ausgeführt wurde, gelten Terminguthaben der Sparkassen nur insoweit als flüssige Mittel im Sinne des § 35 Abs. 2 preuß. MuSa, als ihre Laufzeit oder Kündigungsfrist drei Monate nicht übersteigt²⁸.

des zuläßt . . .“ Vgl. dazu Johannes *Perdelwitz*, Paulus *Fabricius*, Ernst Eberhard *Kleiner*: Das Preußische Sparkassenrecht, 2. Auflage, Berlin und Köln, unveränderter Nachdruck 1955, S. 362 ff.

²⁶ Vgl. Dietrich *Golz*: a. a. O., S. 121.

²⁷ Dietrich *Golz*: a. a. O., S. 121.

²⁸ Vgl. dazu auch *Perdelwitz*, *Fabricius*, *Kleiner*: a. a. O., S. 380. Unbeschadet dieser Einstellung des Gesetzgebers können unter den vorliegenden Bedingungen natürlich auch langfristiger gebundene Sparkassenguthaben bei den Girozentralen bezüglich ihres Liquiditätswertes etwa mit den gesetzlichen Liquiditätsguthaben der Sparkassen gleichgestellt werden, wenn die

Der Wirklichkeit entsprechend soll im folgenden die bisherige Unterstellung, daß die Girozentralen ausschließlich Einlagen von Sparkassen verwalten, fallengelassen und davon ausgegangen werden, daß sie auch Nichtsparkassen zu ihren Einlegern zählen. Dann wird sogleich ein Einwand gegen den Liquiditätsguthabenverbund der Sparkassenorganisation akut, der etwa in folgender Form vorgetragen wird: Girozentralen stehen nicht nur mit Sparkassen in Geschäftsverbindung; sie zählen vielmehr zu ihren Einlegern und Kreditnehmern in aller Regel auch die Länder und sonstige öffentlich-rechtliche Körperschaften ihres Bereiches sowie die private Wirtschaft. Da diese drei Geschäftszweige durch die Girozentralen nicht getrennt voneinander betrieben werden, sondern sowohl passivisch als auch aktivisch ineinander übergehen, eine Aussonderung und Haftungsbeschränkung einzelner Aktivposten für Verpflichtungen gegenüber bestimmten Einlegergruppen rechtlich nicht möglich ist, steht der Gesamtheit der Verpflichtungen die Gesamtheit der Anlagen gegenüber. Käme es also auf breiter Basis zu einem Einlagenabzug bei allen Einlegergruppen der Girozentralen, so würden diejenigen zuerst befriedigt werden, die zuerst kämen. Daran würden keinerlei Vorschriften über Liquiditätsguthaben und deren Anlage etwas ändern²⁹.

Was ist zu diesem Einwand zu vermerken? Er will doch praktisch besagen, daß die jederzeitige Realisierbarkeit der Sparkassenliquiditätsguthaben bei den Girozentralen auch bei noch so liquider Anlage durch letztere nicht gesichert ist, weil im Falle eines breiten Einlagenabzuges bei allen Einlegergruppen der Girozentralen diese unter Umständen gezwungen sind, die liquiden Aktiva, die sie zur Abdeckung der Sparkassenliquiditätsreserven halten, zur Befriedigung ihrer anderen Einlegergruppen mit heranzuziehen.

Daß die Gefahr, wie sie hier aufgezeigt wird, grundsätzlich besteht, wird anerkannt werden müssen. Auch *Golz* sieht ja eine latente Gefährdung der Liquidität der Girozentralen, was gleichzeitig einer Gefährdung der bei diesen unterhaltenen Liquiditätsguthaben der Sparkassen entspricht, in der Möglichkeit eines breiten Einlagenabzuges bei den Girozentralen, der nicht auf eine Einlegergruppe beschränkt bleibt³⁰. Er stellt fest, daß die vorbeugende Liquiditätsvorsorge für einen solchen Fall die Girozentralen zwingt, die Liquiditätsguthaben der Sparkassen

Liquiditätsvorsorge der Girozentralen für sie nicht schlechter ist als für letztere: denn die Bereitschaft der Girozentralen, den Sparkassen eine vorzeitige Verfügung über die bei ihnen gehaltenen Terminguthaben zu gestatten, darf grundsätzlich als gegeben angesehen werden.

²⁹ Vgl. Wilhelm *Könneker*: Die Mindestreserven als Mittel der Notenbankpolitik in der Bundesbankgesetzgebung, Vortrag zur Eröffnung des 7. Lehrganges zur Vorbereitung auf die höhere Bankprüfung, Mai 1953, S. 14 ff.

³⁰ Vgl. Dietrich *Golz*: a. a. O., S. 145 f. *Golz* faßt besonders die Möglichkeit der Verknüpfung eines allgemeinen Entsparungsprozesses mit einer Finanzkrise der öffentlichen Hand ins Auge.

in vollem Umfange einer hochliquiden Anlage zuzuführen und die von der öffentlichen Hand stammenden Sichteinlagen in bedeutend höherem Ausmaße liquide zu belegen, als es eigentlich ihre bisher in Krisenzeiten zu beobachtende Stabilität für notwendig erscheinen läßt. Auch für die Einlagen der Girozentralen von Wirtschaft und Privaten wird grundsätzlich eine sehr vorsichtige Anlage erforderlich³¹.

Eine derartige Liquiditätsdisposition dürfte auch bei Eintritt eines breiten Einlagenabzuges, wie er hier diskutiert wird, weitgehend Garantie für die Realisierbarkeit der Sparkassenliquiditätsguthaben bieten, obzwar die Möglichkeit des Einfrierens solcher Guthaben, wenn die Abzüge einen sehr großen Umfang annehmen, auch dadurch noch nicht völlig ausgeschlossen werden kann. Insoweit ist auch der vorgetragene Einwand kaum restlos zu widerlegen, seine Bedeutung schwächt sich aber sehr wohl ab, wenn man ihn im Lichte der Erfahrung betrachtet.

Der Einwand basiert auf der Annahme, daß es bei allen drei Einlagengruppen der Girozentralen gleichzeitig auf breiter Grundlage zu Abzügen kommt. Grundsätzlich ist das möglich, und es muß anerkannt werden. Die Erfahrung lehrt aber, daß das in aller Regel nicht der Fall ist. So stellte *Golz* für die Einlagen der öffentlichen Hand bei den Girozentralen fest, daß sie sich während der allgemeinen Zahlungsanspannungen in den Jahren 1929—1931 im Gegensatz zu den Einlagen von Kreditinstituten nicht entscheidend vermindert haben. Im Zuge der Liquiditätsanspannungen nach der Währungsreform 1948 ergaben sich für die Liquidität der Girozentralen aus der engen Verbindung mit der öffentlichen Hand sogar erhebliche Vorteile. Damals wurden ihnen über die Erstausrüstung der öffentlichen Hand in wesentlichem Umfange Notenbankguthaben zugeführt, die nicht nur die Abzüge bei den Einlagen von Kreditinstituten sondern auch bei den sonstigen Gläubigern fast aufwogen. Und ebenfalls war es wieder die Stabilität der Einlagen der öffentlichen Körperschaften, die während der Krise im Herbst 1949 eine Milderung der starken Abzüge der Einlagen von Kreditinstituten und sonstigen Gläubigern bewirkte³².

Was die Einlagen von Wirtschaft und Privaten betrifft, so erlangten sie größere Bedeutung bei den Girozentralen erst nach der Währungsreform. Während der Krisenperioden 1948 und 1949 wiesen auch sie — wie die Einlagen von Kreditinstituten — stärkere Schwankungen auf. Hingegen trugen sie während der Korea-Krise 1950/51 erheblich zur Stabilisierung der Liquiditätslage der Girozentralen bei, indem sie durch ihr damaliges starkes Ansteigen den Abzug der Einlagen von Kreditinstituten und die vorübergehende geringfügige Verminderung der Einlagen der öffentlichen Hand kompensierten. *Golz* kommt auf Grund

³¹ Vgl. Dietrich *Golz*: a. a. O., S. 145 f.

³² Vgl. Dietrich *Golz*: a. a. O., S. 140 f.

dieser Tatsache zu dem Ergebnis, daß die Liquidität der Girozentralen durch deren stärkere Verbindung mit der privaten Wirtschaft ein breiteres Fundament erhalten hat³³.

Im großen und ganzen lassen diese Ausführungen erkennen, daß erfahrungsgemäß der Liquiditätswert der seitens der Sparkassen bei den Girozentralen unterhaltenen Liquiditätsguthaben nicht dadurch beeinträchtigt wird, daß sich der Einlegerkreis der Girozentralen nicht nur auf Sparkassen beschränkt, sondern auch die öffentliche Hand und private Wirtschaftskreise mit umfaßt. Denn die Betrachtung der verschiedenen Zahlungskrisen zeigt, daß es in aller Regel nicht bei allen drei Einlegergruppen gleichzeitig zu größeren Abzügen kommt, und daß unter Umständen sogar Abflüsse bei der einen oder anderen Einlagengruppe durch die entgegengesetzte Verhaltensweise der einen oder anderen Einlagengruppe kompensiert werden³⁴.

Selbstverständlich ist damit nicht der Beweis erbracht, daß nicht doch einmal alle drei Einlegergruppen gleichzeitig in größerem Ausmaße auf ihre Guthaben bei den Girozentralen zurückgreifen. Diese Gefahr muß als latent vorhanden angesehen werden. Aber eine breite Reservehaltung der Girozentralen wird auch dann ein wirksames Mittel sein, um die weitgehende Realisierbarkeit der Sparkassenliquiditätsguthaben zu sichern. Zudem muß man auch in Rechnung stellen, daß aller Wahrscheinlichkeit nach nicht alle Girozentralen in gleichem Ausmaße von den Abzügen betroffen werden, sondern daß diese, wie die Erfahrung lehrt, in gewissen Grenzen mit regional unterschiedlicher Stärke auftreten werden³⁵. Daraus erwächst dann die Möglichkeit, besonders stark beanspruchten Girozentralen mit Krediten seitens der weniger bedrohten regionalen Girozentralen oder der DGZ auszuhelfen³⁶.

³³ Vgl. Dietrich *Golz*: a. a. O., S. 141 f. Bezüglich der Verminderung der öffentlichen Einlagen während der Korea-Krise betont Golz ausdrücklich, daß sie sich im Rahmen der für diese Einlagen üblichen Schwankungen hielt, so daß sie sich auch während dieser Krise durchaus als stabil erwiesen.

³⁴ Damit ergibt sich für die Girozentralen in Krisenzeiten, von denen besonders die Sparkassen betroffen werden, evtl. sogar die Möglichkeit, letzteren in höherem Maße eine vorzeitige Verwertung von Terminguthaben zu gestatten, als es der Fall wäre, wenn sie nur Sparkassen als Einleger hätten.

³⁵ Vgl. Dietrich *Golz*: a. a. O., S. 139 f.

³⁶ Inwieweit die Einlagenstruktur der Girozentralen, die die Länder zu ihren Einlegern zählen, infolge der Bestimmungen des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank in der nächsten Zeit wesentliche Änderungen erfahren wird, läßt sich noch nicht absehen. Bekanntlich bestimmt § 17 dieses Gesetzes, daß auch die Länder ihre flüssigen Mittel, auch soweit Kassenmittel nach dem Haushaltsplan zweckgebunden sind, bei der Notenbank zu halten haben. Eine anderweitige Einlegung oder Anlage setzt die Zustimmung der Notenbank voraus, die dabei allerdings das Interesse der Länder an der Erhaltung ihrer Staats- und Landesbanken zu berücksichtigen hat, um zu vermeiden, „daß die organisch gewachsenen Beziehungen zwischen den Ländern und ihren Staats- und Landesbanken beeinträchtigt werden“. Bericht des Abgeordneten *Scharnberg* zu Bundestagsdrucksache 3603 vom 28. 6. 1957, S. 7.

Abschließend muß noch kurz eine Vorstellung gestreift werden, die sich in Kreisen der Sparkassenorganisation vielfach mit der Konzentration von Sparkassenliquiditätsguthaben bei den Girozentralen verbindet. Man schreibt diesen Guthaben eine Pufferfunktion gegenüber der Notenbank zu, indem sie diese vor der Inanspruchnahme durch den Sparkassen-sektor abschirmen sollen. Die Annahme einer solchen Pufferfunktion hat jedoch zweifellos nur insoweit Berechtigung, als sich Guthabenabzüge der Sparkassen bei ihren Girozentralen innerhalb des durch die jeweilige Geldmarktflißigkeit bedingten Spielraumes halten, innerhalb dessen der Geldmarkt sie verkraften kann, ohne daß eine Refinanzierung des Kreditbankensystems bei der Notenbank erforderlich wird. Kommt es zu einer starken Liquiditätsanspannung bei den Sparkassen und greifen sie in einem Ausmaße auf ihre Guthaben bei den Girozentralen zurück, das den genannten Spielraum übersteigt, so werden zwangsläufig entweder die Girozentralen und die DGZ in die Notenbank „getrieben“, oder sie müssen ihre am Geldmarkt erworbenen Liquiditätspapiere systemfremder Banken und die bei diesen unterhaltenen Nostroguthaben in solchem Umfange realisieren, daß letztere in die Notenbank gezwungen werden, oder es wird beides der Fall sein³⁷.

4. Die Einführung der Mindestreservepflicht für Sparkassen und die daraus resultierenden Veränderungen für Sparkassen und Girozentralen im Bereich des Liquiditätsguthabenverbundes

Die Währungsreform von 1948 eröffnete eine neue Periode in der Diskussion um den Liquiditätsaufbau der Sparkassenorganisation. Mit der Einführung der Mindestreservepflicht durch die Währungsgesetzgebung tauchte nämlich in der Liquiditätsregelung der Sparkassen ein völlig neues Moment auf, dessen Auswirkungen sich auch auf die Verflechtung zwischen Sparkassen und Girozentralen im Bereiche der Liquiditätsguthabenhaltung erstrecken. Diese Auswirkungen sollen im folgenden untersucht werden.

Die Sparkassen sahen sich durch die Verpflichtung zur Unterhaltung von Mindestreserven vor die Tatsache gestellt, einmal beträchtliche Liquiditätsguthaben bei ihren Girozentralen, zum anderen nicht unerhebliche Mindestreserven bei den Landeszentralbanken unterhalten zu müssen; denn die Liquiditätsvorschriften der Reichsnotverordnung sind Bundesrecht geworden und haben als solches auch heute Gültigkeit³⁸. Die von

³⁷ Vgl. dazu auch Eberhard *Floss*: Anlage- und Liquiditätsrichtlinien im Sparkassenwesen, Tübinger Dissertation 1956, S. 44.

³⁸ Vgl. Materialien zur Erneuerung des Sparkassenrechts, a. a. O., S. 11; Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 21. 5. 1952 und Schreiben des Bundesministers des Innern vom 6. 6. 1952, abgedruckt in: Materialien zur Erneuerung des Sparkassenrechts, a. a. O., S. 148 ff.

der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen e. V. nach der Währungsreform neu herausgegebene Mustersatzung für Sparkassen sieht deshalb im § 24 wiederum vor, daß die Sparkassen mindestens 10 vH der Spareinlagen und mindestens 20 vH der sonstigen Einlagen als Liquiditätsreserve bei der zuständigen Girozentrale zu unterhalten haben.

Die gesetzlich verankerte Doppelbelastung der Sparkassen mit Liquiditätsguthaben und Mindestreserven warf bald die Frage nach der Anrechenbarkeit der Mindestreserven auf die bei den Girozentralen zu unterhaltenden Liquiditätsguthaben der Sparkassen auf. Während sich die Bank Deutscher Länder auf den Standpunkt stellte, daß die Mindestreserven als Zentralbankguthaben Liquidität ersten Grades darstellen und als solche in vollem Umfange auf die bei den Girozentralen zu unterhaltenden Liquiditätsreserven anrechenbar seien, vertrat die Sparkassenorganisation die Ansicht, daß die Mindestreserven ein Mittel der Kreditlenkung ohne den Charakter von Liquiditätsreserven seien und folglich die Liquiditätsvorschriften von 1931 und die Mindestreservevorschriften unorganisch mit verschiedenen Zweckbestimmungen nebeneinander bestünden³⁹. Seit etwa 1953 jedoch hielten es Sparkassenorganisation und Sparkassenaufsichtsbehörden für angebracht, die Mindestreserven auf die Liquiditätsguthaben anzurechnen. Nicht weil sie ihre Ansicht über den Liquiditätscharakter der Mindestreserven geändert hatten, sondern weil es Rentabilitätsgründe und kreditpolitische Momente als unangebracht erscheinen ließen, beide Systeme in vollem Umfange nebeneinander aufrechtzuerhalten⁴⁰. Die gesetzliche Regelung dieser Frage hat inzwischen das Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. 7. 1957 gebracht, wo es im § 16 Abs. 5 heißt: „Die nach diesem Gesetz zu unterhaltenden Mindestreserven sind auf die nach anderen Gesetzen zu unterhaltenden Liquiditätsreserven anzurechnen.“

Im folgenden werden nun vor allem zwei Fragenkreise interessant. Einmal interessiert die Frage, in welchem Ausmaße die Sparkassen in den Jahren nach der Währungsreform bis zur Gegenwart der Verpflichtung zur Unterhaltung von Liquiditätsguthaben bei ihren Girozentralen noch nachgekommen sind, zum anderen ist zu fragen, welche Unterschiede zwischen den von den Sparkassen bei den Girozentralen unterhaltenen Liquiditätsguthaben und den von den Sparkassen unterhaltenen Mindestreserven hinsichtlich ihrer Wirkung auf Kreditvolumen und Zahlungsbereitschaft von Sparkassen und Girozentralen bestehen.

Bei der Suche nach der Antwort auf die erste Frage ist es zunächst angebracht, sich ein zahlenmäßiges Bild über die Unterhaltung von Gut-

³⁹ Vgl. Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 21. 5. 1952 und Schreiben des Bundesministers des Innern vom 6. 6. 1952, a. a. O., S. 148 ff.

⁴⁰ Vgl. Sparkasse, 7. Jhg., Heft 15 v. 1. 8. 1953, S. 228.

haben durch die Sparkassen bei den Girozentralen überhaupt zu verschaffen. Hierzu ist vorweg zu bemerken, daß der Anteil der Sparkassenguthaben bei den Girozentralen an den gesamten in der Bankenstatistik ausgewiesenen Guthaben der Sparkassen bei Kreditinstituten nicht bekannt ist, sondern nur annähernd geschätzt werden kann. Die anschließende Zahlenwiedergabe ist unter diesem Vorbehalt zu betrachten. In der folgenden Untersuchung wurde davon ausgegangen, daß von den Guthaben der Sparkassen bei Kreditinstituten rd. 85 vH auf die Girozentralen entfallen, was den Tatsachen nahekommen dürfte. Danach betrug der niedrigste Anteil der Sparkassenguthaben an den Gesamteinlagen der Girozentralen zu den beobachteten Zeitpunkten während der Jahre 1951 bis einschließlich 1956, wie Tabelle 5 des Tabellenanhangs zeigt, 24,9 vH, der höchste Anteil 39,5 vH⁴¹. Vergleicht man die in Tabelle 5 des Tabellenanhangs wiedergegebenen prozentualen Werte mit den gleichen in Tabelle 6 des Tabellenanhangs wiedergegebenen prozentualen Werten, die im Jahrbuch 1931/32 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes veröffentlicht wurden, so ist bemerkenswert, daß während des der Tabelle 5 zugrundegelegten Beobachtungszeitraumes lediglich der für den 30. 6. 1956 ausgewiesene Wert die niedrigsten Werte des in Tabelle 6 betrachteten Zeitraumes erreicht. Generell gesehen, hat danach also die Bedeutung der Einlagen des Nichtsparkassensektors bei den Girozentralen in den jüngsten Jahren gegenüber den Jahren 1928—1933 zugenommen, die der Einlagen des Sparkassensektors abgenommen.

Die weitere Untersuchung macht nunmehr eine Aufgliederung der seitens der Sparkassen bei den Girozentralen unterhaltenen Guthaben erforderlich. Die gesetzliche Regelung sah bekanntlich vor, daß die in Höhe von 10 vH der Spareinlagen und 20 vH der sonstigen Einlagen bei den Girozentralen anzulegenden Liquiditätsguthaben der Sparkassen als täglich fällige Guthaben zu unterhalten sind. Eine diesem Umstand gerecht werdende Aufgliederung des vorhandenen Zahlenmaterials ist nicht möglich. In den Monatsberichten werden nur die Bank-zu-Bank-Guthaben mit einer Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als drei Monaten einschließlich der täglich fälligen Guthaben gesondert ausgewiesen. Auf diese Aufgliederung muß sich die folgende Betrachtung mangels anderer Angaben stützen. Dem aus den Spareinlagen und sonstigen Einlagen der Sparkassen leicht zu errechnenden Liquiditätsguthaben-Soll der Sparkassen werden also deren schätzungsweise vorhandenen Guthaben bei den Girozentralen mit einer Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als drei Monaten insgesamt gegenübergestellt werden. Das entspricht zwar nicht den gesetzlichen Normen, aber es dürfte den realen Liquiditätsverhältnissen gerecht werden; denn es bedeutet in der Haupt-

⁴¹ Auf die Betrachtung früherer Zeitpunkte nach der Währungsreform wurde verzichtet, weil sie zu sehr unter dem Einfluß der Wirren stehen, die die Währungsumstellung und die Koreakrise mit sich brachten.

sache nur einen quantitätsmäßigen Unterschied, ob man lediglich die täglich fälligen Guthaben oder die Guthaben der Sparkassen bei den zuständigen Girozentralen mit einer Fälligkeit bis zu 3 Monaten in Rechnung stellt⁴².

Die Isolierung der Sparkassenguthaben bei den Girozentralen mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als drei Monaten wurde unter der gemachten Annahme, daß von den Guthaben der Sparkassen bei Kreditinstituten rd. 85 vH auf die Girozentralen entfallen, in Tabelle 7 des Tabellenanhanges vorgenommen. Dabei zeigt es sich, daß in dem betrachteten Zeitraum ab Ende 1952 die Sparkassenguthaben bei den Girozentralen mit einer Laufzeit oder Kündigungsfrist von drei Monaten und mehr überwiegen, was weitgehend rentabilitätsmäßig bedingt sein dürfte. Bezüglich der Bedeutung der darin zum Ausdruck kommenden Verhaltensweise der Sparkassen für deren Zahlungsbereitschaft kann auf die Ausführungen im vorausgegangenen Abschnitt verwiesen werden. Vermerkt sei lediglich noch, daß die Drei-Monats-Guthaben, die ja noch zu den sonstigen flüssigen Mitteln der Sparkassen gerechnet werden, bezüglich ihres Liquiditätswertes hinter den Guthaben mit einer Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als drei Monaten kaum zurückstehen dürften.

Das Augenmerk sei nunmehr auf Tabelle 8 des Tabellenanhanges gerichtet. Spalte 5 enthält die prozentualen Werte, die sich aus der Gegenüberstellung des Liquiditätsguthaben-Solls der Sparkassen (10 vH der Spareinlagen und 20 vH der sonstigen Einlagen) und der geschätzten Sparkassenguthaben bei Girozentralen mit einer Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als drei Monaten ergeben. Zu den betrachteten Terminen des Beobachtungszeitraumes lag der niedrigste der gefundenen prozentualen Werte bei 24, 9, der höchste bei 36,6⁴³. Unter Anrechnung auch der Mindestreserveguthaben der Sparkassen auf das Liquiditätsguthaben-Soll gelangt man zu entsprechenden prozentualen Werten von 63,5 und 89,3, wie Spalte 8 derselben Tabelle zeigt⁴⁴.

Im Verhältnis zum Liquiditätsguthaben-Soll waren demnach die betrachteten Sparkassenguthaben bei den Girozentralen durchweg sehr gering⁴⁵. Der Grund dafür ist zweifellos zu einem guten Teil in der Ver-

⁴² Vgl. Ph. Gädke: Liquiditätsfragen der Sparkassen- und Giroorganisation, in: Sparkasse, 55. Jhg., Heft 3 vom 1. 2. 1935, S. 52.

⁴³ Der Rückgang der gefundenen prozentualen Werte ab 1953 gegenüber den Jahren 1951 und 1952 dürfte seine Ursache in der erwähnten stärkeren Betonung der Guthaben bei den Girozentralen mit einer Laufzeit oder Kündigungsfrist von drei Monaten und mehr durch die Sparkassen haben.

⁴⁴ Die rechnerische Zusammenfassung von Liquiditätsguthaben und Mindestreserven geht auf die erwähnte Bestimmung des Bundesnotenbankgesetzes zurück. Sie soll keine Stellungnahme zu dem Problem des Liquiditätscharakters von Mindestreserven sein. Auf diese Frage wird an späterer Stelle noch eingegangen werden.

⁴⁵ Von Girozentrale zu Girozentrale wird es freilich Unterschiede geben.

pflichtung der Sparkassen zur Unterhaltung von Mindestreserven zu suchen. Dadurch wurden Sparkassenmittel im Zentralbanksystem gebunden, die sonst — zumindest teilweise — als Liquiditätsguthaben zu den Girozentralen gelangt wären. Damit ist aber schließlich noch nicht die Tatsache erklärt, daß selbst dann, wenn man auch die Mindestreserven mit auf das Liquiditätsguthaben-Soll anrechnet, dieses noch immer zu einem zeitweilig erheblichen Teil unerfüllt geblieben ist. Letztlich dürften dafür Rentabilitätsabwägungen der Sparkassen maßgeblich gewesen sein.

Die aus der Notverordnung resultierende Verpflichtung der Sparkassen zur Unterhaltung von niedrigverzinslichen Liquiditätsguthaben bei den Girozentralen in der bekannten Höhe beinhaltete eine bedeutende Ertragsschmälerung für die Sparkassen. Einerseits, um diese Ertragsschmälerung zu ermäßigen, andererseits aber auch, um den Absatz von Reichsanleihen zu fördern, wurde den Sparkassen deshalb in Artikel 15 der Ersten Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Reichsgesetzes über das Kreditwesen vom 9. Februar 1935 erlaubt, auf die laut Gesetz bei den Girozentralen zu unterhaltenden Liquiditätsguthaben bis zur Hälfte den Bestand an solchen bei der Reichsbank lombardfähigen Wertpapieren anzurechnen, die der Reichswirtschaftsminister dafür zuließ. Diese Maßnahme hatte praktisch zur Folge, daß die Sparkassen nur noch 5 vH der Spareinlagen und 10 vH der sonstigen Einlagen als Liquiditätsguthaben bei ihren Girozentralen zu unterhalten brauchten, sofern sie derartige Papiere in entsprechender Höhe erwarben, was sie sich aus Rentabilitätsgründen natürlich angelegen sein ließen. Demgegenüber hätte nun die Unterhaltung von Mindestreserven und die Unterhaltung von Liquiditätsguthaben mit einer Bindung von weniger als drei Monaten bei den Girozentralen in Höhe des Differenzbetrages zwischen Liquiditätsguthaben-Soll und Mindestreserven für die Sparkassen eine Rentabilitätseinengung bewirkt, die praktisch noch weiter gegangen wäre als die ursprünglich aus den Bestimmungen der Notverordnung resultierende; denn die Liquiditätsguthaben bei den Girozentralen werfen immerhin noch einen, wenn auch geringen Zinsertrag ab, während das bei den Mindestreserven nicht der Fall ist. Die Scheu vor einer derartigen Einengung der Rentabilität dürfte ausschlaggebend dafür gewesen sein, daß das Liquiditätsguthaben-Soll der Sparkassen auch unter Berücksichtigung der Mindestreservehaltung durch die Sparkassen zu keinem der betrachteten Zeitpunkte erfüllt wurde. Diese Ansicht wird durch den Umstand erhärtet, daß dann, wenn man so weit gehen und die gesamten geschätzten Sparkassenguthaben bei den Girozentralen neben den Mindestreserven dem Liquiditätsguthaben-Soll gegenüberstellen würde, also auch die höher verzinslichen Guthaben mit einer Laufzeit oder Kündigungsfrist von drei Monaten bis zu weniger als vier Jahren, das Liquidi-

tätsguthaben-Soll zu jedem der betrachteten Zeitpunkte mehr als erfüllt gewesen wäre⁴⁶.

Nummehr kann in die Untersuchung der Frage, welche Unterschiede zwischen den von den Sparkassen bei ihren Girozentralen unterhaltenen Liquiditätsguthaben und den von den Sparkassen unterhaltenen Mindestreserven hinsichtlich ihrer Wirkung auf Kreditvolumen⁴⁷ und Zahlungsbereitschaft von Sparkassen und Girozentralen bestehen, eingetreten werden.

Die Mindestreservepflicht führt zur Bindung von Zentralbankguthaben der Geschäftsbanken bei der Notenbank, wodurch der Kreditspielraum der Geschäftsbanken eingeengt wird. Im Zuge der Unterhaltung von Liquiditätsguthaben seitens der Sparkassen bei den Girozentralen hingegen kommt es, wie die folgenden Ausführungen zeigen werden, allerhöchstens teilweise zu einer Einschränkung des Kreditspielraumes des Bankensektors, im übrigen aber lediglich zu einer Verschiebung zwischen den Kreditvolumina der einzelnen Bankengruppen.

Das Kreditvolumen der Sparkassen wird durch die Liquiditätsguthabenhaltung in ähnlicher Weise beschnitten wie durch die Verpflichtung zur Unterhaltung von Mindestreserven⁴⁸; denn in beiden Fällen werden Sparkassenmittel gebunden, einmal bei den Girozentralen, einmal bei der Notenbank. Eine Substitution von Liquiditätsguthaben durch Mindestreserven trägt also in diesem Sinne einen für die Sparkassen neutralen Charakter. Wie aber lagen die Verhältnisse bei den Sparkassenzentralbanken? Die Mindestreserven scheiden mit dem Eintritt in das Notenbanksystem aus dem Geldkreislauf aus. Die Liquiditätsguthabenhaltung führt zunächst einmal lediglich eine Mittelverlagerung von den Sparkassen zu den Girozentralen herbei, ohne daß eine Geldstillegung im Sinne der Mindestreservehaltung erfolgt. Damit könnten die Girozentralen einen Teil des Kreditvolumens der Sparkassen in ihr eigenes Kreditvolumen übernehmen. Das wird jedoch nicht in bedeutendem Maße der Fall sein; denn als Anlagen für die Sparkassenliquiditätsguthaben kommen hauptsächlich Guthaben bei der DGZ und bei organisationsfremden Banken sowie Geldmarkttitel in Frage⁴⁹. Da die DGZ für die bei ihr unter-

⁴⁶ Vgl. Tabelle 9 des Tabellenanhanges.

⁴⁷ Zum Kreditvolumen der Einzelbank werden hier nur die in das gesamte volkswirtschaftliche Kreditvolumen eingehenden Kredite gezählt, nicht also die Kredite von Banken an Banken.

⁴⁸ Die einzelne Sparkasse betrachtet jedoch ihr Liquiditätsguthaben bei der eigenen Girozentrale nicht als Einschränkung ihres Kreditvolumens, sondern sieht die Liquiditätseinlage „als niedrig verzinsliche aber hochliquide Anlage im Rahmen ihres — realiter verringerten — Kreditvolumens an“. Eberhard Floss: a. a. O., S. 43.

⁴⁹ Vgl. Jahresbericht 1955 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V., S. 40.

haltenen Guthaben eine ähnliche Anlagepolitik betreibt, wie sie von den regionalen Girozentralen bezüglich der nicht bei der DGZ belegten Guthaben betrieben wird, dürften die von den Sparkassen bei den Girozentralen angelegten Liquiditätsguthaben letztlich größtenteils auf den Geldmarkt gelangen, wo sie sich in Bankguthaben und Geldmarkttiteln niederschlagen. In dem Ausmaße, in dem die Liquiditätsguthaben der Sparkassen diesen Weg nehmen, führen sie eine Ausweitung des Kreditvolumens der organisationseigenen Zentralbanken nicht herbei, sondern bewirken eine Liquidisierung organisationsfremder Banken⁵⁰, wodurch diesen die Möglichkeit zur Erweiterung des eigenen Kreditvolumens gegeben wird⁵¹. Eine Beschränkung der Liquiditätsguthabenhaltung der Sparkassen zugunsten der Mindestreservehaltung beschneidet demnach zwar die Geldmarktgeschäfte der regionalen Girozentralen und der DGZ, dürfte aber das Kreditvolumen organisationsfremder Banken in höherem Maße berühren als das der organisationseigenen Zentralbanken⁵².

Die Frage, inwieweit man die Mindestreserven auch als ein leistungsfähiges Aktivum für die Sicherung der Zahlungsbereitschaft der Banken ansehen kann, ist in den letzten Jahren viel erörtert worden. Die hiesige Betrachtung kann sich deshalb auf das Notwendigste beschränken. Dabei wird zunächst einmal von der in § 16 Abs. 3 Satz 2 des Bundesbankgesetzes vom 27. 7. 1957 getroffenen neuen Regelung abgesehen, wonach der Sonderzins für die Unterschreitung des Mindestreserve-Solls dann nicht erhoben werden soll, „wenn die Unterschreitung aus nicht vorhersehbaren Gründen unvermeidlich war, oder das Kreditinstitut in Abwicklung getreten ist“.

Wie die Verhältnisse vor dem Erlaß des Bundesbankgesetzes lagen, als hinter jeder Unterschreitung des Reserve-Solls die Sonderzinszahlung stand, konnte man auf Grund der dadurch gegebenen Blockierung der Mindestreserven in diesen zum wesentlichen nur ein Mittel der Kreditsteuerung sehen. „Jedenfalls möchten wir den in der Bundesrepublik

⁵⁰ Soweit unter den Geldmarkttiteln Offen-Markt-Papiere der Notenbank sind, greift eine derartige Liquidisierung allerdings nicht Platz, sondern es kommt zu einer Geldstillegung wie im Falle der Mindestreservehaltung und damit zu der oben erwähnten Einschränkung des Kreditspielraumes des gesamten Bankensystems.

⁵¹ Soweit die Terminguthaben, die die Sparkassen bei den Girozentralen unterhalten, größeren zeitlichen Bindungen unterliegen — die zugrundegelegte Position aus den Zwischenbilanzen der Monatsberichte umfaßt bekanntlich Guthaben mit einer Laufzeit bis zu vier Jahren — wird man allerdings annehmen können, daß sie in höherem Maße die Grundlage für eine Ausweitung des eigenen Kreditvolumens der Girozentralen abgeben.

⁵² So begründete die BDL die Erhöhung der Mindestreserven für Spareinlagen im August 1955 u. a. mit dem Hinweis, daß die für Spareinlagen gehaltenen Liquiditätsreserven von den Schuldnerbanken entweder direkt ausgeliehen oder dritten Kreditinstituten als Bank-an-Bank-Kredite zur Verfügung gestellt werden, und damit deren Kreditschöpfungskapazität erhöht wird. Vgl. Monatsbericht der Bank Deutscher Länder, August 1955, S. 7.

bestehenden Barliquiditätssätzen den Charakter eines Mittels zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der Kreditbanken bestreiten und die Institution der Mindestreserven nur unter geldpolitischen Gesichtspunkten als relevant ansprechen⁵³.“ Allerhöchstens konnte man unter diesen Umständen noch einen beschränkten Liquiditätswert der Mindestreserven daraus ableiten, daß die Erfüllung des Reserve-Solls nicht für jeden einzelnen Tag verlangt wird, sondern die Mindestreservepflicht als erfüllt gilt, wenn sich der Sollbetrag aus dem Durchschnitt der tatsächlich täglich vorhandenen Zentralbankgeldbestände während eines Monats ergibt. Dadurch können die Kreditinstitute an bestimmten liquiditätsmäßig angespannten Tagen das Reserve-Soll unterschreiten, wofür sie dann allerdings an anderen Tagen innerhalb des Berechnungszeitraumes wieder mehr Guthaben zu unterhalten haben. In diesem Zusammenhang wird jedoch nicht zu Unrecht darauf verwiesen, daß die monatliche Berechnungsperiode zu kurz ist, um daraus einen für die Banken ins Gewicht fallenden Liquiditätswert der Mindestreserven abzuleiten⁵⁴. *Sperk* und *Wilsdorf* ist also durchaus zuzustimmen, wenn sie bezüglich der Mindestreserven in negativem Sinne feststellten: „Sie können deshalb nicht als Liquiditätsguthaben im Sinne der sonstigen, von den Sparkassen zu unterhaltenden, Liquiditätsreserven bezeichnet werden⁵⁵.“ Damit aber bedeutet für die Sparkassen eine Substitution von Liquiditätsguthaben durch Mindestreserven zwangsläufig auch eine Schwächung ihrer Zahlungsbereitschaft.

In welchem Maße sich die Lage nach dem Erlaß des Bundesbankgesetzes geändert hat, und den Mindestreserven auf Grund der oben erwähnten Bestimmung für die Sicherung der Zahlungsbereitschaft der Kreditinstitute mehr Bedeutung zugemessen werden kann als bisher, läßt sich noch nicht klar beurteilen. Grundsätzlich wird man feststellen können, daß durch die getroffene Regelung, wonach u. a. ein Sonderzins nicht erhoben werden soll, wenn die Unterschreitung des Reservesolls „aus nicht vorhersehbaren Gründen unvermeidlich war“, ein gewisser Rahmen geschaffen wurde, innerhalb dessen eine zinslose Inanspruchnahme der Mindestreserven, die zu einer Unterschreitung des Reservesolls führt, allgemein möglich sein dürfte. Insofern wird man den Liquiditätswert der Mindestreserven auch positiver einschätzen können und die Substitution von Sparkassenliquiditätsguthaben durch Mindestreserven hinsichtlich ihrer Auswirkung auf die Zahlungsbereitschaft der Sparkassen weniger negativ zu beurteilen brauchen. Dabei darf man allerdings auch nicht vergessen, daß die Meinungen über das „aus nicht vorhersehbaren Gründen Unvermeidbare“ vielfach auseinandergehen werden,

⁵³ Rudolf *Stucken*: Geld und Kredit, 2. Auflage, a. a. O., S. 126.

⁵⁴ Vgl. Ludwig *Sperk* und Manfred *Wilsdorf*: a. a. O., S. 121 f.

⁵⁵ Ludwig *Sperk* und Manfred *Wilsdorf*: a. a. O., S. 122.

und es im Gesetz heißt, daß ein Sonderzins nicht erhoben werden soll, und nicht, daß ein Sonderzins nicht erhoben werden darf, so daß letztlich dem Vorgehen der Notenbank in diesem Zusammenhang große Bedeutung zukommen wird.

Welche Folgen ergeben sich nun für die Liquiditätsverhältnisse der Girozentralen aus der Substitution von Sparkassenliquiditätsguthaben durch Mindestreserven?

Selbst wenn man nach den Angaben der Sparkassenorganisation davon ausgeht, daß die Sparkassen im Falle einer Mindestreserveerhöhung zur Auffüllung des vergrößerten Reservesolls nicht auf ihre Guthaben bei den Girozentralen zurückgreifen⁵⁶, so kann doch festgestellt werden, daß durch die Mindestreservepflicht Sparkassenmittel im Zentralbanksystem gebunden werden, die sonst — zumindest teilweise — als Liquiditätsguthaben zu den Girozentralen gelangt wären, die Liquiditätsguthabenhaltung der Sparkassen bei den Girozentralen dadurch also gemindert wird. Da jedoch bei Liquiditätsanspannungen ein Rückgriff auf die Mindestreserven a priori grundsätzlich ausgeschlossen ist und nach dem erwähnten Passus des Bundesbankgesetzes allenfalls erst in Frage käme, wenn alle anderen Möglichkeiten erschöpft sind, müssen die Girozentralen im Bedarfsfalle mit einer rascheren Verfügung der Sparkassen über ihre Liquiditätsguthaben und erhöhten Wünschen nach vorfristiger Verfügung über Terminguthaben, kurz, mit einer größeren Labilität der Einlagen von Sparkassen rechnen. Den empirischen Nachweis dafür erbrachte *Golz*, indem er die Liquiditätsanspannungen bei den Girozentralen während der Youngplankrise 1929 und den Herbstwahlen 1930 mit denen der Herbstkrise 1949 und der Korea-Krise 1950/51 verglich.

Alle vier Krisenperioden zeigten ungefähr die gleiche Ausgangslage: jedesmal hatten die Kriseneinflüsse das plötzliche Nachlassen eines laufenden Spareinlagenzuwachses bei den Sparkassen zur Folge, die jedoch auf der Basis des vorherigen gleichmäßigen Spareinlagenzuwachses ihre Kreditzusagen für das laufende Jahr disponiert hatten. Sie mußten deshalb, um ihren Kreditzusagen nachkommen zu können, während der Krisenperioden auf ihre liquiden Reserven bei den Girozentralen zurückgreifen⁵⁷. „So bewirkte ein auf eine Zunahme von 2,2 % des Standes vom 28. 2. 1929 verminderter Spareinlagenzuwachs bei den Sparkassen während der Youngplankrise eine Verminderung der Einlagen deutscher Kreditinstitute bei den Girozentralen um 11,6 % des Standes vom 28. 2. 1929 in der Zeit vom 28. 2. bis zum 31. 5. 1929 ... Im Herbst 1930 bewirkte wiederum ein Rückgang des Spareinlagenzuwachses auf 1,0 % des Standes vom 31. 8. 1930 in der Zeit vom 31. 8. bis zum 31. 10. 1930

⁵⁶ Vgl. Klarstellung zum Monatsbericht der Bank Deutscher Länder vom August 1955, in: Sparkasse, 72. Jhg., Heft 20 vom 15. 10. 1955, S. 311 ff.

⁵⁷ Vgl. Dietrich *Golz*: a. a. O., S. 138.

eine Verminderung der Einlagen deutscher Kreditinstitute bei den Girozentralen um 9,1 % in demselben Zeitraum. Dagegen waren die Sparkassen im Herbst 1949, als der Spareinlagenzuwachs sich nur auf 7,3 % des Standes vom 31. 8. 1949 in der Zeit vom 31. 8. bis zum 31. 10. 1949 ermäßigte, gezwungen, ihre Einlagen bei den Girozentralen um 25,9 % des Standes vom 31. 8. 1949 in demselben Zeitraum zurückzuführen . . . , und auch während der Korea-Krise 1950 bewirkte die Verminderung des Spareinlagenzuwachses bei den Sparkassen auf 4,9 % des Standes vom 30. 6. 1950 im Zeitraum vom 30. 6. 1950 bis zum 31. 1. 1951 eine Verminderung der Einlagen von Kreditinstituten bei den Girozentralen um 14,5 % des Standes vom 30. 6. 1950 in demselben Zeitraum. Die Anordnung zur Haltung von Mindestreserven bewirkte somit . . . eine bedeutend größere Labilität dieser Einlagengruppe als dies früher der Fall war⁵⁸.“ *Golz* ist zweifellos recht zu geben, wenn er darin eine Verschlechterung der Liquiditätslage der Girozentralen erblickt⁵⁹.

Die Sparkassenorganisation hat für die Sparkassen während der zurückliegenden Jahre in der Diskussion um das Bundesbankgesetz ständig die Forderung nach der Erlaubnis zur mittelbaren Mindestreservehaltung über die regionalen Girozentralen erhoben. Das ist verständlich; denn der durch den Zwang zur unmittelbaren Reservehaltung im Zentralbanksystem gelockerte Kontakt zwischen Sparkassen und Girozentralen hätte auf diese Weise wieder eine Festigung erfahren. Im Bundesbankgesetz wurde diesen Wünschen nicht Rechnung getragen. Lediglich für die ländlichen Kreditgenossenschaften, die einer Zentralkasse angeschlossen sind und kein Girokonto bei der Notenbank unterhalten, wurde im § 16 Abs. 4 des Bundesbankgesetzes die bereits vorher bestehende Erlaubnis zur mittelbaren Reservehaltung über die Zentralkassen erneuert. Die Regelung, die im Bundesbankgesetz getroffen wurde, muß, zumindest im Moment, als endgültig angesehen werden. Es wäre deshalb wenig sinnvoll, wenn die Diskussion um diese Frage hier nochmals in vollem Umfange aufgerollt würde. Man kann jedoch rückblickend noch feststellen, daß die Argumente, die für die Beibehaltung der unmittelbaren Reservehaltung im allgemeinen vorgebracht wurden, nicht ganz überzeugen. Wenn beispielsweise die Notwendigkeit eines unmittelbaren Kontaktes zwischen der einzelnen Sparkasse und der Notenbank ins Feld geführt wurde⁶⁰, so erhebt sich die Frage, ob die Notenbank das, was sie über diesen unmittelbaren Kontakt zu erreichen hofft, nicht auch über die Sparkassenzentralbanken erreichen kann. Warum soll die Notenbank nicht die Einrichtungen der Organisation benutzen, um auf dem Wege

⁵⁸ Dietrich *Golz*: a. a. O., S. 138 f.

⁵⁹ Vgl. Dietrich *Golz*: a. a. O., S. 138.

⁶⁰ Vgl. Jahresbericht 1955 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V., S. 26.

einer vertrauensvollen Zusammenarbeit die von ihr angestrebten Ziele populär zu machen und durchzusetzen? *Floss* weist darauf hin, daß dieser Weg in der Schweiz und in Österreich mit Erfolg beschritten wurde⁶¹. Auch das wohl wichtigste Argument, das in diesem Zusammenhang vorgetragen wurde, daß nämlich bei mittelbarer Reservehaltung der Sparkassen deren Spitzeninstitute die Reservekonten der angeschlossenen Sparkassen dem vorgeschriebenen Soll genau anpassen und Unterschreitungen des einen Instituts durch Überschreitungen des anderen Instituts ausgleichen könnten, wodurch die Spitzeninstitute liquiditätsmäßige Vorteile erlangten⁶², erscheint letztlich nicht berechtigt. „Durch die ‚Ökonomisierung‘ (Rationalisierung) von Mindestreserven kann ... lediglich eine kreditmäßige Verwendung solcher Reservebeträge herbeigeführt werden, die dem Zentralbanksystem ohnehin nicht zustehen (Überschußreserven). Hält die Zentralnotenbank eine Neutralisierung von Notenbankgeld über einen bestimmten Mindestreservesatz hinaus für angebracht, so ist das durch Anheben des Reservesatzes automatisch zu erreichen⁶³.“ Erforderlichenfalls, so könnte man hinzufügen, auch durch eine entsprechende Differenzierung der Reservesätze.

⁶¹ Vgl. Eberhard *Floss*: Auswirkungen der Mindestreservepflicht unter besonderer Berücksichtigung der Sparkassen, Berlin 1956, S. 59 f.

⁶² Vgl. Jahresbericht 1955 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V., S. 27.

⁶³ Eberhard *Floss*: Anlage- und Liquiditätsrichtlinien im Sparkassenwesen, a. a. O., S. 50.

Vierter Abschnitt

Verflechtungen zwischen Sparkassen und Girozentralen durch gegenseitige und gemeinsame Kreditgewährung

1. Die kurzfristige Geldaufnahme der Sparkassen bei den Girozentralen

Die Refinanzierung bei der Notenbank ist im Sparkassenbereich normalerweise unüblich. Es hat sich vielmehr eingebürgert, daß die Sparkassen einen vorübergehenden Geldbedarf, der eine kurzfristige Geldaufnahme erforderlich macht, bei der eigenen Girozentrale befriedigen. Dieser Verhaltensweise liegt die Auffassung zugrunde, daß sich die Aufgabe der Girozentralen als Liquiditätszentralen der Sparkassen nicht in der Verwaltung der Sparkassenliquiditätsguthaben erschöpft, sondern auch die Gewährung von Liquiditätskrediten an Sparkassen des eigenen Geschäftsbereiches — Liquiditätsausgleich — mit umfaßt¹.

In gewissen Grenzen sind die Girozentralen zu einer derartigen Liquiditätshilfe für die Sparkassen befähigt, und sie ist ihnen auch zumutbar. Zumutbar insofern, als ihnen, wie am Ende des II. Abschnittes ausgeführt wurde, aus ihrer Stellung als Verrechnungszentralen der Sparkassen Liquiditätsvorteile erwachsen, und sie die Sparkassen erst auf dem Kreditwege an diesen Liquiditätsvorteilen teilnehmen lassen können. Es wäre allerdings verfehlt, wenn man die Möglichkeiten der Girozentralen, die Sparkassen auf diese Weise liquiditätsmäßig zu stützen, überschätzen würde.

Man muß zunächst grundsätzlich davon ausgehen, daß sich die Liquiditätslage einer Girozentrale durch die Gewährung von Liquiditätskrediten an Sparkassen ihres Bereiches im allgemeinen verschlechtert²;

¹ Vgl. Die Problematik der Mindestreserven, a. a. O., S. 62. Eberle schreibt im Abschnitt VI der von ihm aufgestellten „Leitsätze für die Ausgestaltung des Überweisungsverkehrs der Sparkassen“ (abgedruckt als Anlage 7 in: H. Jursch: a. a. O., S. 223 ff.): „Die Girozentrale ist . . . das Sammel- und Ausgleichsbecken für die kurzfristigen Bestände aller Spar- und Girokassen der Provinz. Sie ist die Stelle für die Belegung aller freien Sparkassenbestände, wie sie die Stelle ist, bei der jede Sparkasse ihren Geldbedarf deckt. Eine Sparkasse, die Mitglied des Giroverbandes ist und sich einer fremden Bank ohne Not bedient, handelt dem Sinn ihrer Mitgliedschaft zuwider.“

² Von einer Kreditgewährung der Girozentralen an die Sparkassen auf der Basis notenbankfähiger Titel abgesehen; denn dadurch erhalten die Girozentralen ja ihrerseits in vollem Umfange die Möglichkeit der Refinanzierung bei der Notenbank. Diese Fälle werden hier ausgeklammert. Immerhin ist auch die Möglichkeit denkbar, daß etwa die Inanspruchnahme des einfachen, ungesicherten Überziehungskredits der Girozentrale durch eine Sparkasse

denn man kann diesen Krediten nicht den Charakter liquider Aktiva für die betreffende Girozentrale beimessen, da sie, wie *Golz* feststellte, in Zeiten allgemeiner Liquiditätsspannungen illiquide und somit für die Girozentrale nicht verwertbar sind³. Nun werden aber gleichzeitig mit der Kreditgewährung an die Sparkassen bei der Girozentrale häufig Kreditrückzahlungen erfolgen oder sonstige liquiditätsverbessernde Momente Platz greifen, die die negativen Auswirkungen der Sparkassenkredite auf die Liquidität der Girozentrale kompensieren oder gar überkompensieren. Soweit das der Fall ist, ist die Gewährung von Liquiditätskrediten an ihre Sparkassen für die einzelne Girozentrale unproblematisch; denn die damit grundsätzlich verbundenen negativen Einflüsse auf ihren Liquiditätsstatus kommen nicht zur Geltung. Aber auch wenn eine derartige Kompensation nicht Platz greift, weil etwa Sparkassen in größerem Stile zur Geldbeschaffung auf ihre Girozentrale zurückgreifen, und sich bei der Girozentrale dadurch eine gewisse Liquiditätsanspannung bemerkbar macht, braucht man darin noch keine Bedrohung ihrer Zahlungsbereitschaft zu sehen; denn man muß in diesem Zusammenhang den überregionalen Liquiditätsausgleich berücksichtigen. So wie die regionalen Girozentralen die Aufgabe des Liquiditätsausgleiches gegenüber ihren Sparkassen wahrnehmen, nimmt sie die DGZ gegenüber den regionalen Girozentralen wahr. Wird also die eine oder andere Girozentrale durch die Kreditnahme ihrer Sparkassen liquiditätsmäßig stärker getroffen, so kann sie zum Ausgleich dafür auf den Kredit der DGZ zurückgreifen. Solange sich die Liquiditätsspannungen bei der DGZ insgesamt ausgleichen, ist den Girozentralen die liquiditätsmäßige Stützung ihrer Sparkassen durch Kredite ohne weiteres möglich.

Zu einem Problem für die Girozentralen wird die Erfüllung von Kreditwünschen ihrer Sparkassen aber bereits dann, wenn es bei letzteren zu einer Liquiditätskrise auf breiter Basis kommt, die Sparkassen in starkem Maße auf ihre Liquiditätsguthaben zurückgreifen und auch bei der DGZ von einem Ausgleich der Liquiditätsspannungen keine Rede mehr sein kann. Gehen dann die einen oder anderen Sparkassen, je nachdem in welchem Maße ihre Liquiditätsreserven schrumpfen, ihre Girozentralen um Stützungskredite an, so ist die Situation für diese erheblich prekärer; denn sie sehen sich ja selbst infolge des Einlagenabzuges einer ständigen Verringerung ihrer Reserven gegenüber. Sie sind dadurch in

nicht zu einer Liquiditätsverschlechterung bei der Girozentrale führt. Eine solche Verschlechterung tritt dann nicht ein, wenn die Sparkasse den eingeräumten Kredit ausschließlich zu Zahlungen an andere Kunden der Girozentrale verwendet, und zwar dergestalt, daß sich die Bilanz der Girozentrale dadurch nicht verlängert, also Zahlungen von Debitor zu Debitor vorliegen. Dieser Möglichkeit dürfte aber, insgesamt gesehen, keine allzugroße Bedeutung zuzumessen sein.

³ Vgl. Dietrich *Golz*: a. a. O., S. 134 f.

ihrer Fähigkeit zur Kreditgewährung erheblich eingeschränkt, zumal wenn sie mit weiteren Abzügen von Sparkassenseite rechnen müssen, und werden daher den Sparkassenwünschen nur mit Vorsicht nachkommen können. Zwar verfügen sie, solange die Anforderungen an ihre Zahlungsbereitschaft nur von den Sparkassen, also nur von einer ihrer Einlegergruppen ausgehen, noch über eine gewisse Bewegungsfreiheit, indem sie etwa die Reservehaltung für ihre sonstigen Einleger zugunsten der Sparkassenkredite etwas einschränken, aber dem sind natürlich ebenfalls Grenzen gezogen, und ein gewisses Maß können sie dabei nicht überschreiten.

Geht man aber nun soweit und faßt die von *Könneker* angeführte Möglichkeit eines breiten Einlagenabzuges bei allen Einlegergruppen der Girozentralen ins Auge, eine Möglichkeit, deren Eintritt zwar unwahrscheinlich erscheint, aber doch nicht ausgeschlossen werden konnte, so liegt es auf der Hand, daß in einem solchen Falle über kurz oder lang bei den Girozentralen der Zeitpunkt erreicht werden kann, von dem ab sie eigentlich keinen Pfennig mehr zur Kreditgewährung an Sparkassen in der Hand haben, wenn sie die Realisierbarkeit der verbliebenen Einlagen des Sparkassen- und Nichtsparkassensektors nicht entscheidend gefährden wollen.

In normalen Zeiten liquiditätsmäßiger Beanspruchung, solange sich also bei der DGZ die Liquiditätsspannungen insgesamt ausgleichen, ist die Fähigkeit der Girozentralen zur Erfüllung ihrer Aufgabe, die Sparkassen mit Liquiditätskrediten zu stützen, durchaus vorhanden, da diese Kreditgewährung ihre Zahlungsbereitschaft letztlich nicht gefährdet. In Zeiten allgemeiner Liquiditätsanspannung aber sind die Möglichkeiten der Girozentralen in dieser Hinsicht begrenzt, und es hieße sie überfordern, wenn sie gleichzeitig einerseits einen erheblichen Abzug von Einlagen des Nichtsparkassensektors verkraften, andererseits die volle Realisierbarkeit der Sparkassenliquiditätsguthaben gewährleisten und daneben auch noch die Sparkassen mit Liquiditätskrediten unterstützen sollten.

Die obigen Ausführungen gelten natürlich, wie eingangs festgehalten wurde, nur für solche Kredite der Girozentralen an Sparkassen, die den Girozentralen keine liquiden Aktiva in der Form zuführen, daß ihnen eine entsprechende Refinanzierung ohne weiteres möglich wird. Soweit die kurzfristige Geldaufnahme der Sparkassen bei den Girozentralen letzteren etwa zentralbankfähige Aktiva — Wechsel oder Wertpapiere — zuführt, entfällt ein liquiditätsmäßiges Risiko der Girozentralen fast völlig⁴. In solchen Fällen kann man zwangsläufig aber auch kaum von einer zusätzlichen Liquiditätshilfe der Girozentralen für die Spar-

⁴ Ein solches Risiko könnte sich höchstens im Zusammenhang mit dem Bestehen von Rediskontkontingenten oder Kreditrestriktionen ergeben.

kassen sprechen; denn diese Hilfe hätten die Sparkassen — wenn es bei ihnen üblich wäre, sich bei der Notenbank zu refinanzieren — grundsätzlich auch von der Notenbank erhalten können.

Bevor auf die zahlenmäßige Bedeutung der kurzfristigen Kreditnahme der Sparkassen bei den Girozentralen überhaupt und die Rolle, die die verschiedenen Kreditarten dabei spielten, eingegangen werden kann, müssen noch einige rechtliche und technische Fragen erörtert werden, die in diesem Zusammenhang auftreten.

Ein Bild von den Formen, in denen sich die Geldaufnahme der Sparkassen bei den Girozentralen vollziehen kann, erhält man, wenn man die Mustersatzung für Sparkassen daraufhin untersucht. § 12 Abs. 1 MuSa bestimmt (in Übereinstimmung mit § 23 Abs. 1 preuß. MuSa) u. a., daß Darlehen, insbesondere zur Verstärkung der Betriebsmittel, von Sparkassen nicht aufgenommen werden dürfen, abgesehen von besonderen Fällen, in denen von der Aufsichtsbehörde die Genehmigung dazu erteilt wird. Lediglich zur Deckung eines vorübergehenden Geldbedarfes dürfen entsprechend kurzfristige Kredite bei den im § 20 MuSa (§ 33 preuß. MuSa) bezeichneten Geldinstituten auf Grund eines Beschlusses des Verwaltungsrates bzw. des Vorstandes aufgenommen werden⁵. Bei den im § 20 MuSa (§ 33 preuß. MuSa) bezeichneten Geldinstituten handelt es sich um öffentlich-rechtliche Kreditinstitute, insbesondere die eigene Girozentrale, ferner um die Notenbank, das Postscheckamt und ausnahmsweise, sofern es die Aufsichtsbehörde erlaubt, um private Kreditinstitute.

Weiterhin gestattet die MuSa den Sparkassen im § 15 Abs. 2 (gegenüber § 27 Abs. 4 preuß. MuSa unverändert) die Weiterbegebung⁶ und Rediskontierung von Handelswechseln, die nach § 15 Abs. 2 MuSa (§ 27 Abs. 4 preuß. MuSa) zum Diskont bei Sparkassen zugelassen sind⁷. Allerdings dürfen sie wiederum nur an die im § 20 MuSa (§ 33 preuß. MuSa)

⁵ Im Rahmen dieser Vorschrift ergibt sich für die Sparkassen die Möglichkeit zur Kreditaufnahme in laufender Rechnung bei ihrer zuständigen Girozentrale. Dabei kann es sich sowohl um ungesicherte Kontokorrentkredite als auch um gesicherte Kontokorrentkredite — sog. unechte Lombardkredite — handeln. Da *Perdelwitz, Fabricius, Kleiner* (a. a. O., S. 296) allgemein die Zulässigkeit der Aufnahme kurzfristiger Lombardkredite im Rahmen des § 23 Abs. 1 preuß. MuSa bejahen, wobei ohne weiteres unterstellt werden darf, daß das auch für § 12 Abs. 1 der neuen MuSa gilt, sind die Sparkassen auch in die Lage gesetzt, sog. echte Lombardkredite aufzunehmen, d. h. nicht in laufender Rechnung zur Verfügung gestellte, durch Faustpfänder gesicherte, Kredite mit feststehendem Schuldbetrag. Zur Frage des echten und unechten Lombardkredites vgl. *Walther Wolfslast*: Der Lombardkredit, in: *Die Bank*, II. Bd., a. a. O., S. 153 ff.

⁶ Der Begriff der „Wechselweiterbegebung“ umfaßt eigentlich sowohl die Lombardierung wie auch die Rediskontierung hereingenommener Wechsel. Vgl. *Perdelwitz, Fabricius, Kleiner*: a. a. O., S. 371.

⁷ Die Wechsel müssen im Bundesgebiet zahlbar und innerhalb von drei Monaten nach dem Tage des Ankaufs fällig sein. Sie müssen gute Handelswechsel sein und die Unterschriften von möglichst drei, mindestens aber zwei sicheren und als zahlungsfähig bekannten Verpflichteten tragen.

angeführten Institute weiterbegeben werden. Ergänzt wird diese Vorschrift noch im § 25 Ziff. 7 MuSa (§ 34 Ziff. 7 preuß.MuSa). Dort wird den Sparkassen neben der Girierung von Wechseln, die den Bestimmungen des § 15 Abs. 2 MuSa (§ 27 Abs. 4 preuß.MuSa) entsprechen, noch die Girierung von Wechseln erlaubt, die den Bestimmungen des § 21 MuSa (§ 33 preuß.MuSa) nachkommen. Das sind rediskontfähige Schatzwechsel und Privatkonten⁸.

Das im § 34 Ziff. 7 preuß.MuSa ausdrücklich niedergelegte Verbot der Ausstellung und Akzeptierung von Wechseln durch Sparkassen⁹ ist in der neuen Mustersatzung nicht mehr angeführt. Da die neue Mustersatzung jedoch die für Sparkassen zulässigen Geschäfte abschließend und erschöpfend aufzählt, folgt aus der Nichterwähnung der Ausstellung und Akzeptierung von Wechseln, daß dieses Geschäft grundsätzlich nicht zulässig ist, soweit es nicht etwa von der obersten Aufsichtsbehörde gemäß § 2 der VO vom 5. 8. 1931 oder gemäß § 13 Abs. 2 MuSa ausdrücklich genehmigt wird¹⁰. Diese Genehmigung wurde nach der Währungsreform in den meisten Ländern von den obersten Aufsichtsbehörden unter gewissen Voraussetzungen erteilt¹¹. Mit der Erlaubnis zur Ausstellung und Akzeptierung von Wechseln wurde auch die Erlaubnis zur Rediskontierung von Debitorenziehungen und zur Diskontierung und Rediskontierung von eigenen Akzepten verbunden¹², wodurch den betroffenen Sparkassen also auch auf diesem Wege die Geldbeschaffung in gewissen Grenzen offensteht. Die Rediskontierung ist natürlich auch hier auf die Kreditinstitute beschränkt, bei denen die Sparkassen auch ihre Handelswechsel rediskontieren können. In einigen Ländern wurde als Rediskontstelle für die Debitorenziehungen und eigenen Akzpte sogar nur die zuständige Girozentrale zugelassen¹³.

Eine Einschränkung der geschilderten Geldaufnahmemöglichkeiten der Sparkassen bei Inanspruchnahme des Kredits der Girozentralen gestaltet, daß etwa den Girozentralen ihre Satzungen eine Kreditgewährung in einer der Formen, in denen den Sparkassen eine Geldaufnahme

⁸ Im § 33 der preußischen Mustersatzung ist nur von Privatkonten die Rede.

⁹ Von diesem strengen Verbot der Ausstellung und Akzeptierung von Wechseln hat der § 2 der VO v. 5. 8. 1931 (RGBl I S. 429) eine Ausnahme gemacht. Er erteilte den Sparkassen bis auf weiteres die Befugnis zur Abgabe wechselmäßiger Erklärungen nach näherer Bestimmung der obersten Landesbehörde. Vgl. *Perdelwitz, Fabricius, Kleiner*: a. a. O., S. 372.

¹⁰ Vgl. *Materialien zur Erneuerung des Sparkassenrechts*, a. a. O., S. 42.

¹¹ Vgl. *Manuel Falter*: Die Praxis des Kreditgeschäftes bei Sparkassen und anderen Kreditinstituten, 2. Auflage, Stuttgart 1953, S. 515 ff.

¹² Vgl. *Manuel Falter*: a. a. O., S. 522 f.

¹³ Vgl. *Manuel Falter*: a. a. O., S. 522 f.

gestattet ist, nicht erlauben, erfolgt nicht¹⁴. Somit kann die kurzfristige Kreditnahme der Sparkassen bei den Girozentralen grundsätzlich in drei Formen erfolgen¹⁵:

1. durch Rediskontierung, d. h. Weiterverkauf von Wechseln,
2. durch Verpfändung von sparkasseneigenen Effekten und Wechseln auf dem Wege des Lombardkredits¹⁶,
3. durch Inanspruchnahme von Krediten in laufender Rechnung¹⁷.

Zu den beiden ersten Formen sei hier nur vermerkt, daß die Girozentralen, sofern sie von den Sparkassen Wechsel ankaufen, die nicht zentralbankfähig sind, eine Risikoprämie in Gestalt eines Diskontaufschlages auf den beim Rediskont zentralbankfähiger Wechsel zugrundegelegten Diskontsatz¹⁸ berechnen.

Was die Aufnahme von Kontokorrentkrediten anbelangt, so wurde ja bereits früher darauf hingewiesen, daß das Verrechnungskonto jeder Sparkasse bei ihrer Girozentrale als Kontokorrentkonto ausgestattet ist. Dadurch besteht für die einzelne Sparkasse die Möglichkeit, den Kontokorrentkredit ihrer Girozentrale in Anspruch zu nehmen. Der beanspruchte Kontokorrentkredit kann ein ungesicherter Kredit sein oder auch ein gesicherter Kredit — sog. unechter Lombardkredit — auf der Basis einer ständigen Verpfändung von Ausgleichsforderungen seitens der Sparkassen zugunsten ihrer zuständigen Girozentrale. Dieses Verfahren hat sich nach der Währungsreform im Bezirk verschiedener Girozentralen,

¹⁴ Beispielshaft seien hier nur die einschlägigen Vorschriften aus der Satzung der Bayerischen Gemeindebank (Girozentrale) angeführt. Nach § 6 ist die Bank zur Erfüllung der in § 5 aufgeführten Aufgaben u. a. befugt zur Gewährung und Vermittlung kurz- und langfristiger Kredite und Darlehen an öffentliche Sparkassen (Abschnitt B Ziff. 1 a), zum An- und Verkauf, zur Beleihung und Indossierung von Wechseln in dem vom Verwaltungsrat bestimmten Rahmen (Abschnitt C Ziff. 5), zum An- und Verkauf, zur Beleihung und Indossierung von Wechseln, die als Privatkonten gehandelt werden (Abschnitt C Ziff. 6). Die Festlegung des Rahmens für das Kredit- und Darlehensgeschäft und für den An- und Verkauf sowie die Beleihung und Indossierung von Wechseln obliegt dem Verwaltungsrat (§ 13 Abs. II Ziff. 5 a und 5 c).

¹⁵ Die Möglichkeit, kurzfristige Darlehen mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde bei der zuständigen Girozentrale in Anspruch zu nehmen, besteht für die Sparkassen grundsätzlich auch, wie § 12 Abs. 1 Satz 1 MuSa (§ 23 Abs. 1 Satz 1 preuß. MuSa) zeigt. Dieser Möglichkeit dürfte jedoch keine große praktische Bedeutung zukommen, da den Sparkassen ja der Kontokorrentkredit ihrer Girozentralen offensteht, den sie ohne Genehmigung der Aufsichtsbehörde in Anspruch nehmen können. Die Form des Darlehens wird also nur für langfristige Kreditaufnahmen seitens der Sparkassen bei ihren Girozentralen in Betracht kommen, wovon im nächsten Unterabschnitt die Rede sein wird.

¹⁶ Echter Lombardkredit.

¹⁷ Ungesicherter Kontokorrentkredit und gesicherter Kontokorrentkredit, sog. unechter Lombardkredit.

¹⁸ Dieser dürfte im allgemeinen etwas unter dem Landeszentralbanksatz liegen.

u. a. auch im Bereich der Bayerischen Gemeindebank (Girozentrale), eingebürgert. Dabei verpfändet jede Sparkasse einen bestimmten Teil ihrer Ausgleichsforderungen bei der zuständigen LZB zugunsten ihrer Girozentrale, die ihr dafür einen Kontokorrentkredit in Höhe von 75 vH der verpfändeten Ausgleichsforderungen einräumt¹⁹. Die einzelne Girozentrale ihrerseits hat dadurch den Vorteil, daß sie im Bedarfsfalle die eingeräumten Kredite bei der Landeszentralbank refinanzieren kann.

Nun darf allerdings aus dieser Regelung nicht geschlossen werden, daß es eine absolute Norm gibt, die für die Bereiche aller Girozentralen mit Hilfe eines allgemeingültigen Maßstabes bestimmt, bis zu welcher Grenze die einzelne Sparkasse bei ihrer Girozentrale ins Debet kommen darf. Man muß vielmehr davon ausgehen, daß die Begrenzung derartiger Kreditlinien völlig im Ermessen der einzelnen Girozentrale liegt; denn eine andere Regelung wäre mit ihrer Aufgabe, liquiditätsschwache Sparkassen ihres Bereiches durch Gewährung kurzfristiger Kredite zu unterstützen, nicht zu vereinbaren. Zwar bedeutet die Krediteinräumung auf der Basis der verpfändeten Ausgleichsforderungen in gewissem Umfange eine Festlegung von Kreditlinien nach einer allgemeinen Norm, aber abgesehen davon, daß diese Regelung, wie oben ausgeführt wurde, nicht im Bereiche aller Girozentralen gilt, stellen die auf diese Weise gewonnenen Überziehungslimite keine absolute Grenze dar, sondern können von der einzelnen Sparkasse, sofern ihre Girozentrale die Genehmigung dazu erteilt, überschritten werden.

Die im folgenden wiedergegebenen Zahlen wurden vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. in dankenswerter Weise zur Veröffentlichung freigegeben. Sie zeigen den Stand der kurzfristigen²⁰ Kreditgewährung der Girozentralen an Sparkassen jeweils zum 31. 12., allerdings nur für die Jahre 1951 und 1956²¹.

¹⁹ Das entspricht der bei den Landeszentralbanken für Ausgleichsforderungen geltenden Beleihungsgrenze.

²⁰ Es handelt sich um Kredite mit einer Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als 4 Jahren. Zwar werden in der Bankenstatistik „Debitoren“ und „durchlaufende Kredite“ mit einer Laufzeit oder Kündigungsfrist von 6 Monaten bis weniger als 4 Jahren als mittelfristige Kredite bezeichnet, in der vorliegenden Arbeit soll sich die Unterscheidung von Krediten nach ihrer Fristigkeit aber nur auf kurz- und langfristige Kredite beschränken, entsprechend ihrer Zurechnung zum Geld- oder Kapitalmarkt. Dabei werden nach der üblichen Unterscheidung Versprechen auf Rückzahlung innerhalb einer Frist von höchstens 4 Jahren dem Geldmarkt zugerechnet, längerfristige Rückzahlungsversprechen dem Kapitalmarkt. Vgl. dazu Rudolf *Stucken*: Geld und Kredit, 2. Auflage, a. a. O., S. 130.

²¹ Der Mangel, der darin liegt, daß nur für die beiden angegebenen Zeitpunkte Zahlen zur Verfügung gestellt wurden, ist insofern nicht so schwerwiegend, als die Unterschiede, die sich aus der Gegenüberstellung der beiden Zahlengruppen ergeben, im großen und ganzen auch für die Entwicklung in dem dazwischenliegenden Zeitraum charakteristisch sind. Diese Feststellung kann hier getroffen werden, nachdem der Verfasser auch die nicht angeführten Zahlen für die Jahre 1952 bis einschließlich 1955 einsehen konnte.

**Von den Girozentralen an Sparkassen gewährte kurzfristige Kredite
in Mio DM a)**

Jahres- ende	Debitoren ohne Lombard- kredite	Lombard- kredite b)	Wechsel- kredite c)	Debitoren, Lombard- u. Wechsel- kredite insgesamt	Forde- rungen aus zentralen Kredit- aktionen d)
1951	198,4	20,5	147,2	366,1	39,0
1956	78,9	22,8	192,5	294,2	18,1

a) Die Zahlen beruhen auf zusätzlichen Erhebungen, die der Deutsche Sparkassen- und Giroverband bei den Girozentralen durchführt.

b) Ob die unechten Lombardkredite in dieser Position oder in der Position „Debitoren ohne Lombardkredite“ enthalten sind, wird aus dem zur Verfügung stehenden Material nicht ersichtlich.

c) Von den Sparkassen bei Girozentralen rediskontierte Wechsel, ohne die in dem Abschnitt über Gemeinschaftskreditgeschäfte ausgewiesenen, von Sparkassen im Zuge der Gewährung von Gemeinschaftskrediten, bei Girozentralen rediskontierten Wechsel.

d) Auf die Frage der Kreditweiterleitung über Girozentralen und Sparkassen an Endkreditnehmer im Rahmen zentraler Kreditaktionen wird im nächsten Unterabschnitt näher eingegangen werden. In der vorliegenden Betrachtung sollen die Weiterleitungskredite außer acht gelassen werden, da sie keine Kreditgewährung der Girozentralen aus eigenen Mitteln verkörpern, sondern nur eine Mittelweiterleitung.

Der absolute Rückgang der kurzfristigen Kreditgewährung der Girozentralen an Sparkassen, der sich Ende 1956 im Verhältnis zum gleichen Zeitpunkt des Jahres 1951 bemerkbar macht, dürfte damit zu erklären sein, daß die Sparkassen Ende 1951 wahrscheinlich noch in starkem Maße mit Verbindlichkeiten gegenüber ihren Girozentralen belastet waren, die durch die Aufnahme von Liquiditätskrediten im Zuge der Ereignisse nach der Währungsreform und während der Koreakrise entstanden. Demgegenüber hatten sich die Liquiditätsverhältnisse der Sparkassen bis zum Jahre 1956 weitgehend normalisiert, was sich auch in einer absolut geringeren Geldaufnahme der Sparkassen bei den Girozentralen bemerkbar machte²². Noch deutlicher als der absolute Rückgang fällt der relative Rückgang der Geldaufnahme von Sparkassen bei Girozentralen ins Auge, wenn man, wie es in der folgenden Tabelle geschieht, die oben angeführten absoluten Zahlen für die Jahre 1951 und 1956 den von den Sparkassen zu denselben Zeitpunkten insgesamt an Nichtbanken gewährten kurzfristigen Krediten gegenüberstellt.

Während die an Sparkassen gewährten Kredite der Girozentralen also Ende 1951 infolge der vorangegangenen allgemeinen Liquiditätsanspan-

²² Vgl. Jahresbericht 1955 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V., S. 24 und S. 39.

Von den Girozentralen an Sparkassen gewährte kurzfristige Kredite in Mio DM und in vH der kurzfristigen Kredite der Sparkassen an Nichtbanken

Jahres- ende	Kurzfristige Kredite der Giro- zentralen an Spar- kassen in Mio DM a)	Kurzfristige Kredite der Spar- kassen an Nicht- banken in Mio DM b)	1 in vH von 2
	1	2	3
1951	366,1	2572,8 c)	14,2
1956	294,2	6198,5 d)	4,7

a) Ohne Forderungen aus zentralen Kreditaktionen und ohne von Sparkassen im Zuge der Gewährung von Gemeinschaftskrediten bei Girozentralen rediskontierte Wechsel.

b) Kredite mit einer Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als 4 Jahren.

c) *Quelle*: Statistisches Handbuch der Bank Deutscher Länder 1948—1954, Frankfurt 1955, S. 80.

d) *Quelle*: Monatsberichte der Bank Deutscher Länder, Heft März 1957, S. 66.

nungen noch 14,2 vH der von Sparkassen an Nichtbanken gewährten kurzfristigen Kredite ausmachten, beliefen sie sich Ende 1956 nur noch auf 4,7 vH.

In Zeiten normaler liquiditätsmäßiger Anspannung scheint also der Geldaufnahme der Sparkassen bei den Girozentralen keine allzu große Bedeutung zuzukommen, die Sparkassen scheinen sich bezüglich ihres Kreditgeschäftes vielmehr weitgehend im Rahmen der ihnen durch die eigenen Mittel gezogenen Grenzen zu bewegen. Die Kreditnahme bei den Girozentralen erhöht sich zwar, das dürfte man aus den Zahlen entnehmen können, wenn sich die Anforderungen an die Zahlungsbereitschaft der Sparkassen erheblich verstärken, aber bislang scheinen die daraus erwachsenen Anforderungen an die Liquidität der Girozentralen im allgemeinen ein erträgliches Maß nicht überstiegen zu haben. *Golz*, der in seiner Untersuchung praktisch den gesamten Zeitraum von der Gründung der Girozentralen an bis zur Gegenwart im Hinblick auf das Liquiditätsproblem der Girozentralen analysierte, führt jedenfalls nur zwei Beispiele dafür an, daß eine Girozentrale infolge zu umfangreicher Geldaufnahmen seitens ihrer Sparkassen bei ihr in eine sehr angespannte Liquiditätslage kam²³.

²³ Die Württembergische Girozentrale — Württembergische Landeskomunalbank — erlebte auf diese Weise im Herbst 1925 eine erhebliche Liquiditätsanspannung und die Bayerische Gemeindebank (Girozentrale) nach der Währungsreform im Jahre 1948. Vgl. *Dietrich Golz*: a. a. O., S. 49 f. und S. 98 f.

Neben dem absoluten und relativen Rückgang der Kreditnahme von Sparkassen bei Girozentralen weist das Jahr 1956 gegenüber 1951 aber auch noch eine absolute Verschiebung von der Kontokorrentkreditnahme zum Wechselrediskont hin auf, wie aus den Zahlen leicht ersichtlich wird. Stellt man die Debitoren ohne Lombardkredite und die Wechselkredite der gesamten kurzfristigen Kreditgewährung der Girozentralen an Sparkassen zu den angegebenen Zeitpunkten getrennt gegenüber, so zeigen sich folgende prozentuale Verschiebungen: Am 31. 12. 1951 machten die Debitoren rund 54,2 vH der insgesamt von Girozentralen an Sparkassen gewährten kurzfristigen Kredite aus und die Wechselkredite rund 40,2 vH. Hingegen belief sich am 31. 12. 1956 der Anteil der Debitoren nur noch auf 26,8 vH und der der Wechselkredite war auf 65,4 vH gestiegen. Zwar lassen die Zahlen nicht erkennen, inwieweit es sich bei den rediskontierten Wechseln um zentralbankfähige Wechsel handelt, aber im großen und ganzen dürfte diese Verschiebung doch auch den Girozentralen eine höhere Rückgriffsmöglichkeit auf die Notenbank ermöglichen, zumal ja evtl. gerade die Unterschrift der Girozentrale einem bisher nicht zentralbankfähigen Wechsel die Zentralbankfähigkeit verleiht.

Nun darf allerdings die absolut stärkere Heranziehung der Wechsel zur Geldbeschaffung seitens der Sparkassen keineswegs zu dem Schluß verleiten, daß die Sparkassen im Jahre 1956 ihren Wechselbestand auch prozentual in höherem Maße zur Geldaufnahme bei ihren Girozentralen eingesetzt hatten als 1951. Dieser Schluß wäre falsch, wie die folgende Tabelle zeigt.

Von den Sparkassen bei Girozentralen rediskontierte Wechsel in vH des Wechselbestandes der Sparkassen

Jahres- ende	Wechselbestand der Sparkassen in Mio DM	Von den Spar- kassen bei Giro- zentralen redis- kontierte Wechsel in Mio DM c)	2 in vH von 1
	1	2	3
1951	348,6 a)	147,2	42,2
1956	1211,5 b)	192,5	15,9

a) Ohne Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder. *Quelle:* Statistisches Handbuch der Bank Deutscher Länder 1948—1954, a. a. O., S. 174.

b) Ohne Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder. *Quelle:* Monatsberichte der Bank Deutscher Länder, Heft März 1957, S. 80.

c) Ohne von Sparkassen im Zuge der Gewährung von Gemeinschaftskrediten bei Girozentralen rediskontierte Wechsel.

Zwar hatten demnach die Sparkassen den Wechselkredit der Girozentralen zum 31.12.1956 in absolut höherem Maße in Anspruch genommen als Ende 1951; in Prozenten ihres Wechselbestandes ausgedrückt, hatten sie jedoch Ende 1956 in weit geringerem Maße zur Geldbeschaffung auf ihren Wechselbestand zurückgegriffen als zum 31.12.1951. Das ist nicht zuletzt ein Zeichen dafür, daß die Sparkassen ihre Wechsel als Liquiditätsreserven gerne selbst behalten, sofern die Liquiditätsverhältnisse ihren Einsatz zur Geldbeschaffung nicht unbedingt erforderlich machen.

Eingangs dieses Abschnittes war darauf hingewiesen worden, daß die Sparkassen zur Geldbeschaffung in aller Regel nur auf ihre Girozentralen zurückgreifen. Daß das tatsächlich der Fall ist, soll noch an dem dafür besonders geeigneten Beispiel des Wechselrediskonts gezeigt werden.

Von den Sparkassen bei Girozentralen rediskontierte Wechsel in vH der Indossamentsverbindlichkeiten der Sparkassen

Jahres- ende	Von den Sparkas- sen bei Girozen- tralen rediskon- tierte Wechsel in Mio DM a)	Indossaments- verbindlichkeiten der Sparkassen in Mio DM b)	1 in vH von 2
	1	2	3
1951	147,2	174,6 c)	84,3
1956	192,5	207,2 c)	92,9

a) Ohne von Sparkassen im Zuge der Gewährung von Gemeinschaftskrediten bei Girozentralen rediskontierte Wechsel.

b) *Quelle*: Statistisches Handbuch der Bank Deutscher Länder 1948—1954, a. a. O., S. 177; Monatsberichte der Bank Deutscher Länder, Heft März 1957, S. 83.

c) Vermindert um die Indossamentsverbindlichkeiten aus den im Zuge der Gewährung von Gemeinschaftskrediten durch Sparkassen bei Girozentralen rediskontierten Wechseln.

Die Tabelle veranschaulicht deutlich, daß zu den angeführten Zeitpunkten mit nur relativ geringfügigen Unterschieden die Indossamentsverbindlichkeiten der Sparkassen nahezu vollständig aus den von Sparkassen bei Girozentralen rediskontierten Wechseln herrührten, eine Rediskontierung bei der Notenbank oder bei anderen Geldinstituten also kaum erfolgt sein konnte.

Wenn von der kurzfristigen Geldaufnahme der Sparkassen bei den Girozentralen gesprochen wird, könnte man fragen, ob nicht auch umgekehrt von einer kurzfristigen Geldaufnahme der Girozentralen bei den Sparkassen zu sprechen ist. Hierzu ist zu sagen, daß von kurzfristigen Geld-

aufnahmen seitens der Girozentralen bei Sparkassen im allgemeinen nicht die Rede sein kann; denn es sollen ja nicht die Sparkassen die Girozentralen liquiditätsmäßig stützen, sondern umgekehrt die Girozentralen die Sparkassen²⁴. Es kommt zwar vor, daß derartige Geschäfte Platz greifen, aber sie sind nach einer Mitteilung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V. grundsätzlich als außergewöhnliche Transaktionen aufzufassen²⁵.

2. Gegenseitige Beziehungen im langfristigen Kreditgeschäft

a) Die langfristige Kreditgewährung der Girozentralen an die Sparkassen

Im vorangegangenen Abschnitt war davon die Rede, daß sich die Sparkassen ihrer Girozentralen zur vorübergehenden Geldaufnahme bedienen können. Nunmehr gilt es, einen Schritt weiter zu tun und festzustellen, inwieweit die Girozentralen den Sparkassen auch langfristige Mittel zur Verfügung stellen. Rechtlich steht einer langfristigen Kreditgewährung der Girozentralen an Sparkassen zunächst das im § 12 Abs. 1 Satz 1 MuSa (§ 23 Abs. 1 Satz 1 preuß. MuSa) niedergelegte grundsätzliche Verbot einer Aufnahme von Darlehen, insbesondere zur Verstärkung der Betriebsmittel, durch Sparkassen im Wege. Diesem grundsätzlichen Verbot liegt die Auffassung zugrunde, daß die Sparkassen ihr langfristiges Aktivgeschäft lediglich mit den ihnen aus dem normalen Einlagengeschäft zur Verfügung stehenden fremden Mitteln betreiben sollen²⁶. Das Verbot ist jedoch kein absolutes, wie ja bereits festgestellt wurde, vielmehr wird für besondere Fälle die Darlehensaufnahme mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde gestattet (§ 12 Abs. 1 Satz 1 MuSa, § 23 Abs. 1 Satz 1 preuß. MuSa). Diese Genehmigung vorausgesetzt, steht den Sparkassen also auch die Aufnahme langfristiger Darlehen bei ihren Girozentralen offen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang weiterhin, daß im § 12 Abs. 1 Satz 3 MuSa ausdrücklich festgestellt wird, daß Darlehensaufnahmen im Rahmen zentraler Kreditaktionen öffentlicher Stellen den Beschrän-

²⁴ Die besprochene Guthabenhaltung der Sparkassen bei den Girozentralen bedeutet wohl gleichermaßen eine Mittelübertragung von den Sparkassen zu den Girozentralen, wie sie im Falle einer vorübergehenden Kreditnahme der Girozentralen bei den Sparkassen erfolgt, aber eine Kreditgewährung an die Girozentralen wird damit nicht bezweckt, sondern grundsätzlich nur eine der Liquiditätssicherung der Sparkassen dienende Geldanlage. Vgl. *Perdelwitz, Fabricius, Kleiner*: a. a. O., S. 365.

²⁵ Um ein Beispiel zu geben, sei erwähnt, daß die am 31. 12. 1956 von einigen Girozentralen bei Sparkassen aufgenommenen kurzfristigen Gelder rund 13,9 Mio DM betrugen, wovon 10,5 Mio DM zweckgebundene Weiterleitungsmittel waren. Die Zahlen wurden vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. zur Verfügung gestellt.

²⁶ Vgl. *Perdelwitz, Fabricius, Kleiner*: a. a. O., S. 295.

kungen nach Satz 1 Abs. 1 § 12 MuSa nicht unterliegen²⁷. Tatsächlich hängen nämlich die langfristigen Ausleihungen der Girozentralen an Sparkassen, die in den letzten Jahren einen nicht unerheblichen Umfang erreichten, zum großen Teil mit den zentralen Kreditaktionen zusammen.

Spareinlagen spielen bei den Girozentralen bekanntlich keine nennenswerte Rolle²⁸. Die langfristigen Mittel, die sie an Sparkassen weitergeben, fließen ihnen also aus anderen Quellen zu, und zwar einerseits aus den Emissionen von Kommunalsammelanleihen, andererseits von zentralen Kreditinstituten und öffentlichen Stellen im Wege zentraler Kreditaktionen.

Auf den ersten Blick mag es widerspruchsvoll erscheinen, daß Erlöse aus der Ausgabe von Kommunalsammelanleihen an Sparkassen fließen. Sowohl der § 14 des Hypothekenbankgesetzes als auch der § 7 des öffentlich-rechtlichen Pfandbriefgesetzes sehen jedoch vor, daß von den Emissionsinstituten auf Grund von Darlehen an inländische Körperschaften des öffentlichen Rechts oder unter deren Gewährleistung Schuldverschreibungen ausgegeben werden können. Beide Bestimmungen stellen also nicht auf die reine Gebietskörperschaft ab; auch Darlehen an öffentlich-rechtliche Nichtgebietskörperschaften sind deckungsfähig. Da es sich bei den kommunalen Sparkassen ebenfalls um öffentlich-rechtliche Körperschaften handelt, sind also auch Darlehensforderungen der Girozentralen gegen diese deckungsfähig und können als Sicherheit für die von Girozentralen ausgegebenen Kommunalschuldverschreibungen dienen. Die Girozentralen werden dadurch in die Lage versetzt, gegenüber ihren Sparkassen auch auf dem langfristigen Geschäftssektor gewisse Ausgleichsfunktionen wahrzunehmen, indem sie etwa denjenigen Sparkassen mit langfristigen Mitteln aushelfen, deren eigenes Aufkommen an Spareinlagen sehr gering ist oder jedenfalls bei weitem nicht ausreicht, um den örtlich an sie gestellten dringlichen Ansprüchen, deren Befriedigung die Bereitstellung langfristiger Mittel erfordert, nachkommen zu können²⁹. So haben die Girozentralen in den vergangenen Jahren beispielsweise aus den von ihnen verkauften Kommunalsammelanleihen an Sparkassen ihres jeweiligen Bereiches mit dem Sitz in Zonenrandgebieten oder stark zerstörten Städten Darlehen zur Gewährung erststelliger Hypotheken gegeben, um die in den genannten Bereichen besonders starke Not

²⁷ Im Gegensatz dazu bestimmte § 34 Ziff. 9 preuß. MuSa noch, daß die Sparkassen zur Weiterleitung von Darlehen, die von öffentlichen Körperschaften oder deren Kreditanstalten zu bestimmten Zwecken zur Verfügung gestellt werden, nur mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde befugt sind.

²⁸ Am 31. 12. 1956 betrugen die Spareinlagen bei Girozentralen 60,4 Mio DM. Vgl. Monatsberichte der Bank Deutscher Länder, Heft März 1957, S. 82.

²⁹ Allerdings können die Sparkassen in der Regel über die auf diese Weise zu ihnen fließenden Mittel nicht frei verfügen, da sie von den Girozentralen meist mit bestimmten Zweckbindungen zur Verfügung gestellt werden. Es handelt sich also für die Sparkassen im wesentlichen um zweckgebundene Weiterleitungsmittel.

an langfristigen Mitteln zu mildern³⁰. Selbstverständlich sind die Möglichkeiten der Girozentralen, aus den Emissionserlösen von Kommunalobligationen langfristige Kredite an Sparkassen zu geben, eng begrenzt. Das hängt einmal mit der schlechten Absatzlage am Effektenmarkt zusammen, zum anderen aber auch damit, daß die Girozentralen selbst das direkte langfristige Kreditgeschäft betreiben und die an sie gerichteten Kreditwünsche der Kommunen nicht ausreichend befriedigen können. Es ist deshalb wesentlich, daß sie bei dieser Kreditvergebung ausschließlich die Finanzierung von Projekten zu ermöglichen suchen, deren Förderung als volkswirtschaftlich besonders dringlich anerkannt werden muß, mit dem örtlichen Mittelaufkommen seitens der betreffenden Sparkassen jedoch nicht in genügendem Maße erreicht werden kann.

Eine besondere Liquiditätsvorsorge für die Passiva in dem Sinne, wie sie bei Kreditinstituten erforderlich ist, die ihr Aktivgeschäft auf der Basis von Kundschaftseinlagen betreiben, entfällt bekanntlich für die Emissionsinstitute, da bei ihnen keine Unkenntnis hinsichtlich des Termins besteht, zu dem die gegen sie bestehenden Forderungen geltend gemacht werden. Sie sind vielmehr gezwungen, sich in ihrem Kreditgeschäft an die goldene Bankregel zu halten³¹. Das gilt natürlich auch für das auf der Effektenemission beruhende Passivgeschäft der Girozentralen und ihr darauf fußendes Kreditgeschäft, wozu auch die hier besprochenen Ausleihungen an Sparkassen zählen. Aber nicht nur für die Girozentralen entfällt dabei eine besondere Liquiditätsvorsorge für die Passiva, aus denen die Mittel für die langfristige Kreditgewährung an Sparkassen stammen, sondern auch für die Sparkassen hinsichtlich dieser mit langer Laufzeit bei den Girozentralen aufgenommenen Darlehen selbst. Auch die Sparkassen kennen ja den Fälligkeitstermin der Verbindlichkeiten gegenüber ihrer Girozentrale und werden ihre Kreditgewährung darauf abstellen.

Die anderen Quellen, aus denen die langfristigen Gelder stammen, die die Sparkassen von ihren Girozentralen erhalten, sind, wie bereits erwähnt wurde, zentrale Kreditinstitute, öffentliche Stellen und öffentliche Sondervermögen³², die mit bestimmten Zwecksetzungen im Rahmen zen-

³⁰ Vgl. Kurt Janke: Wohnbau-Finanzierung mit Kommunalobligationen, in: *Industriekurier*, Nr. 131 vom 31. 8. 1954. Während die einzelne regionale Girozentrale bei der Durchführung dieses langfristigen Mittelausgleichs auf ihren Geschäftsbezirk beschränkt ist, kann unter Einschaltung der DGZ auch auf überregionaler Ebene ein solcher Ausgleich betrieben werden. Beispielsweise konnten der Sparkasse der Stadt Berlin im Jahre 1953 aus dem Erlös einer Emission der DGZ Darlehen zur Finanzierung des Wohnungsbaues in Berlin zur Verfügung gestellt werden. Vgl. Kurt Janke: a. a. O.

³¹ Vgl. Rudolf Stucken: *Geld und Kredit*, 2. Auflage, a. a. O., S. 125.

³² Beispielsweise die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die Landwirtschaftliche Rentenbank, die Lastenausgleichsbank, der Bund, die Länder, die Bundesanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung, das ERP-Sondervermögen usw.

traler Kreditaktionen für Endkreditnehmer Kreditmittel zur Verfügung stellen³³. Den Endkreditnehmern werden die bereitgestellten Mittel von ihren Hausbanken — das sind im vorliegenden Falle die Sparkassen — ausgezahlt, da diese den besten Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers haben. Damit aber die zentralen Kreditgeber bezüglich der Mittel, die über die Sparkassen zur Auszahlung kommen sollen, nicht mit der Vielzahl der Sparkassen in Verbindung treten müssen, und gleichzeitig, um den Sparkassen eine angemessene Beteiligung an diesen Mitteln zu sichern, werden bei der Weiterleitung zwischen die zentralen Stellen und die Sparkassen in aller Regel die Girozentralen eingeschaltet³⁴. Während also die besprochenen, aus den Erlösen von Kommunalanleihen stammenden Kredite der Girozentralen an Sparkassen nur für die Sparkassen Weiterleitungsmittel verkörpern, stellen die den Sparkassen über die Girozentralen zugeführten Kreditmittel zentraler Stellen — das gilt übrigens auch für den Fall, daß es sich um Mittel aus Emissionserlösen der DGZ handelt — sowohl für die Girozentralen als auch für die Sparkassen Weiterleitungsmittel dar³⁵. Im ersten Fall haften die Sparkassen den Girozentralen voll für die erhaltenen Mittel, im letzteren Fall richtet sich die Haftung der Sparkassen gegenüber den Girozentralen weitgehend nach der Haftung der Girozentralen gegenüber den zentralen Kreditgebern³⁶. Es kann sich um eine volle³⁷, partielle³⁸, oder bloß treuhänderische³⁹ Haftungsübernahme oder lediglich eine Verwaltungsübernahme⁴⁰ für die Weiterleitungsmittel handeln.

³³ Beispielsweise für Investitionen in bestimmten kreditarmen Industriezweigen, für landwirtschaftliche Maßnahmen, für den sozialen Wohnungsbau und für kommunale Zwecke, zur Schaffung von Arbeitsplätzen für Flüchtlinge, zur Modernisierung und Rationalisierung von Handwerksbetrieben usw.

³⁴ Vgl. Jahresbericht 1949 der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen, S. 19.

³⁵ Die Zweckbindungen sind von Fall zu Fall verschieden straff. Sie schwanken zwischen der zentralen Einplanung des einzelnen Darlehensfalles und der Aufstellung mehr oder weniger enger Richtlinien durch die zentralen Stellen, innerhalb deren die auszahlenden Kreditinstitute nach eigenem Ermessen handeln können.

³⁶ Über die im folgenden aufgezählten Haftungsmöglichkeiten vgl. *Castelli*: Rechtliche und wirtschaftliche Probleme zentraler Kreditaktionen und ihre Bedeutung für die Sparkassen, in: Vorträge für Sparkassenprüfer 1954, Stuttgart ohne Jahr, S. 55; *Schwarz*: Technik und Prüfung der Durchleitungskredite, in: Vorträge für Sparkassenprüfer 1955, Stuttgart ohne Jahr, S. 71; Erster Bericht der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen e. V. über die Erfahrungen mit der Durchleitung und Verwaltung zentraler Kreditaktionen, Bonn 1953, S. 2.

^{37, 38} Beim Vorliegen von voller oder partieller (etwa in Verbindung mit einer Bundes- oder Landesbürgschaft) Haftung für die Weiterleitungsmittel werden diese im eigenen Namen und für eigene Rechnung herausgelegt. Je nach ihrer Laufzeit erscheinen sie in den Bilanzen der weiterleitenden Kreditinstitute auf der Passivseite unter „Aufgenommene Gelder“ oder „Aufgenom-

Eine besondere Liquiditätsvorsorge für die bei eigener Haftungsübernahme entstehenden Verbindlichkeiten der Girozentralen und Sparkassen ist auch im vorliegenden Falle im allgemeinen nicht erforderlich, da die herausgelegten Darlehen bezüglich ihrer Befristung in den meisten Fällen auf die Laufzeit der hereingenommenen Kreditmittel abgestimmt sind⁴¹.

Es würde nun entschieden über den Rahmen dieser Arbeit hinausführen, wenn an dieser Stelle auf die umfangreichen betriebswirtschaftlichen und rechtlichen Probleme eingegangen werden sollte, die vor allem für die Sparkassen als Auszahlungsstellen im Rahmen zentraler Kreditaktionen entstehen. Es muß aber doch noch hervorgehoben werden, daß durch die Einschaltung der Girozentralen nicht nur den zentralen Kreditgebern viel Arbeit abgenommen wird, sondern auch den Sparkassen, denen die direkten Verhandlungen mit den zentralen Instanzen erspart bleiben⁴². Darüberhinaus haben die Sparkassen in den Girozentralen gut unterrichtete Berater in allen betriebswirtschaftlichen und rechtlichen Fragen, die im Zusammenhang mit den zentralen Kreditaktionen entstehen. Das ist insofern von großer Bedeutung, weil nahezu mit jeder einzelnen Kreditaktion besondere behördliche Richtlinien und Anweisungen ergingen, so daß bei der Fülle der inzwischen gestarteten Aktionen die Unzahl der bestehenden Bestimmungen nur noch schwer übersehbar ist. Damit wird bereits an die zentralen Kreditaktionen selbst gerührt, und in diesem Zusammenhang sollen noch einige Bemerkungen gemacht werden.

mene langfristige Darlehen“, auf der Aktivseite unter „Debitoren“ oder „Langfristige Ausleihungen“. Vgl. *Castelli*: a. a. O., S. 55 und Statistisches Handbuch der Bank Deutscher Länder 1948—1954, a. a. O., S. 286.

³⁹ Bei einer Weiterleitung der Kreditmittel mit nur treuhänderischer Bindung der Weiterleitungsinstitute erfolgt die Weiterbegebung im eigenen Namen, jedoch für fremde Rechnung. Bilanzmäßig liegen durchlaufende Kredite vor. Vgl. *Castelli*: a. a. O., S. 55.

⁴⁰ Im Falle einer bloßen Verwaltungsübernahme durch die Weiterleitungsinstitute liegt eine Weiterleitung in fremdem Namen und für fremde Rechnung vor. In der Bilanzsumme der Durchleitungsinstitute dürfen die Verwaltungskredite nicht enthalten sein. Vgl. *Castelli*: a. a. O., S. 55.

⁴¹ Vgl. *Schwarz*: a. a. O., S. 74. Allerdings weist der Deutsche Sparkassen- und Giroverband e. V. in einem Schreiben an den Verfasser vom 31. 7. 1957 darauf hin, daß neuerdings auch gelegentlich öffentliche Mittel für bestimmte Verwendungszwecke mit der Auflage an die Kreditinstitute gegeben werden, Darlehen zu gewähren, deren Laufzeit erheblich über die der zur Verfügung gestellten Mittel hinausgeht. Damit wird den Kreditinstituten also keineswegs die Möglichkeit zu einer Kreditgewährung unabhängig vom eigenen Aufkommen an langfristigen Mitteln gewährt, vielmehr wird die Kreditgewährung nur zeitlich vorverlegt. In diesen Fällen wird bei den Auszahlungsstellen eine Liquiditätsvorsorge dergestalt erforderlich, daß sie rechtzeitig über ihre Einlagenneuzugänge und Kreditrückflüsse so disponieren müssen, daß ihnen die Ablösung der eigenen Verbindlichkeiten möglich wird, ohne daß ihre darauf beruhenden Forderungen bereits fällig sind. Inwieweit beim einzelnen Kreditinstitut dadurch evtl. Liquiditätsanspannungen auftreten können, ist weitgehend eine Frage des Umfanges, indem es derartige Verbindlichkeiten eingeht und inwieweit etwa der Einlagenneuzugang hinter den Erwartungen

Es soll sich hierbei jedoch nicht um eine Beantwortung von Fragen handeln, die klären sollen, inwieweit für einzelne Bankengruppen eine Verpflichtung — etwa sozialer Art — oder eine Notwendigkeit — etwa im Interesse der Kundschaftserhaltung — zur Mitwirkung an zentralen Kreditaktionen bestand. Es soll auch nicht auf die in der Vielfalt der Bestimmungen liegenden Mängel der zentralen Kreditaktionen und auf die damit zusammenhängenden einzelbanklichen Fragen rechtlicher und betriebswirtschaftlicher Art oder die mit den zentralen Kreditaktionen verbundenen Möglichkeiten der Fehlleitungen, der unzweckmäßigen Investitionen usw. eingegangen werden⁴³. Es soll vielmehr unter Berücksichtigung der Ursachen der zentralen Kreditaktionen und unter Bezugnahme auf die moderne deutsche Geld- und Kreditlehre erörtert werden, ob sich die mit den zentralen Kreditaktionen angestrebten Erfolge nicht wenigstens teilweise auch ohne diese Aktionen durch eine andere Verhaltensweise, hauptsächlich der deutschen Banken des kurzfristigen Geschäftes, hätten erreichen lassen.

Die zentralen Kreditaktionen, die seit der Währungsreform zu einem Bestandteil unserer Wirtschaftspolitik geworden sind, wurden insbesondere durch zwei Umstände erforderlich: einerseits infolge der unzureichenden Sicherungsmöglichkeiten bei bestimmten zu fördernden Wirtschaftskreisen, andererseits durch den Mangel an längerfristigen Mitteln bei den Kreditinstituten⁴⁴. Was die unzureichenden Sicherungsmöglichkeiten bei bestimmten Wirtschaftskreisen, die es wieder in den Wirtschaftsprozesse einzugliedern galt, anbelangt — zu denken ist hier hauptsächlich an Flüchtlinge und Bombengeschädigte —, so machte dieser Umstand allerdings staatliche Kredithilfen erforderlich. Denn Banken können nun einmal Kredite nur dann geben, wenn die nötigen Sicherheiten dafür geboten werden. Bezüglich des Mangels an längerfristigen Mitteln bei den Kreditinstituten, der die Bereitstellung zentraler Mittel haupt-

zurückbleibt. Die Gefahr wird allerdings dadurch erheblich gemindert, daß der Fälligkeitstermin der Verbindlichkeiten bekannt ist, wodurch eine weit vorausschauende Disposition ermöglicht wird.

⁴² Eine andere Frage ist allerdings, ob dadurch mitunter nicht der gesamte Arbeitsaufwand, der mit der Durchführung zentraler Kreditaktionen zusammenhängt, unnötig vermehrt wird. *Barocka* weist vor allen Dingen auch darauf hin, daß es einerseits infolge nicht immer notwendiger Zwischenschaltungen von Kreditinstituten im Rahmen der zentralen Mittelbereitstellung zu einer Vergrößerung der Zinsspannen und damit einer Verteuerung der Kredite kam, andererseits jedoch wiederum auch die Verwaltungskosten der weiterleitenden und ausleihenden Banken und das Risiko für die verlangte Übernahme der Voll- oder Teilhaftung keine Deckung finden konnten, wenn die von den zentralen Stellen festgelegten Zinsspannen auf eine Zwischenschaltung nicht zugemessen waren. Vgl. E. *Barocka*: Unerwünschte Entwicklungstendenzen im Kreditwesen, Frankfurt 1955, S. 9 und S. 29.

⁴³ Vgl. dazu die angeführte Schrift von E. *Barocka*, die sich mit diesen Fragen auseinandersetzt.

⁴⁴ Vgl. *Schwarz*: a. a. O., S. 71.

sächlich für Investitionen in kreditabhängigen⁴⁵ Wirtschaftsbereichen erforderlich machte, aber ist zu fragen, ob er nicht durch die Kreditinstitute selbst hätte in gewisser Weise überwunden werden können.

Stucken weist bekanntlich darauf hin, daß vor allem infolge der Abneigung der deutschen Kreditbanken, den kurzfristigen Einlagen, wie sie im wesentlichen bei der Bankenkreditgewährung entstehen, langfristige Aktivkredite — etwa Wertpapiere⁴⁶ — gegenüberzustellen, in der Bundesrepublik eine Spaltung des Kreditmarktes besteht⁴⁷. Der Grundtatbestand dieser Kreditmarktsplaltung ist das Auseinanderklaffen der Fristigkeit von angebotenen und nachgefragten Geldern. Einerseits besteht Überangebot an kurzfristigen Krediten und andererseits unbefriedigende Nachfrage nach langfristigen Krediten⁴⁸. Wenn nun etwa in den Vereinigten Staaten von Amerika von einer Spaltung des Kreditmarktes weitgehend abgesehen werden kann, so beruht das letztlich darauf, daß sich dort die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Gegenüberstellung von kurzfristigen Einlagen und längerfristigen Krediten bereits sehr klar durchgesetzt hat⁴⁹. Würden sich die Kreditbanken in der Bundesrepublik, wie es *Stucken* und *Ehrlicher* in den angeführten Schriften — nach gründ-

⁴⁵ Die Unterscheidung zwischen „konjunkturabhängigen“ und „kreditabhängigen“ Investitionen geht auf *Ehrlicher* zurück. Die Durchführung konjunkturabhängiger Investitionen ist vom Aufkommen an Langkrediten unabhängig, sie wird vielmehr entscheidend bestimmt von der gegenwärtigen oder kurzfristig erwarteten Konsumgüternachfrage, da ihre Finanzierung die Heranziehung kurzfristiger Kredite erlaubt. Es handelt sich dabei nicht nur um Vorratsinvestitionen, sondern auch um viele Anlageinvestitionen, bei denen die investierenden Unternehmer infolge des schnellen Kapitalumschlages mit einer Tilgung der Kredite aus Gewinnen und Abschreibungsbeträgen des Gesamtunternehmens in relativ kurzer Zeit rechnen können. Für die kreditabhängigen Investitionen ist mehr der langfristig erwartete Trend der Nachfrage nach den Leistungen der betreffenden Investitionen von Bedeutung. Wird er positiv beurteilt, so ist für die Durchführung der Investitionen das Aufkommen an langfristigen Krediten entscheidend. Es handelt sich hierbei um Investitionen in Wirtschaftsbereichen mit geringem Kapitalumschlag — Wohnungsbau, Landwirtschaft, bestimmte Bereiche der öffentlichen Wirtschaft usw. —, in denen mit einer raschen Abdeckung der Kredite nicht gerechnet werden kann. Vgl. Werner *Ehrlicher*: Geldkapitalbildung und Realkapitalbildung, Tübingen 1956, S. 20 ff.

⁴⁶ *Stucken* hat bereits während seiner Tätigkeit als ständiger Sachverständiger der Deutschen Bankenquete 1933 die Forderung nach Wertpapieranlage der Kreditbanken erhoben. Vgl. Werner *Ehrlicher*: a. a. O., S. 234.

⁴⁷ An Literatur siehe: Rudolf *Stucken*: Wertpapiere in den Bankbilanzen, Bank-Archiv, Jhg. 1940, S. 133 f.; Liquidität der Banken, a. a. O., S. 137 ff.; Die deutschen Kreditbanken im Kriege, Jb. f. Nat. u. Stat., 157. Bd. 1943, S. 119 ff.; Geld und Kredit, 2. Auflage, a. a. O., S. 111 f. und S. 132 ff.; Besonderheiten der Geld- und Kreditpolitik in Westdeutschland und ihre konjunkturpolitische Bedeutung, Sonderschrift des IFO-Instituts für Wirtschaftsforschung Nr. 16, Berlin-München 1955. Vgl. dazu auch Werner *Ehrlicher*: a. a. O., S. 234 ff.

⁴⁸ Vgl. Werner *Ehrlicher*: a. a. O., S. 234 ff.

⁴⁹ Vgl. Rudolf *Stucken*: Geld und Kredit, 2. Auflage, a. a. O., S. 111 f. und S. 134; Werner *Ehrlicher*: a. a. O., S. 240 f.

licher Auseinandersetzung mit den dadurch für die Banken entstehenden Liquiditätsproblemen⁵⁰ — eindringlich fordern⁵¹, zu einem ähnlichen Verhalten wie etwa die amerikanischen Commercial Banks entschließen und damit auf die Überbrückung der Kreditmarktsplaltung hinwirken, so könnten wahrscheinlich auch die zweifellos in vieler Hinsicht problematischen zentralen Kreditaktionen zu einem guten Teil durch Eigengeschäfte der Banken ersetzt werden. Allerdings, das muß betont werden, erfordert das eine entsprechende Zusammenarbeit mit der Notenbank, die vorläufig noch nicht als gegeben angesehen werden kann.

Abschließend sollen, um eine Vorstellung von dem zahlenmäßigen Umfang der langfristigen Ausleihungen von Girozentralen an Sparkassen zu ermöglichen, einige Zahlen wiedergegeben werden, die der Deutsche Sparkassen- und Giroverband e. V. dem Verfasser zur Verfügung stellte. Die Zahlen umfassen nur die aus den Erlösen von Kommunalanleihen an Sparkassen gegebenen Mittel sowie die den Sparkassen über die Girozentralen zugeleiteten langfristigen⁵² Gelder zentraler Stellen, für die die Sparkassen die volle oder eine partielle Haftung tragen. Nicht enthalten sind demnach die über die Girozentralen an Sparkassen geflossenen Treuhand- und Verwaltungsmittel.

Langfristige Ausleihungen der Girozentralen an Sparkassen in Mio DM und in vH der langfristigen Ausleihungen der Sparkassen an Nichtbanken

Jahresende	Langfristige Ausleihungen der Girozentralen an Sparkassen in Mio DM a)	Langfristige Ausleihungen der Sparkassen an Nichtbanken in Mio DM b)	1 in vH von 2
	1	2	3
1951	40,9	2 185,0 c)	1,9
1956	591,0	11 240,8 d)	5,3

a) Langfristige Ausleihungen von 4 Jahren und mehr. Die Zahlen beruhen auf zusätzlichen Erhebungen, die der Deutsche Sparkassen- und Giroverband bei den Girozentralen durchführt.

b) Langfristige Ausleihungen von 4 Jahren und mehr.

c) *Quelle*: Statistisches Handbuch der Bank Deutscher Länder 1948—1954, a. a. O., S. 80.

d) *Quelle*: Monatsberichte der Bank Deutscher Länder, Heft März 1957, S. 66.

⁵⁰ Diese Fragen hier nochmals zu diskutieren, würde zu weit führen. Es muß deshalb auf die in diesem Zusammenhang angeführten Schriften *Stuckens* und *Ehrlichs* verwiesen werden.

⁵¹ „Im neunzehnten Jahrhundert hat es sich darum gehandelt, das Rentabilitätsstreben der Banken in Einklang zu bringen mit den Liquiditätsanfordernissen; im zwanzigsten Jahrhundert, zumindest seit den dreißiger

Gegenüber 1951 hat sich also 1956 der Stand der langfristigen Ausleihungen von Girozentralen an Sparkassen fast verfünffach, wobei der größte Anteil an den gesamten Ausleihungen auf die von zentralen Stellen zur Verfügung gestellten Mittel entfallen dürfte. Diese gewaltige Steigerung macht sich auch bemerkbar, wenn man die langfristigen Ausleihungen der Girozentralen an Sparkassen ins Verhältnis setzt zu den gesamten langfristigen Ausleihungen der Sparkassen an Nichtbanken zum selben Zeitpunkt. Während Ende 1951 die langfristigen Kredite der Girozentralen an Sparkassen nur rund 1,9 vH des langfristigen Kreditvolumens der Sparkassen betrug, machten sie zum 31.12.1956 rund 5,3 vH aus.

Ihre Verwendung fanden die auf diese Weise den Sparkassen zugeflossenen Mittel hauptsächlich in der Wohnungsbaufinanzierung sowie bei der Finanzierung landwirtschaftlicher und kommunaler Vorhaben⁵³.

b) Die langfristige Kreditgewährung der Sparkassen an die Girozentralen

Die Verflechtungen zwischen Sparkassen und Girozentralen im langfristigen Kreditgeschäft werden einerseits durch die besprochenen langfristigen Ausleihungen der Girozentralen an die Sparkassen charakterisiert, zum anderen aber auch durch die Gewährung langfristiger Kredite von Sparkassen an Girozentralen.

Bereits im Jahrbuch 1931/32 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes wird darauf hingewiesen, daß sich die Girozentralen Mittel für ihr langfristiges Aktivgeschäft u. a. durch Aufnahme langfristiger Darlehen bei Sparkassen verschaffen⁵⁴. Dieser Hinweis findet sich wiederholt auch in den Geschäftsberichten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V. der jüngsten Zeit⁵⁵. Allerdings darf man sich über die zahlenmäßige Bedeutung der langfristig von Sparkassen an Girozentralen

Jahren dieses Jahrhunderts, handelt es sich darum, das Liquiditätsstreben der Banken in Einklang zu bringen mit den volkswirtschaftlichen Erfordernissen; diese aber machen eine weitgehende Fristigkeitsverlängerung durch die Banken unentbehrlich.“ Rudolf Stucken: Geld und Kredit, 2. Auflage, a. a. O., S. 111.

⁵² Die Forderungen der Girozentralen aus zentralen Kreditaktionen gegenüber Sparkassen mit einer Laufzeit von weniger als 4 Jahren, deren zahlenmäßige Bedeutung sehr gering ist, wurden bereits im vorangegangenen Unterabschnitt ausgewiesen.

⁵³ Vgl. Jahresbericht 1956 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V., S. 56.

⁵⁴ Vgl. Jahrbuch 1931/32 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, S. 52 f.

⁵⁵ Vgl. Jahresbericht 1954 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V., S. 35; Jahresbericht 1955 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V., S. 39.

gewährten Darlehen keine falschen Vorstellungen machen. Um von dem Umfang dieser Kreditgewährung einen Eindruck zu vermitteln, seien so-
gleich einige Zahlen angeführt, die der Deutsche Sparkassen- und Giro-
verband e. V. zur Veröffentlichung freigab.

**Langfristige Ausleihungen der Sparkassen an Girozentralen in Mio DM
und in vH der langfristigen Ausleihungen der Girozentralen an Nichtbanken**

Jahres- ende	Langfristige Aus- leihungen der Sparkassen an Girozentralen in Mio DM a)	Langfristige Aus- leihungen der Girozentralen an Nichtbanken in Mio DM b)	1 in vH von 2
	1	2	3
1951	23,6	1424,2 c)	1,66
1956	270,9	7059,1 d)	3,84

a) Kredite mit einer Laufzeit von 4 Jahren und mehr. Die Zahlen beruhen auf zusätzlichen Erhebungen, die der Deutsche Sparkassen- und Giroverband bei den Girozentralen durchführt.

b) Kredite mit einer Laufzeit von 4 Jahren und mehr.

c) *Quelle*: Statistisches Handbuch der Bank Deutscher Länder 1948—1954, a. a. O., S. 78.

d) *Quelle*: Monatsberichte der Bank Deutscher Länder, Heft März 1957, S. 66.

Danach hatten sich Ende 1956 die langfristigen Ausleihungen der Sparkassen an Girozentralen gegenüber dem 31. 12. 1951 zwar absolut mehr als verzehnfacht, gemessen an den langfristigen Ausleihungen der Girozentralen an Nichtbanken betrugen sie aber noch nicht einmal 4 vH. Von einer für das langfristige Aktivkreditgeschäft der Girozentralen besonders ins Gewicht fallenden Bedeutung der langfristigen Sparkassendarlehen kann also kaum die Rede sein.

Interessant ist aber der Wandel, der sich hinsichtlich der teilweisen Verwendung dieser Sparkassenmittel durch die Girozentralen bemerkbar macht. Während aus dem Jahrbuch des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes für die Jahre 1931/32 hervorgeht, daß die Girozentralen die ihnen langfristig zur Verfügung gestellten Sparkassenmittel für die Gewährung von Kommunalkrediten verwendeten⁵⁶, ergibt sich aus den Jahresberichten für die Jahre 1954 und 1955 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V., daß die Girozentralen diese Sparkassengelder in jüngster Zeit zum Teil im Kommunalkreditgeschäft einsetzten, zum Teil aber auch zur Gewährung von Konsortialkrediten an Betriebe des

⁵⁶ Vgl. Jahrbuch 1931/32 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, S. 53.

Ruhrkohlenbergbaues und sonstige durch Kriegs- und Demontageschäden betroffene Unternehmungen herangezogen⁵⁷.

Damit werden praktisch Sparkassenmittel zur Finanzierung von Krediten an Unternehmungen eingesetzt, die wohl kaum mehr als Mittelständische Unternehmungen zu bezeichnen sind, und man kann den Sparkassen vorwerfen, daß sie insoweit ein wichtiges Sparkassenprinzip, nach dem die bei Sparkassen aufkommenden Mittel vorwiegend dem Mittelstand und wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreisen zugute kommen sollen, durchbrochen haben. Ganz abgesehen davon, daß sich die Gewährung derartiger Kredite seitens der Sparkassen an Girozentralen auch mit dem für Sparkassen geltenden Prinzip der ortsgebundenen Mittelverwendung kaum vereinbaren läßt⁵⁸. Es wäre jedoch vorschnell gehandelt, wollte man die Sparkassen und auch die beteiligten Girozentralen als Inspiratoren wegen der Durchbrechung dieser Prinzipien ohne weiteres verurteilen. Solche Prinzipien können nicht jeder volkswirtschaftlichen Situation gerecht werden. Es können Umstände eintreten, die zumindest in gewissem Umfange ihre Revision oder wenigstens ihre Durchbrechung erheischen. Und auch im vorliegenden Falle dürfte die Verhaltensweise der Sparkassen und Girozentralen — soweit die Sparkassenmittel zur Finanzierung gesamtwirtschaftlich vordringlicher Projekte verwendet wurden — mit dem Hinweis auf die Lage am Kapitalmarkt und die in der Bundesrepublik bestehende Spaltung des Kreditmarktes gerechtfertigt sein.

Eine andere Art der langfristigen Kreditgewährung von Sparkassen an Girozentralen ist darin zu erblicken, daß die Sparkassen selbst als Käufer der von ihren Girozentralen emittierten Schuldverschreibungen (Kommunalobligationen und Pfandbriefe) auftreten⁵⁹. Gegenüber der besprochenen langfristigen Darlehensgewährung von Sparkassen an Girozentralen bietet der Erwerb von Kommunalobligationen und Pfandbriefen für die Sparkassen den Vorteil, daß sie dadurch zu börsengängigen und lombardfähigen Aktiven gelangen, die als sonstige flüssige Mittel

⁵⁷ Vgl. Jahresbericht 1954 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V., S. 35; Jahresbericht 1955 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V., S. 40.

⁵⁸ Auch die Konzentration von Sparkassenguthaben bei den Girozentralen bedeutet ja grundsätzlich ein Abweichen vom Prinzip der ortsgebundenen Mittelverwendung. Eine Rechtfertigung für dieses Abweichen ergibt sich aber weitgehend daraus, daß es sich dabei größtenteils um Guthaben handelt, die der Aufrechterhaltung der Zahlungsbereitschaft der Sparkassen dienen, die mit den im eigenen Geschäftsbereich anfallenden Anlagemöglichkeiten nicht genügend gesichert werden kann.

⁵⁹ Leider ließen sich Zahlen über den Umfang, in dem die Sparkassen als Käufer derartiger Schuldverschreibungen in den letzten Jahren hervorgetreten sind, nicht beschaffen. Sie dürften jedoch zweifellos diesbezüglich wichtige Abnehmer der Girozentralen sein.

im Sinne der Sparkassenliquiditätsvorschriften gelten⁶⁰. Darüberhinaus wird, wenn der Erwerb derartiger Schuldverschreibungen nicht auf der Basis von Spareinlagen sondern auf der Basis von sonstigen Einlagen erfolgt, durch die Sparkassen eine Verhaltensweise realisiert, wie sie die Überwindung der Kreditmarktsplaltung erforderlich macht.

In diesem Zusammenhang sind schließlich auch noch besonders gelagerte Kredittransaktionen zu erwähnen, die in den zurückliegenden Jahren zwischen großen Sparkassen und ihren Girozentralen abgewickelt wurden. Große Sparkassen erwarben nämlich Kommunalschuldverschreibungen ihrer Girozentralen, gleichzeitig flossen die Gegenwerte nach vertraglicher Bindung von den Girozentralen als Darlehen an die betreffenden Sparkassen zurück⁶¹.

Auf den ersten Blick mag der Sinn derartiger Aktionen unverständlich bleiben. Eine Erklärung für den Abschluß derartiger Geschäfte bietet jedoch der Umstand, daß auf Grund der bestehenden Mindestreserve- und Liquiditätsvorschriften für Sparkassen ein sehr großer Teil des Mittelaufkommens dieser Institute gebunden wird, wodurch sie den Kreditwünschen ihrer Kundschaft u. U. nur beschränkt nachkommen können. Erwerben sie aber nun Kommunalschuldverschreibungen ihrer Girozentralen und fließen die Erlöse als Darlehen an sie zurück, was rechtlich, wie im vorigen Abschnitt ausgeführt wurde, durchaus möglich ist, so erreichen sie damit eine Deckung von Kundschaftseinlagen mit liquiden Aktiven und tragen zur Erfüllung ihrer Liquiditätsvorschriften bei, ohne daß sie den an sie herangetragenen Kreditwünschen weniger entsprechen können. Was nämlich die bei diesen Geschäften entstehenden Darlehensverbindlichkeiten der Sparkassen gegenüber ihren Girozentralen anbelangt, so ist für diese ja eine besondere Liquiditätsvorsorge nicht erforderlich, da ihre Fälligkeit bekannt ist, und die Sparkassen bei der Ausleihung der zu ihnen zurückgeflossenen Mittel die goldene Bankregel realisieren können. Daß sich übrigens auch im Rahmen derartiger Transaktionen die Möglichkeit ergibt, zu einer Überbrückung der Kreditmarktsplaltung beizutragen, läßt sich leicht ableiten. Man braucht doch nur daran zu denken, daß die Sparkassen für den Erwerb der Kommunalanleihen kurzfristig fällige Einlagen heranziehen, wofür ihnen dann entsprechend der Laufzeit der erworbenen Schuldverschreibungen längerfristige Mittel für Kreditzwecke auf dem Darlehenswege zufließen.

⁶⁰ Bekanntlich zählen zu den sonstigen flüssigen Werten, die die Sparkassen neben den Liquiditätsguthaben bei ihren Girozentralen aus Liquiditätsgründen zu unterhalten haben, auch Schuldverschreibungen auf den Inhaber, die von der Landeszentralbank zum Lombardverkehr zugelassen sind.

⁶¹ Vgl. Leonhard Westermann: Die Girozentralen — Stützen und Rückhalt, in: Handelsblatt, Nr. 86 vom 27. 7. 1955. Leider ließen sich auch bezüglich dieser Geschäfte keine Zahlen beschaffen, aus denen ihr Umfang hervorgeht.

Bezüglich der Girozentralen, die Partner der Sparkassen bei diesen Kreditmanipulationen sind, kann gesagt werden, daß sie zwar selbst keine Mittel erhalten, um ihr eigenes Kreditvolumen zu vergrößern, aber als Zentralbanken der Sparkassen haben sie natürlich auch ein Interesse daran, daß diese die Kreditwünsche ihrer Kundschaft weitgehend erfüllen können und darüber hinaus eine Festigung ihrer Zahlungsbereitschaft erreichen. Außerdem können sie beim Abschluß solcher Geschäfte immerhin noch einen Zinsgewinn realisieren, was bei den Sparkassen gegenüber einer Direktausleihung kaum der Fall sein dürfte.

3. Die Gewährung von Gemeinschaftskrediten

Das Personalkreditgeschäft der Sparkassen ist sparkassenrechtlich hinsichtlich der satzungsmäßig zulässigen Sicherheiten⁶² und der Kredithöchstgrenzen eingeschränkt. Eine Kreditgewährung ist für die Sparkassen unstatthaft, wenn die vom Kreditnehmer gebotenen Sicherheiten den geltenden Sparkassenvorschriften nicht gerecht werden. Ebenfalls unzulässig ist für die Sparkassen die Erfüllung von Kreditwünschen, die bezüglich ihrer Höhe das sparkassenrechtlich zulässige Maß übersteigen⁶³. Die Fälle, in denen Kreditverhandlungen wegen der den Sparkassen in der Kreditgewährung gezogenen Grenzen scheitern müßten oder scheitern, stehen nicht vereinzelt da⁶⁴. Daraus aber entsteht für die Sparkassen in gewisser Weise die Gefahr der Kundenabwanderung. Es kommt leicht vor, daß ein mit der Sparkasse seit Jahren in Geschäftsverbindung stehendes Unternehmen einen Geschäftsumfang und damit einen Kreditbedarf erreicht hat, der bei Beachtung der Satzungsvorschriften von der Sparkasse nicht mehr erfüllt werden kann, so daß sich der Kunde an ein anderes Kreditinstitut wenden muß, das in seinem Kreditgeschäft an weniger enge Vorschriften gebunden ist, wenn nicht ein besonderer Weg beschritten wird, der sich in solchen Fällen anbietet, nämlich die Gewäh-

⁶² Häufig wird als Personalkredit nur der ungedeckte Kredit oder Blankokredit bezeichnet (vgl. Karl *Theisinger*: Kreditgeschäft und Kreditpolitik, in: Die Bank, II. Bd., a. a. O., S. 8). Die MuSa für Sparkassen hingegen unterscheidet streng zwischen Personalkrediten, die als gedeckte Personalkredite durch Sicherung mittels Pfandbestellung, Abtretung oder Verpfändung von Forderungen usw. (§ 15 MuSa) gewährt werden und Personalkrediten, die reine Blankokredite sind (§ 16 MuSa).

⁶³ Beispielhaft sei in diesem Zusammenhang auf § 17 Abs. 1 MuSa (§ 28 preuß. MuSa) verwiesen, wo u. a. festgelegt ist, daß außer in einigen, besonderen, angeführten Fällen einem einzelnen Kreditnehmer nicht mehr als 1 vH (§ 28 preuß. MuSa: $\frac{1}{2}$ vH) der gesamten Einlagen der Sparkasse an Personalkrediten gewährt werden darf. Diese Beschränkung gilt dann nicht, wenn die einem einzelnen Kreditnehmer gewährten Personalkredite insgesamt 20 000 DM (RM) nicht übersteigen. In keinem Falle darf jedoch der einem einzelnen Kreditnehmer zu gewährende Personalkredit 200 000 DM (§ 28 preuß. MuSa: 100 000 RM) übersteigen.

⁶⁴ Vgl. Manuel *Falter*: a. a. O., S. 529.

rung eines Gemeinschaftskredites durch Sparkasse und zuständige Girozentrale⁶⁵.

Das Wesen des Gemeinschaftskredites besteht darin, daß die Girozentrale einen von der Sparkasse zu gewährenden Kredit um den Betrag aufstockt, der zur Erfüllung der Kreditwünsche des Kreditsuchenden erforderlich ist, von der Sparkasse jedoch auf Grund entgegenstehender sparkassenrechtlicher Vorschriften oder sonstiger Bedingungen nicht gewährt werden kann⁶⁶. Die für den Gemeinschaftskredit häufig verwendete Bezeichnung „Meta-Kredit“⁶⁷ ist dabei insoweit irreführend, als das Anteilverhältnis von Sparkasse und Girozentrale an diesem Kredit durchaus nicht immer 50 : 50 sein muß, vielmehr jedes beliebige Anteilverhältnis denkbar ist⁶⁸.

Dem Kreditnehmer gegenüber tritt das zwischen Sparkasse und Girozentrale bestehende Konsortialverhältnis häufig nicht in Erscheinung, weil die Sparkasse Wert darauf legt, daß die Beteiligung der Girozentrale dem Kunden nicht bekannt wird. Allerdings wird es im allgemeinen als zweckmäßig angesehen, daß zumindest bei größeren Krediten die Form der offenen Beteiligung gewählt wird, damit sich die Girozentrale durch persönlichen Einblick besser über die wirtschaftliche Lage des Kreditnehmers unterrichten kann⁶⁹.

Der Gemeinschaftskredit wird als Personalkredit gewährt, und zwar überwiegend in der Form des gesicherten Buchkredits⁷⁰. Seiner Verwen-

⁶⁵ Auch dann, wenn die einzelne Sparkasse die Gewährung eines gewünschten Kredites ablehnen müßte, weil die dafür gebotenen Sicherheiten den sparkassenrechtlichen Vorschriften z. T. etwa nicht genügen, kann u. U. ein Gemeinschaftskredit gewährt werden, weil die Satzungen der Girozentralen ein großzügigeres Vorgehen bei der Zulassung von Sicherheiten zur Kreditabdeckung erlauben.

⁶⁶ Die Gewährung von Gemeinschaftskrediten soll grundsätzlich auf die Fälle beschränkt bleiben, in denen die Erfüllung der Kreditwünsche des Antragstellenden durch die Sparkasse allein auf Grund der Satzungsbestimmungen oder sonstiger Vorschriften nicht möglich ist. Der weiterhin denkbare Fall, daß eine Sparkasse ihre Girozentrale zur Beteiligung an Gemeinschaftskrediten heranzieht, wenn ihre Liquiditätslage eine volle Gewährung des gewünschten Kreditbetrages nicht erlaubt, obwohl der Gewährung sparkassenrechtliche Vorschriften nicht entgegenstehen, wird von Verbandsseite als unerwünscht bezeichnet. Vgl. Rundschreiben Nr. 72/1951 der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen e. V. vom 24. 5. 1951.

⁶⁷ Vgl. Erfahrungen der Girozentralen im Konsortial-(Meta)Kreditgeschäft mit Sparkassen, in: Sparkasse, 4. Jhg., Heft 18 vom 15. 9. 1950, S. 246 ff.

⁶⁸ So geht vor allem bei größeren Krediten der Kreditanteil der Girozentrale meist weit über den der Sparkasse hinaus.

⁶⁹ Vgl. Rundschreiben Nr. 72/1951 der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen e. V. vom 24. 5. 1951.

⁷⁰ Seltener wird er als Wechselkredit in der Form gewährt, daß die Sparkasse als Kontoführerin die vom Kreditnehmer hereingegebenen Wechsel diskontiert und den auf die Girozentrale entfallenden Anteil bei dieser rediskontiert. Zwar haftet in diesem Falle wechselmäßig die Sparkasse der Girozentrale für die weitergegebenen Wechsel aus dem Indossament, jedoch kommt dieser Haftung nicht mehr als formale Bedeutung zu; denn die tatsächliche

dung nach ist er mehr Betriebsmittelkredit als Investitionskredit⁷¹. Ausdrücklich weist die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen e. V. in ihrem Rundschreiben vom 24. 5. 1951 darauf hin, daß er vor allem dem zum Kreditnehmerkreis der Sparkassen gehörenden mittelständischen Gewerbe zugute kommen soll. Großkredite an Handel und Industrie, die über den Rahmen des üblichen Sparkassengeschäfts hinausgehen, seien für das Gemeinschaftskreditgeschäft nicht geeignet⁷².

Dem Gemeinschaftskredit zwischen Sparkasse und Girozentrale können von Fall zu Fall jeweils besondere Einzelverträge zugrunde liegen. Am verbreitetsten ist jedoch die Methode, daß zwischen Girozentrale und Sparkasse ein Mantelvertrag abgeschlossen wird, in dem die grundlegenden vertraglichen Abmachungen für das Gemeinschaftskreditgeschäft festgelegt sind, während spezielle Abreden für den einzelnen Kreditfall in zusätzlichen Individual-Verträgen getroffen werden. Um eine Vorstellung von der Technik der Gemeinschaftskreditgewährung zu vermitteln, seien im folgenden aus einem von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen e. V. herausgegebenen Mantelvertragsmuster⁷³ die wesentlichsten Bestimmungen für die interne Abwicklung von Gemeinschaftskreditgeschäften zwischen Sparkasse und Girozentrale wiedergegeben.

1. Die Sparkasse hat der Girozentrale die zur Prüfung des einzelnen Kreditantrages erforderlichen Unterlagen einzureichen. Sie bestätigt durch ihren Vorstand bzw. Verwaltungsrat der Girozentrale in einer Unbedenklichkeitserklärung, daß sie keine Bedenken tragen würde, den Kredit in voller Höhe aus eigenen Mitteln zu gewähren, wenn dies satzungsmäßig möglich wäre.
2. Die Kontoführung (Konsortialführung) obliegt der Sparkasse. Sie führt allein auch die Verhandlungen mit dem Kreditnehmer, sofern nicht die Beteiligung der Girozentrale an den Kreditverhandlungen von der Sparkasse oder der Girozentrale für wünschenswert gehalten

Beteiligung von Sparkasse und Girozentrale am Verlust aber auch Gewinn aus dem Gemeinschaftskreditgeschäft wird außerwechselrechtlich im Gemeinschaftskreditvertrag geregelt. Wegen der relativ geringen Bedeutung dieser Art der Gemeinschaftskreditgewährung wird sich die weitere Betrachtung auf die Gewährung von Gemeinschaftskrediten im Wege des Buchkredits beschränken.

⁷¹ Die Laufzeit hält sich innerhalb der Vierjahresgrenze.

⁷² Leider war es dem Verfasser nicht möglich, Zahlenmaterial zu erhalten, aus dem die durchschnittliche Höhe der gewährten Gemeinschaftskredite ersichtlich wird.

⁷³ Vgl. Rundschreiben Nr. 72/1951 der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen e. V. vom 24. 5. 1951. Vgl. dazu auch Manuel *Falter*: a. a. O., S. 530 f. Das zugrundeliegende Mantelvertragsmuster gilt nur für Gemeinschaftskredite, die im Wege des Buchkredits vergeben werden.

wird. Für die Kontoführung gewährt die Girozentrale der Sparkasse eine Vergütung auf den Anteil der Girozentrale. Die Höhe der Vergütung wird zwischen den Vertragspartnern vereinbart.

3. Die anteilmäßige Beteiligung von Sparkasse und Girozentrale an dem Kredit wird von Fall zu Fall besonders vereinbart. Der Anteil der Sparkasse am Kreditbetrag soll in der Regel die satzungsmäßig zulässige Höchstgrenze erreichen. Der Anteil der Sparkasse an dem Gemeinschaftskredit kommt zuerst zur Auszahlung. Rückzahlungen auf den Kredit erfolgen zuerst auf den Anteil der Girozentrale.
4. Sämtliche Sicherheiten, die zur Sicherung des Kredits bestellt sind — auch soweit sie nur für die Girozentrale bestimmt sind — werden für die Sparkasse bestellt und von dieser verwaltet. Sie sind im Verhältnis zum Kreditnehmer zur Sicherung des gesamten Kredits bestimmt. Die Verwertung der gestellten Sicherheiten durch die Sparkasse erfolgt im Einvernehmen mit der Girozentrale. Hält diese den Kredit für gefährdet, so hat die Sparkasse die Verwertung der Sicherheiten und die Abwicklung des Kredites nach den Wünschen der Girozentrale vorzunehmen.
5. Das Risiko wird von beiden Kreditgebern bei Krediten mit gemeinsamen Sicherheiten und bei Blankokrediten nach den Anteilen am Kredit getragen, die zum Zeitpunkt der planmäßigen Fälligkeit des Kredites, zum Zeitpunkt der Kreditkündigung durch die Sparkasse oder der Zahlungseinstellung des Kreditnehmers bestehen. Sind für einen Kredit mehrere Sicherheiten bestellt worden, die nach den getroffenen Vereinbarungen getrennt für den Anteil eines jeden Partners haften sollen, so werden etwaige Ausfälle selbständig von jedem Partner nach Maßgabe der gegebenen Sicherheiten bzw. der Erlöse hieraus getragen. Mehrerlöse, die sich bei der Verwertung der Sicherheiten des einen der beiden Partner über dessen Anteil hinaus ergeben, werden — soweit es erforderlich ist — zur Befriedigung der Forderungen des anderen Partners verwendet.
6. Die Sparkasse unterrichtet die Girozentrale ständig über die Entwicklung des Kredits. Sie setzt darüberhinaus die Girozentrale unverzüglich über alle Vorgänge in Kenntnis, die für die Beurteilung des Kredites, seiner Sicherheiten und Abwicklung von Interesse sein können. Die Sparkasse verpflichtet sich, bei der Durchführung des Gemeinschaftskreditgeschäftes als Treuhänderin der Girozentrale die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns anzuwenden.

Überblickt man die liquiditätsmäßigen Auswirkungen, die sich bei der Gemeinschaftskreditgewährung ergeben, so kann generell festgehalten werden, daß die Beteiligung der Girozentrale eine Schonung der liquiden Mittel der Sparkasse bewirkt. Im Ausmaße der von der Girozentrale zu-

gesagten Beteiligung am Gemeinschaftskredit braucht die Sparkasse nicht mit einem Abzug eigener Mittel zu rechnen, mit dem sie aber hätte rechnen müssen, wenn sie den als Gemeinschaftskredit gewährten Kredit in voller Höhe aus eigenen Mitteln gegeben hätte. Das Liquiditätserfordernis wird in entsprechendem Maße auf die Girozentrale verlagert. Die Sparkasse kann sich dadurch einen höheren Stand ihrer Liquiditätsreserven erhalten oder den durch die Beteiligung der Girozentrale freigewordenen Betrag anderweitig ausleihen, wenn es die Liquiditätslage erlaubt. Je nach der Höhe der Inanspruchnahme des Kredites durch den Kreditnehmer und seiner evtl. Verwendung zu Zahlungen an Wirtschaftssubjekte, die als Kunden der Sparkasse bei dieser Girokonten unterhalten, stellt sich die Liquidität der Sparkasse durch die anderweitige Ausleihung des freigewordenen Betrages dann u. U. genau so, wie sie sich gestellt hätte, wenn die Sparkasse den Gemeinschaftskredit in voller Höhe aus eigenen Mitteln gewährt hätte.

Die Geburtsstunde der Gemeinschaftskreditgeschäfte der Sparkassen und Girozentralen fällt nicht erst in die Zeit nach der Währungsreform. Die ersten Gemeinschaftskredite wurden bereits lange vor dem zweiten Weltkrieg im Bereiche der Sächsischen Girozentrale Dresden gewährt⁷⁴. Das Gemeinschaftskreditgeschäft hat jedoch damals und auch späterhin, während des zweiten Weltkrieges, keine allgemeine Bedeutung erlangt, obgleich der Reichswirtschaftsminister durch Erlaß vom 17. 9. 1942 die Sparkassen ausdrücklich darauf hinwies, daß die Möglichkeit der Gemeinschaftskreditgewährung besteht, soweit in Einzelfällen vorliegende Kreditanträge der mittelständischen Kundschaft die zulässigen Kreditgrenzen übersteigen⁷⁵.

Im Zuge des Wiederaufbaues nach der Währungsreform wurden an die Sparkassen nun häufig Kreditwünsche herangetragen, deren Erfüllung teils aus sparkassenrechtlichen Gründen, teils wegen des geringen Mittelaufkommens der einzelnen Sparkasse nicht möglich war. Das machte sich besonders stark bei kleineren ländlichen Sparkassen bemerkbar, deren Kundenkreis durch Verlegung von Betrieben aufs Land während der Kriegszeit und durch die Ansiedlung von Flüchtlingsbetrieben in ihrem Geschäftsbereich eine Ausweitung erfahren hatte. Waren auf der einen Seite die kommunalen Behörden bemüht, die angesiedelten Betriebe am Orte zu halten, so wollten auf der anderen Seite die Sparkassen die einmal erworbenen Kunden nicht wieder verlieren. Man suchte deshalb den auftretenden Kreditwünschen mit Hilfe der Gewährung von Gemeinschaftskrediten gerecht zu werden, wodurch diese Art der Kreditvergebung sich allgemein einbürgerte.

⁷⁴ Vgl. Hellmuth Will: a. a. O., S. 124.

⁷⁵ Vgl. Manuel Falter: a. a. O., S. 529.

Leider war es nicht möglich, Zahlenmaterial zu erhalten, aus dem der Gesamtbetrag der jeweiligen Gemeinschaftskreditgewährung, aufgegliedert nach den Anteilen der Sparkassen und Girozentralen, hervorgeht. Die vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband zur Verfügung gestellten Zahlen, die nachstehend wiedergegeben werden, enthalten nur die jeweils von den Kreditnehmern tatsächlich in Anspruch genommenen, seitens der Girozentralen im Wege der Gemeinschaftskreditgewährung zur Verfügung gestellten, Kreditmittel.

Tatsächliche Inanspruchnahme der Girozentralen aus Gemeinschaftskrediten in Mio DMa)

Jahres- ende	Buchkredite	Wechselkredite	Summe aus Buch- u. Wechsel- krediten
1951	59,9	2,3	62,2
1956	72,3	23,1	95,4

a) Die Zahlen beruhen auf zusätzlichen Erhebungen, die der Deutsche Sparkassen- und Giroverband bei den Girozentralen durchführt.

Wie aus den Zahlen hervorgeht, hat sich die Beanspruchung der Girozentralen aus Gemeinschaftskrediten zu den betrachteten Zeitpunkten doch in relativ bescheidenem Rahmen bewegt. Dieser Eindruck erhärtet sich daraus, wenn man die angeführten Gesamtzahlen den Krediten der Girozentralen an Nichtbanken mit einer Laufzeit bis zu 4 Jahren zu denselben Zeitpunkten gegenüberstellt.

Die tatsächliche Inanspruchnahme der Girozentralen aus Gemeinschaftskrediten in vH der Kredite der Girozentralen an Nichtbanken mit einer Laufzeit bis zu 4 Jahren

Jahres- ende	Kredite der Giro- zentralen an Nichtbanken mit einer Laufzeit bis zu 4 Jahren in Mio DM	Tatsächliche Inanspruchnahme der Girozentralen aus Gemein- schaftskrediten in Mio DM	2 in vH von 1
	1	2	3
1951	1586,3 a)	62,2	3,9
1956	2638,9 b)	95,4	3,6

a) *Quelle:* Statistisches Handbuch der Bank Deutscher Länder 1948—1954, a. a. O., S. 78.

b) *Quelle:* Monatsberichte der Bank Deutscher Länder, Heft März 1957, S. 66.

Ende 1951 und Ende 1956 betrug demnach die Inanspruchnahme der Girozentralen aus Gemeinschaftskrediten noch nicht einmal 4 vH der Kredite der Girozentralen an Nichtbanken mit einer Laufzeit bis zu 4 Jahren. Es muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß in den Jahren zwischen 1951 und 1956 die tatsächliche Beteiligung der Girozentralen an Gemeinschaftskrediten die angeführten Werte zeitweilig überstieg⁷⁶. Jedoch konnte man auch da nicht von einer besonders ins Gewicht fallenden Bedeutung der Gemeinschaftskreditgewährung der Girozentralen im Verhältnis zu ihrem sonstigen Kreditgeschäft sprechen. Von Girozentrale zu Girozentrale wird es allerdings in dieser Hinsicht stets Unterschiede gegeben haben.

⁷⁶ Der Rückgang in der Heranziehung der Girozentralen zu Gemeinschaftskreditgeschäften, der sich demgegenüber Ende 1956 bemerkbar macht, dürfte jedoch nicht so sehr durch ein Absinken der Gemeinschaftskreditgewährung überhaupt, sondern vielmehr durch eine Erhöhung der selbstfinanzierten Sparkassenanteile verursacht worden sein. Vgl. Jahresbericht 1956 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V., S. 55.

Fünfter Abschnitt

Sonstige Verflechtungen zwischen Sparkassen und Girozentralen

1. Verflechtungen im Effekten- und Depotgeschäft

Die wichtigste Verflechtung zwischen Sparkassen und Girozentralen auf dem Sektor der sog. indifferenten Geschäfte oder Dienstleistungsgeschäfte ergibt sich zweifellos aus der besprochenen Zusammenarbeit im bargeldlosen Zahlungsverkehr, die ja überhaupt die ursprünglichste Art des Zusammenwirkens der beiden Institutsgruppen darstellt. Daneben spielen im Bereich der Dienstleistungsgeschäfte aber auch noch Verflechtungen bezüglich der Abwicklung von Effekten- und Depotgeschäften sowie von Außenhandels- und Devisengeschäften eine wesentliche Rolle, auf die im vorliegenden Abschnitt das Augenmerk gerichtet werden soll¹. In diesem ersten Unterabschnitt wird zunächst die Zusammenarbeit zwischen Sparkassen und Girozentralen im Effekten- und Depotgeschäft Gegenstand der Betrachtung sein. Dabei erweist es sich als zweckmäßig, zunächst vom Effektengeschäft der Sparkassen für Rechnung ihrer Kundschaft auszugehen.

Die Mustersatzung erlaubt den Sparkassen den An- und Verkauf von Wertpapieren für fremde Rechnung im § 25 Ziff. 1 (§ 34 Ziff. 1 preuß. MuSa), jedoch mit der Einschränkung, daß beim Kauf eine satzungsmäßig ausreichende Deckung vorhanden sein muß, beim Verkauf die Wertpapiere vorher geliefert sein müssen². Die preußische Mustersatzung bestimmte darüber hinaus im § 34 Ziff. 1³, daß Wertpapiere, die an deutschen Börsen nicht notiert werden, vom An- und Verkauf durch Sparkassen ausgeschlossen sind⁴, weiterhin, daß Sparkassen, soweit sie für den An- und Verkauf von Wertpapieren und ihre Aufbewahrung keine

¹ Allerdings, das sei nur am Rande erwähnt, lassen sich nicht alle Geschäftszweige, die hier gestreift werden sollen, in die Kategorie der Dienstleistungsgeschäfte einordnen. So stellt beispielsweise die Anlage von Sparkassenmitteln in eigenen Effekten für die Sparkassen kein Dienstleistungs- sondern ein reguläres Aktivgeschäft dar.

² Zur Geschichte des Effektenkommissionsgeschäftes der Sparkassen siehe I. Abschnitt, Unterabschnitt 2 a dieser Arbeit.

³ Diese Bestimmungen sind in der neuen Mustersatzung nicht enthalten.

⁴ Es heißt weiter: „von Wertpapieren, die zwar dort nicht notiert, aber gehandelt werden, darf die Sparkasse nur Anleihen öffentlich-rechtlicher Verbände, Schuldverschreibungen und junge Aktien bewährter und sicherer Unternehmungen sowie ähnliche Papiere, die nicht offensichtlich Spekulationspapiere sind, für ihre Kunden an- und verkaufen“.

eigenen Einrichtungen besitzen, sich dazu öffentlicher Bankanstalten oder solcher Privatbanken zu bedienen haben, die der Sparkassenvorstand nach Anhörung des zuständigen Sparkassenverbandes mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde dafür zuläßt.

Aus der letzteren Bestimmung gehen bereits die Gründe für die Zusammenarbeit der Sparkassen und Girozentralen im Effektingeschäft der Sparkassen für fremde Rechnung hervor. Abgesehen von Sparkassen an Hauptbörsenplätzen mit umfangreichem Effektenkommissionsgeschäft, fehlen nämlich bei den Sparkassen die für den An- und Verkauf von Effekten erforderlichen Einrichtungen, vor allem eigene Börsenvertretungen, so daß sie sich zur Ausführung solcher Geschäfte anderer Banken bedienen müssen, wofür hauptsächlich öffentliche Bankanstalten, insbesondere die Girozentralen, in Frage kommen⁵. Die überwiegende Mehrzahl der Sparkassen leitet also die den An- oder Verkauf von Wertpapieren betreffenden Kundenaufträge, soweit sie sie nicht durch Selbsteintritt ausführen kann⁶, an ihre Girozentrale weiter⁷. Diese bringt die Aufträge zur Erledigung, wozu sie sich u. U. noch einer zweiten Girozentrale bedient, wenn z. B. die gewünschten oder zu veräußernden Wertpapiere nur an einer bestimmten Börse gehandelt werden⁸.

Die Sparkassen selbst fungieren bei Einschaltung ihrer oder in Ausnahmefällen einer anderen Girozentrale in die Erledigung der Wertpapieraufträge von Kunden vielfach gar nicht als Kommissionäre, sondern lediglich als Boten⁹. In diesem Falle geben sie die von den Kunden ausgefüllten und auf deren Namen lautenden Originalwertpapieraufträge

⁵ Vgl. *Perdelwitz, Fabricius, Kleiner*: a. a. O., S. 369.

⁶ Die Möglichkeit des Selbsteintritts ist bei den Sparkassen nur für diejenigen mündelsicheren Wertpapiere (Inhaberschuldverschreibungen) gegeben, bei denen ihnen der Eigenerwerb laut MuSa gestattet ist. Vgl. *Perdelwitz, Fabricius, Kleiner*: a. a. O., S. 369.

⁷ Vgl. *Die Sparkassenpraxis*, Heft 12, Berlin ohne Jahr, S. 4 f. Eine solche Weiterleitung an die eigene Girozentrale wird natürlich dann zur Selbstverständlichkeit, wenn der Kundenauftrag auf einen Erwerb von Wertpapieren abzielt, die die eigene Girozentrale soeben zu emittieren im Begriffe ist, und wenn die beauftragte Sparkasse über diese Papiere in ihrem eigenen Bestand nicht verfügt. Im übrigen besteht durchaus auch die Möglichkeit, daß eine Sparkasse, sofern ihr Kunde beispielsweise Wertpapiere aus der Emission einer anderen als der eigenen Girozentrale dringend zu kaufen wünscht, sich direkt an die andere Girozentrale wendet unter Übergehung der eigenen Girozentrale. Die kontenmäßige Abrechnung läuft natürlich auch in diesem Falle über die eigene Girozentrale.

⁸ Bis zum Ende des 2. Weltkrieges war Berlin der zentrale Börsenplatz Deutschlands. Ein großer Teil des Effektingeschäftes der Sparkassenorganisation wurde damals an der Berliner Börse zentral von der DGZ ausgeführt. Nachdem das Börsengeschäft in der Bundesrepublik aber dezentral aufgebaut ist, haben sich die früher im Wertpapiergeschäft von der DGZ wahrgenommenen Funktionen weitgehend auf die für die einzelnen Börsenplätze zuständigen regionalen Girozentralen verlagert. Vgl. *Hans Lüders*: Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank —, in: *Sparkasse*, 8. Jhg., Heft 15 vom 1. 8. 1954, S. 207 f.

⁹ Vgl. *Die Sparkassenpraxis*, a. a. O., S. 4.

selbst an die Girozentrale weiter, während sie die Aufträge mittels gesondert ausgefertigter und auf ihre eigenen Namen lautender Order an diese weiterreichen, wenn sie als Kommissionäre fungieren. Entsprechend lauten auch die Abrechnungen der Girozentralen über getätigte Wertpapiergeschäfte für Sparkassenkunden beim Vorliegen von Botengeschäften für die beteiligten Sparkassen auf die Namen der Sparkassenkunden. Diesen werden sie im Original über ihre Sparkassen zugestellt. Hingegen lauten die Abrechnungen auf die Namen der Sparkassen, wenn diese als Kommissionäre auftreten. Die Sparkassen erteilen ihrerseits den Kunden dann selbst Abrechnung¹⁰.

Bereits daraus wird ersichtlich, daß die Ausführung der Kundenaufträge im Wege des Botengeschäftes für die Sparkassen gegenüber der Ausführung im Kommissionsgeschäft mit einer Arbeitersparnis¹¹ verbunden ist, was letztlich auch in den meisten Fällen der Grund für die Wahl der Botenform ist¹². Allerdings steht der Arbeitersparnis im Botengeschäft ein höherer Provisionsertrag im Kommissionsgeschäft gegenüber, da sich die Sparkassen im Botengeschäft mit einem Teil der von den Girozentralen den Sparkassenkunden berechneten Provision zufrieden geben müssen, während sie im Kommissionsgeschäft den Kunden selbst eine Provision in Rechnung stellen, und zwar neben der Provision, die sie an ihre Girozentrale zu entrichten haben. Das hat nun zur Folge, daß von einem bestimmten Umfange des Wertpapiergeschäftes für die Kundschaft an, bei dem nämlich das Mehr an Arbeit, das das Kommissions- gegenüber dem Botengeschäft mit sich bringt, durch den höheren Provisionsertrag im Kommissionsgeschäft seine Deckung findet, die Wahl des Kommissionsverfahrens für die einzelne Sparkasse rentabler wird als die Wahl des Botendienstverfahrens.

Entsprechend erledigen auch die größeren Sparkassen, bei denen Wertpapieraufträge der Kundschaft in umfangreicherem Maße anfallen, diese Aufträge meist in Kommission¹³, während bei kleineren und mittleren Sparkassen das Botengeschäft vorherrscht.

¹⁰ Kontenmäßig erfolgt natürlich die Abrechnung sowohl im Boten- als auch im Kommissionsgeschäft über die Verrechnungskonten der Sparkassen bei ihrer Girozentrale und die betreffenden Kundenkonten bei den Sparkassen.

¹¹ Diese wird noch verstärkt durch den Umstand, daß die Sparkassen im Botengeschäft — abweichend von der Wertpapierkommission — keine Börsenumsatzsteuer abzuführen brauchen, da in diesem Falle auch die Abrechnung mit dem Finanzamt Sache der Girozentrale ist.

¹² Ein anderer Anlaß dazu wird mitunter die Tatsache sein, daß die Sparkassen auch im Kommissionsgeschäft nicht alle Arten von Wertpapieren an- und verkaufen dürfen. Diese Beschränkung läßt sich aber durch die Wahl des Botendienstverfahrens umgehen. Vgl. *Perdelwitz, Fabricius, Kleiner: a. a. O., S. 368.*

¹³ Dabei mag mitunter auch noch von Bedeutung sein, daß größere Sparkassen eine direkte Rechnungsstellung der Girozentrale an die Kundschaft vermeiden wollen.

Daß die Sparkassen sich ihrer Girozentralen nicht nur zur Ausführung von Wertpapierankaufs- und Wertpapierverkaufsaufträgen der Kundschaft bedienen, sondern auch bezüglich der im Zusammenhang mit solchen Geschäften bei ihnen oder bei der Kundschaft entstehenden Fragen auf den Rat ihrer Girozentralen rechnen können, ist selbstverständlich.

Der An- und Verkauf von Wertpapieren wird von den Sparkassen bekanntlich nicht nur für fremde Rechnung, sondern seit jeher in bedeutendem Maße auch für eigene Rechnung als Anlagegeschäft betrieben¹⁴. Wobei allerdings zu bemerken ist, daß es sich bei den für eigene Rechnung erworbenen Wertpapieren nur um Schuldverschreibungen auf den Inhaber handeln darf, die nach den gesetzlichen Vorschriften mündelsicher sind¹⁵.

Es ist nun selbstverständlich und braucht auch nicht mehr weiter ausgeführt zu werden, daß sich die meisten Sparkassen, soweit sie nicht direkt Wertpapiere von ihren Girozentralen aus deren eigenen Emissionen erwerben, für den An- und Verkauf sonstiger Wertpapiere im Rahmen ihres Effektengeschäftes für eigene Rechnung ebenfalls ihrer Girozentralen bedienen¹⁶. Eine besondere Rolle spielt daneben im Rahmen der Anlage von Sparkassenmitteln in Wertpapieren auch die beratende Funktion der Girozentralen, die wegen ihres größeren Überblicks über die Lage auf den Effektenmärkten viel zur Vermeidung von Kursverlusten bei und Fehlanlagen durch Sparkassen beitragen können¹⁷.

Soweit wird die besprochene Zusammenarbeit von Sparkassen und Girozentralen im Effektengeschäft für Rechnung der Sparkassenkundschaft und für Rechnung der Sparkassen selbst, abgesehen von der damit

¹⁴ Seit der Währungsreform hat die Wertpapieranlage bei den Sparkassen infolge des hohen Bestandes der Sparkassen an Ausgleichsforderungen jedoch noch nicht wieder die frühere Bedeutung erlangt. Am 31. 12. 1956 machte der Wertpapierbestand (ohne Ausgleichsforderungen) der Sparkassen rd. 5 vH ihrer Bilanzsumme aus, gegenüber 10,7 vH zum 31. 12. 1930, 11,3 vH zum 31. 12. 1933, 41,7 vH zum 31. 12. 1940 und 51,2 vH zum 31. 3. 1948, wobei die Zahlen für 1940 und 1948 allerdings die unnormalen — durch den Mangel an anderweitigen Anlagemöglichkeiten charakterisierten — Verhältnisse aus der Kriegszeit widerspiegeln. Für die Errechnung der Prozentzahlen wurden folgende Quellen herangezogen: Jahresbericht 1949 der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen, S. 90 f.; Monatsberichte der Bank Deutscher Länder, Heft März 1957, S. 80.

¹⁵ Vgl. § 19 MuSa, § 24 Abs. 1 Ziff. 5 in Verbindung mit § 31 preuß. MuSa.

¹⁶ Auch hier macht sich natürlich in neuerer Zeit wieder die erwähnte Funktionsübertragung von der DGZ auf die an Börsenplätzen ansässigen regionalen Girozentralen bemerkbar. Wie groß die Bedeutung der DGZ übrigens früher im Rahmen des Wertpapiergeschäftes der Sparkassen für eigene Rechnung war, läßt sich z. B. daran ermessen, daß die sog. Li-Anleihen, die die Sparkassen ab 1935 in Anrechnung auf ihre bei den regionalen Girozentralen zu unterhaltenden Liquiditätsreserven erwerben konnten, von der DGZ zentral erworben und auch depotmäßig verwaltet wurden. Vgl. Die Problematik der Mindestreserven, a. a. O., S. 64.

¹⁷ Vgl. Die deutschen Sparkassen- und Girozentralen, a. a. O., S. 56.

verbundenen beratenden Tätigkeit der Girozentralen, dadurch charakterisiert, daß einerseits die Girozentralen die Ausführung der anfallenden Geschäfte übernehmen, was andererseits neben der eigenen Auftragserteilung der Sparkassen an die Girozentralen mit einer zugunsten der Girozentralen Platz greifenden Auftragsvermittlung der Sparkassen im Effektingeschäft für Rechnung ihrer Kundschaft verbunden ist. Damit wird bereits angedeutet, daß durch diese Zusammenarbeit keineswegs nur die Sparkassen begünstigt werden. Dieser Aspekt findet eine besondere Untermauerung darin, daß die Sparkassen im Rahmen des Effektingeschäftes ihrer Kundschaft zugunsten ihrer Girozentralen vielfach nicht nur Dienstleistungsgeschäfte vermitteln, sondern auch den Verkauf von Hypothekendarlehenbriefen und Kommunalverschreibungen. Es wird somit ein weiteres Moment hervorgehoben, das im Rahmen der Zusammenarbeit von Sparkassen und Girozentralen im Effektingeschäft Bedeutung hat; abgesehen davon, daß, wie bereits gesagt, die Sparkassen selbst in größerem Maße von ihren Girozentralen emittierte Wertpapiere erwerben, stellen sie für diese gewissermaßen eine Art natürlicher Verkaufsorganisation dar, die den Absatz von Darlehenbriefen und Kommunalverschreibungen an die eigene Kundschaft vermittelt.

Allerdings wäre es sicher unrealistisch, wenn man bezüglich des Eifers, mit dem die Sparkassen die Unterbringung der Emissionen ihrer Girozentralen bei ihrer Kundschaft betreiben werden, allzu große Erwartungen hegen würde. Ein Interesse der Sparkassen an übermäßigen Wertpapierkäufen ihres Publikums — auch wenn es sich um Wertpapiere ihrer eigenen Girozentrale handelt — wird nämlich kaum bestehen, reduziert sich doch in aller Regel bei Wertpapierkäufen ihrer Kundschaft ihr Einlagenbestand, was für sie zu einer Liquiditätsverschlechterung und Einengung des Kreditspielraumes führt¹⁸. Bemerkbar würde sich ein auf solche Weise zustande kommender Liquiditätsentzug bei den Sparkassen selbstverständlich erst dann machen, wenn es tatsächlich zu Wertpapierkäufen ihres Publikums in großem Stile käme. Zwar wird man normalerweise mit wachsendem Wertpapierbestand der Kundschaft rechnen müssen, aber dieses Wachstum dürfte im allgemeinen doch nur allmählich und langsam vor sich gehen. Das liegt in erster Linie an der besonderen Kundenstruktur der Sparkassen, zum anderen an der Tatsache, daß den Wertpapierkäufen der Kundschaft in gewissem Umfange auch Wert-

¹⁸ Vgl. Wilhelm *Lautenbach*: a. a. O., S. 67 f. Der Liquiditätsentzug wird für sie weniger schmerzlich sein, wenn sie den Kunden die Papiere auf dem Wege des Selbsteintritts liefern können. Dadurch kommt es aber auch nicht zu einem zusätzlichen Wertpapierabsatz der Girozentralen, sofern die Sparkassen nicht anschließend — etwa unter teilweiser Heranziehung ihrer Einlagenneuzugänge — Wertpapiere ihrer Girozentralen für eigene Rechnung erwerben, um ihren Bestand an sonstigen flüssigen Mitteln wieder aufzufüllen und ihre Liquidität zu verbessern.

papierverkäufe gegenüberstehen werden, die für die Sparkassen eine liquiditätsverbessernde und damit den Wertpapierkäufen entgegengesetzte Wirkung haben, sofern die Veräußerer über die Erlöse nicht dergestalt verfügen, daß sie den Sparkassen nicht mehr zugute kommen¹⁹.

Eine enge Zusammenarbeit zwischen Sparkassen und Girozentralen läßt sich schließlich auch noch im Rahmen der Verwahrung und Verwaltung von Effekten feststellen²⁰.

Größtenteils verwahren die Sparkassen die Wertpapierbestände ihrer Kundschaft nämlich nicht in ihren eigenen Tresoren, sondern geben sie an ihre Girozentrale zur Aufbewahrung und Verwaltung weiter²¹. Soweit das der Fall ist — Ausnahmen machen höchstens Großsparkassen — fungieren die Sparkassen also lediglich als sog. Erst- oder Zwischenverwahrer, während die Girozentrale Dritt- und damit u. U. auch Letztverwahrer ist, wenn sie nicht selbst die Effekten etwa einer Wertpapiersammelbank zur Aufbewahrung anvertraut. Neben den Wertpapieren der Sparkassenkunden verwahrt die Girozentrale in aller Regel auch noch die eigenen Wertpapiere ihrer Sparkassen²². Sie führt demnach zwei Depots für die einzelne Sparkasse: ein Depot A mit den Wertpapieren, die in der unumschränkten Verfügungsgewalt der Sparkasse stehen, und ein Depot B für die Wertpapiere, die den Kunden der Sparkasse (Zwischenverwahrer) gehören.

Es sind auch hier wiederum im wesentlichen Wirtschaftlichkeitsgründe, die zu dieser Art der Verflechtung zwischen Sparkassen und Girozentralen führen²³. Die für die Kunden zu verwahrenden Wertpapierbestände und auch die eigenen Bestände sind nämlich bei der einzelnen Sparkasse — ausgenommen Großsparkassen — eben doch relativ unbedeutend, so daß es in den meisten Fällen zu einem unangemessenen Kostenaufwand käme, wenn jede Sparkasse die vielfältige und eingehende Kenntnis verlangende Verwaltungsarbeit, die die Verwahrung und Verwaltung von

¹⁹ Zu einem Einlagen- und damit verbundenen Liquiditätsentzug kommt es natürlich auch bei den Girozentralen, wenn sie den Ankauf von Wertpapieren für Rechnung der Sparkassenkundschaft übernehmen. Hingegen wachsen ihre Einlagen und verbessert sich ihre Liquidität unter den genannten Bedingungen, wenn sie Wertpapiere für Rechnung der Sparkassenkundschaft verkaufen.

²⁰ Die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren wird den Sparkassen im § 25 Ziff. 3 MuSa (§ 34 Ziff. 3 preuß. MuSa) gestattet. Zur Geschichte des Depotgeschäftes der Sparkassen siehe I. Abschnitt, Unterabschnitt 2 a dieser Arbeit.

²¹ Vgl. Die Sparkassenpraxis, Heft 12, a. a. O., S. 21. Die früher vielfach auch von der DGZ ausgeübten Verwahrungs- und Verwaltungsfunktionen zugunsten von Sparkassen haben sich nach dem 2. Weltkrieg aus den bereits angeführten Gründen ebenfalls auf die regionalen Girozentralen verlagert. Vgl. Hans Lüders: a. a. O., S. 207 f.

²² Vgl. Die Sparkassenpraxis, Heft 12, a. a. O., S. 21.

²³ Vgl. Die Sparkassenpraxis, Heft 12, a. a. O., S. 21.

Wertpapieren mit sich bringt, selbst übernehmen würde. Die zentrale Verwahrung und Verwaltung durch die Girozentralen bietet zweifellos die in diesem Sinne beste Lösung. Sie führt überdies vielfach auch noch zu einer Verstärkung des Sicherheitsmomentes, das ja gerade bei der Wertpapierverwahrung eine große Rolle spielt.

2. Verflechtungen im Außenhandels- und Devisengeschäft

Nach dem zweiten Weltkrieg mußte in Deutschland das Auslandsgeschäft wieder völlig neu aufgebaut werden. Die Abwicklung des Außenhandels und des zwischenstaatlichen Zahlungsverkehrs oblag ursprünglich den Besatzungsmächten (JEIA), ging aber im Zuge der Währungsneuordnung auf die Bank Deutscher Länder über. Die Banken waren zum Auslandsgeschäft nur insoweit zugelassen, als ihnen von der JEIA oder später von der BDL die Eigenschaft einer Außenhandelsbank zuerkannt worden war. Der Kreis der zugelassenen Außenhandelsbanken blieb verhältnismäßig eng begrenzt auf eine Reihe von meist größeren Kreditinstituten, die auf Grund ihres im Auslandsgeschäft erfahrenen Personals und ihrer Verbindungen zu ausländischen Banken die Gewähr für eine im Rahmen der bestehenden Außenhandels- und Devisengesetzgebung ordnungsmäßige und zuverlässige Ausführung von Außenhandels- und Devisengeschäften boten.

Da die Sparkassen im allgemeinen weder über entsprechend erfahrenes Personal, noch über die notwendigen Auslandsverbindungen verfügten, ist es nicht weiter verwunderlich, daß nur einige Sparkassen, deren Kundenkreis im Außenhandelsgeschäft sehr aktiv ist, im Interesse der Ausfuhrförderung die Eigenschaft einer Außenhandelsbank erhielten²⁴. Die übrigen Sparkassen bedienten und bedienen sich für die Abwicklung von Außenhandelsgeschäften und für die Ausführung von Devisengeschäften der Sparkassenkundschaft ihrer Girozentralen, die alle, einschließlich ihrer Zweiganstalten, als Außenhandelsbanken zugelassen waren²⁵.

Zweifellos sahen sich die Sparkassen allein schon infolge Fehlens der Außenhandelsbankeigenschaft auf diese Zusammenarbeit mit ihren Zentralbanken angewiesen, jedoch waren dafür von vornherein auch noch

²⁴ Am 23. 5. 1956 besaßen 21 Sparkassen die Außenhandelsbankeigenschaft. Vgl. Rundschreiben St. Nr. 22/1956 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V., S. 2.

²⁵ Bekanntlich hat die BDL durch die am 23. 8. 1956 in Kraft getretene Allgemeine Genehmigung Nr. 81/56 allen Kreditinstituten die Möglichkeit zur Abwicklung von bisher nur den Außenhandelsbanken vorbehaltenen Geschäften eröffnet.

andere Momente ausschlaggebend²⁶. Diese Momente sind einerseits betriebswirtschaftlicher, andererseits sparkassenrechtlicher Natur.

Charakteristisch für das Passivgeschäft der Sparkassen in den Jahren unmittelbar nach der Währungsreform war das Übergewicht der sonstigen Einlagen gegenüber den Spareinlagen. Dadurch kam es auch im Aktivgeschäft zu einem Zurückbleiben der dem angestammten Sparkgeschäft entsprechenden langfristigen Anlagen hinter den zwangsläufig stark betonten kurzfristigen Krediten. Das aber bedeutete, daß sich die Kreditnehmer in größerem Maße vor allem aus den Kreisen des Handwerks und der kleineren bis mittleren Industrieunternehmungen rekrutierten. Dabei spielte wiederum der bereits erwähnte Umstand eine Rolle, daß hauptsächlich die Sparkassen ländlicher Bezirke in den während der Kriegszeit umgesiedelten Betrieben und den nach dem Kriege angesiedelten Flüchtlingsbetrieben vielfach neue Kunden gewonnen hatten. Die stärkere Betonung des Kreises der Gewerbetreibenden innerhalb der Kundschaft führte in Verbindung mit dem starken Exportanstieg in der Bundesrepublik auch bei den Sparkassen zu einer mehr und mehr anwachsenden Nachfrage nach Dienstleistungen in Außenhandels- und Devisenangelegenheiten²⁷. Dennoch blieb es unlohnend, bei jeder einzelnen Sparkasse die Voraussetzung zu schaffen, die eine eigenständige Abwicklung von Außenhandels- und Devisengeschäften nun einmal erfordert. Zumal man davon ausging, daß sich die im Außenhandel aktive Sparkassenkundschaft den Sparkassen auf die Dauer nur erhalten ließe, wenn ihr die gleichen Leistungen geboten würden, wie sie etwa den Kunden größerer Kreditbanken geboten werden können. Zu derartigen Leistungen ist aber die einzelne Sparkasse — ausgenommen wenige Sparkassen, die besonders viele im Außenhandel aktive Wirtschaftssubjekte zu ihrem Kundenkreis zählen — nicht in der Lage. Denn sie müßte, um allen Anforderungen gewachsen zu sein, über eine Vielzahl von ausländischen Währungskonten und eine große Auslandsabteilung verfügen, deren Unterhaltung und Aufbau sich als sehr unrentabel erweisen würden, weil die geschilderte Entwicklung natürlich nicht so weit geht, daß diese kapazitätsmäßig voll ausgelastet wären.

²⁶ Das wird dadurch verdeutlicht, daß die Zusammenarbeit durch die angeführte Allgemeine Genehmigung der BDL kaum beeinflußt, geschweige denn überflüssig gemacht wurde.

²⁷ Vgl. Robert Goetz: Girozentralen und Sparkassen im Außenhandel, in: *Industriekurier*, 7. Jhg., Nr. 63 vom 27. 4. 1954. In der Zeit vor dem 2. Weltkrieg spielte das Außenhandelsgeschäft bei den Sparkassen kaum eine Rolle. So ist beispielsweise in der erwähnten von der Sparkassenorganisation herausgegebenen Schrift — „Die deutschen Sparkassen und Girozentralen“ — von einer Erledigung von Außenhandelsgeschäften der Sparkassenkundschaft durch Girozentralen keinerlei Rede. Es heißt dort lediglich auf S. 56: „Soweit ein Bedürfnis bei den Sparkassen besteht — und das ist vorwiegend in den Grenzbezirken der Fall —, vermitteln die Girozentralen den Sparkassen auch den An- und Verkauf von Sorten und Devisen.“

Darüber hinaus ist zu beachten, daß es den Sparkassen auch aus satzungsmäßigen Gründen grundsätzlich gar nicht möglich ist, die eigenständige Abwicklung aller von den Kunden gewünschten Außenhandels- und Devisengeschäfte zu übernehmen oder die dafür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Denn die Mustersatzung erlaubt den Sparkassen im § 25 Ziff. 2 (§ 34 Ziff. 2 preuß. MuSa) zwar den kommissionsweisen An- und Verkauf von Sorten und Devisen²⁸, nicht aber das für die Unterhaltung von Guthaben bei ausländischen Banken erforderliche Deviseneigengeschäft²⁹.

Der Gedanke einer zentralen Abwicklung der Außenhandels- und Devisengeschäfte von Sparkassenkunden durch die Girozentralen mußte unter diesen Umständen naheliegen, zumal sich die Girozentralen nach dem zweiten Weltkrieg infolge der Ausdehnung ihres Geschäftsumfanges mit dem privaten Wirtschaftssektor selbst vor die Notwendigkeit gestellt sahen, sich in das Auslandsgeschäft, das sie im kleineren Umfang schon vor dem Kriege pflegten, auf breiter Grundlage einzuschalten³⁰. Die Möglichkeit dazu erhielten sie durch die Verleihung der Außenhandelsbankeigenschaft. Daneben verfügten sie natürlich auch über den nötigen satzungsmäßigen Spielraum und durch die Zusammenfassung ihrer eigenen und der durch die Sparkassen vermittelten Aufträge auch über den nötigen Geschäftsumfang, um sich die sonstigen Voraussetzungen zu schaffen, die erforderlich sind, damit sie allen in dieser Geschäftssparte auftretenden Fällen gerecht werden können.

Für die Zusammenarbeit der beiden Institutsgruppen auf dem vorliegenden Sektor ist, wie im Bereiche des Effektengeschäftes, die beratende und ausführende Tätigkeit der Girozentralen und die Auftragsvermittlung der Sparkassen zugunsten ihrer Girozentralen charakteristisch. Die Girozentralen waren in den zurückliegenden Jahren nicht nur um die Gewinnung und Ausbildung guter Fachkräfte für ihre eigenen Auslandsabteilungen bemüht, sie ließen es sich auch angelegen sein, die entsprechenden Sachbearbeiter ihrer Sparkassen in Kursen und durch Vorträge zu schulen, um eine zuverlässige Beratung der Sparkassenkundschaft in Außenhandels- und Devisenfragen schon bei der Sparkasse zu erreichen. Für die laufende Unterrichtung der Sparkassen über alle

²⁸ Entsprechend der Regelung im Effektenkommissionsgeschäft muß beim Kauf eine satzungsmäßig ausreichende Deckung vorhanden sein, beim Verkauf müssen die Sorten und Devisen vorher geliefert sein.

²⁹ Ein Eigengeschäft ist ihnen nur soweit erlaubt, als es sich im Rahmen von Wechselstubengeschäften (An- und Verkauf von Sorten und Reiseschecks für eigene Rechnung) hält. Vgl. *Perdelwitz, Fabricius, Kleiner*: a. a. O., S. 369. Eine weitergehende Betätigung im Eigengeschäft ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der obersten Aufsichtsbehörde möglich.

³⁰ Vgl. *Robert Goetz*: a. a. O., S. 10.

devisenrechtlichen Veränderungen und alle aktuellen Fragen, die im Zusammenhang mit dem Außenhandelsgeschäft interessieren, sorgen sie durch die Herausgabe besonderer Außenhandelsrundschriften. Weiterhin übernehmen sie in schwierigen Fällen auch die Beratung der Sparkassenkundschaft selbst. Sie informieren auch diese laufend, genau wie ihre eigene Kundschaft, in Spezialmerkblättern und in einer besonderen Zeitschrift „Kundendienst der Sparkassen und Girozentralen für den Außenhandel“ über alles Wissenswerte auf diesem Gebiet³¹.

Die wichtigste Funktion der Girozentralen im vorliegenden Zusammenhang bleibt natürlich die Ausführung der von der Sparkassenkundschaft gewünschten Geschäfte selbst. Für diese erledigen sie an Stelle der Sparkassen im Rahmen des Export- und Importgeschäftes beispielsweise die Abwicklung von Akkreditiven und Zahlungsversprechen, das Inkasso von Dokumenten und den Ankauf von Auslandsakzepten, Exporttratten und Auslandsschecks³². Daneben betreiben sie für die genannten Personen und deren ausländische Geschäftspartner das Inkasso von auf ausländische Währung oder auf DM lautenden Wechseln und Schecks und führen Zahlungsaufträge über ihre Währungskonten nach dem Ausland aus und nehmen auf demselben Wege Zahlungen entgegen. Als Ergänzung zu dieser Leistungsskala der Girozentralen sei schließlich noch ein weiterer Punkt angeführt, der das Eigengeschäft der Sparkassen selbst, d. h. ihr Wechselstubengeschäft, betrifft. Dieses Wechselstubengeschäft, das den An- und Verkauf ausländischer Reisezahlungsmittel für eigene Rechnung umfaßt, spielt z. Zt. auch bei den Sparkassen eine große Rolle. Es ist deshalb erwähnenswert und wurde ja bereits angedeutet, daß es vor allem die zuständigen Girozentralen sind, die für ihre Sparkassen die erforderlichen Reisezahlungsmittel besorgen und die Unterbringung etwaiger abzustoßender Bestände vermitteln.

Zur Arbeitsteilung zwischen Sparkassen und Girozentralen bei der Ausführung von Außenhandels- und Devisengeschäften für Rechnung der Sparkassenkundschaft ist abschließend im einzelnen noch zu vermerken, daß die Tätigkeit der Sparkassen sich im wesentlichen auf die Entgegennahme der Kundenaufträge sowie ihre Vorprüfung und Weiterleitung an die eigene Girozentrale beschränkt, während diese die Ausführung und die Verantwortung für die Einhaltung der devisenrechtlichen Bestimmungen übernimmt. Aus Gründen der Zeitersparnis wird dabei in aller Regel zwischen Kunde und Girozentrale ein unmittelbarer Kontakt hergestellt, d. h. also, daß die Sparkassen, und zwar hier auch größere Sparkassen, soweit sie die Auftragsausführung nicht selbst übernehmen,

³¹ Vgl. Jahresbericht 1954 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V., S. 37.

³² Hinzugefügt sei noch, daß sie auch die Abwicklung von Interzonengeschäften und die damit verbundene Sparkassen- und Kundenberatung übernehmen.

wie es bei jenen der Fall ist, die die Außenhandelsbankeigenschaft besaßen, vorwiegend als Boten fungieren. Die kontenmäßige Abrechnung erfolgt natürlich wiederum über die Verrechnungskonten der Sparkassen bei ihrer Girozentrale und die betreffenden Kundenkonten bei den Sparkassen³³.

³³ Inwieweit auch Sparkassen und Girozentralen im Außenhandelsgeschäft unmittelbare Liquiditätszuflüsse aus Exportüberschüssen verzeichnen können, kann nicht gesagt werden, da Zahlen, die das Verhältnis der durch sie bearbeiteten Export- und Importgeschäfte geldmäßig ausdrücken, nicht bekannt sind. Im Jahresbericht 1956 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V. wird auf S. 56 lediglich darauf hingewiesen, daß die Tätigkeit der Girozentralen auf allen Gebieten des Auslandsgeschäftes weiterhin stark zugenommen hat. Zahlenmaterial, das den Umfang der Zusammenarbeit zwischen den beiden Bankengruppen innerhalb der im V. Abschnitt behandelten Geschäftszweige widerspiegelt, war leider ebenfalls nicht zu erhalten.

Schlußbemerkung

In einschlägigen Darstellungen wird mitunter der Eindruck hervorgerufen, als seien es nur die Sparkassen, denen die Verflechtung mit den Girozentralen zum Vorteil gereiche. Man spricht dann einfach davon, daß die Girozentralen für die Sparkassen die Erledigung des überörtlichen Zahlungsverkehrs übernehmen, die Liquiditätsreserven der Sparkassen verwalten, den Sparkassen mit Liquiditätskrediten zur Seite stehen, die Effekten- und Außenhandelsgeschäfte der Sparkassenkundschaft erledigen usw. und erweckt so zwangsläufig den Eindruck einer einseitigen Begünstigung der Sparkassen. Eine derartige Betrachtung wird den realen Verhältnissen nicht völlig gerecht. Die gemachten Ausführungen haben gezeigt, daß die Zusammenarbeit zwischen den beiden Institutsgruppen für beide Teile fruchtbringend ist. Auch die Girozentralen werden durch sie begünstigt. Man denke beispielsweise an die Liquiditätsvorteile, die ihnen aus ihrer Stellung als Verrechnungszentralen der Sparkassen erwachsen oder daran, daß die Sparkassen als wichtige Käufer der von ihnen emittierten Wertpapiere gelten, um nur zwei wesentliche Punkte anzuführen. Es geht also nicht an, die Verflechtung zwischen den beiden Bankengruppen nur als einseitige Bevorteilung der Sparkassen aufzufassen, sondern man kann darin eher eine sinnvolle gegenseitige Ergänzung mit beiderseitigem Nutzen erblicken.

Tabellenanhang

Tabelle 1

Das Sparkassennetz im Bundesgebiet seit 1949 a)

Jahr	Sparkassen	Haupt- zweig- stellen	Neben- zweig- stellen	Annahme- stellen	Sparkassen- stellen insgesamt
1949	882	1 866	4 485	849	8 082
1950	878	1 932	4 507	920	8 237
1951	873	1 976	4 611	923	8 383
1952	869	2 032	4 719	901	8 521
1953	865	2 103	5 097	577	8 642
1954	861	2 203	5 198	530	8 792
1955	856	2 290	5 353	430	8 929
1956	856	2 386	5 430	455	9 127

a) *Quelle:* Jahresbericht 1956 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V., S. 63.

Tabelle 2

Die wichtigsten Daten der ersten zwölf Giroverbände^{a)}

Nr.	Verband	Gegründet am:	Die Satzung genehmigt am:	Giroverkehr eröffnet am:
1.	Giroverband Sächsischer Gemeinden	5. 10. 1908	15./21. 12. 1908	2. 1. 1909
2.	Giroverband der Kom- munalverbände der Pro- vinz Pommern	20. 4. 1912	17. 1./15. 11. 1912	1. 3. 1912
3.	Sparkassen-Giroverband Posen	4. 5. 1912	17./26. 10. 1912	1. 1. 1913
4.	Sparkassen-Giroverband Schleswig-Holstein	11. 9. 1912	27. 2. 1915	1. 1. 1916
5.	Giroverband der Kom- munalverbände der Pro- vinz Schlesien	17. 1. 1913	6. 6. 1912	19. 7. 1913
6.	Sparkassen-Giroverband Hannover	25. 11. 1911	16. 10. 1913	20. 11. 1914
7.	Giroverband der Kom- munalverbände der Pro- vinz Brandenburg	23. 3. 1914	17. 2. 1914	26. 8. 1914
8.	Sparkassen-Giroverband Sachsen-Thüringen- Anhalt	10. 1. 1915	28. 7. 1915	1. 11. 1915
9.	Giroverband Bayerischer Sparkassen	9. 12. 1914	15. 1. 1915	1. 2. 1915
10.	Giroverband für Ost- und Westpreußen	10. 10. 1915	19. 5. 1916	1. 7. 1916
11.	Württembergischer Giroverband	3. 8. 1916	25. 7. 1916	1. 11. 1916
12.	Giroverband Badischer Gemeindesparkassen ...	9. 10. 1916	7. 12. 1916	1. 1. 1917

^{a)} Quelle: H. Jursch: a. a. O., S. 41.

Tabelle 3

Die dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. im Jahre 1956
angeschlossenen regionalen Girozentralen^{a)}

Name der Girozentrale	Sitz der Haupt- anstalt
1. Badische Kommunale Landesbank — Girozentrale —	Mannheim
2. Bayerische Gemeindebank (Girozentrale)	München
3. Sparkasse der Stadt Berlin-West	Berlin
4. Braunschweigische Landessparkasse	Braunschweig
5. Bremer Landesbank	Bremen
6. Hamburgische Landesbank — Girozentrale —	Hamburg
7. Hessische Landesbank — Girozentrale —	Frankfurt/Main
8. Landesbank und Girozentrale Kaiserslautern	Kaiserslautern
9. Niedersächsische Landesbank — Girozentrale —	Hannover
10. Rheinische Girozentrale und Provinzialbank	Düsseldorf
11. Landesbank und Girozentrale Saar	Saarbrücken
12. Landesbank und Girozentrale Schleswig-Holstein	Kiel
13. Landesbank für Westfalen (Girozentrale)	Münster
14. Württembergische Girozentrale — Württembergische Landeskommunalbank —	Stuttgart

a) *Quelle:* Jahresbericht 1956 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V., S. 3.

Tabelle 4

Der gesamte Spargiroverkehr in Mio RM/DM und der reine Spargiroverkehr in vH des gesamten Spargiroverkehrs a)

	1936 b)		1937 b)		1949 c)		1950 e)	
	1000 St.	Mio RM	1000 St.	Mio RM	1000 St.	Mio DM	1000 St.	Mio DM
1. Reiner Spargiroverkehr								
a) Platzverkehr der Spar- und Girokassen	60 002	12 462	64 487	14 124	42 000	12 400	47 300	14 700
b) Platzverkehr der Girozentralen d)	1 672	1 891	1 764	2 300	9 400	20 400	11 400	25 300
c) Fernverkehr e)	45 999	15 911	50 609	18 357	28 700	21 600	33 800	24 700
Reiner Spargiroverkehr insgesamt ..	107 673	30 264	116 860	34 781	80 100	54 400	93 000	64 700
2. Gemischter Spargiroverkehr								
a) direkter Verkehr der Spar- und Girokassen mit Rbk.f) u. Postsch.g)	14 423	5 815	15 321	6 511	26 000	18 500	31 000	23 100
b) gemischter Spargiroverkehr der Girozentralen								
aa) mit Reichsbank f)	3 706	19 757	3 720	23 062	4 700	27 800	5 300	28 700
bb) mit Postscheckamt	3 380	3 072	3 584	3 475	1 900	2 600	2 000	2 900
Spargiroverkehr insgesamt	129 182	58 908	139 485	67 829	112 700	103 300	131 300	119 400
Reiner Spargiroverkehr in vH des gesamten Spargiroverkehrs	83,3	51,3	83,7	51,3	71,1	52,7	70,8	54,2

a) Die Tabelle ist unter Hinzufügung der Prozentzahlen entnommen aus: Die Sparkassen in Zahlen, herausgegeben vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., Stuttgart ohne Jahr, S. 52. — b) Deutsches Reich. — c) Bundesgebiet geschätzt. — d) 1949 einschl. Fernverkehr der Girozentralen. — e) bei Girozentralen erfaßt. — f) 1949/50 Landeszentralbanken. — g) 1936/37 nur Aufträge eigener Kunden, 1949/50 Ein- und Ausgang.

Tabelle 5
Anteil der Sparkassenguthaben an den Gesamteinlagen der Girozentralen (geschätzt)

Monatsende	Gesamteinlagen bei den Girozentralen in Mio DMa)	Guthaben der Spar- kassen bei Kredit- instituten in Mio DMb)	davon bei Girozentralen in Mio DMc)	Guthaben der Spar- kassen bei Giro- zentralen in vH der Gesamteinlagen bei Girozentralen
1951 Dezember	2507,0	735,1	624,8	24,9
1952 Juni	2937,2	1129,5	960,1	32,7
Dezember	3347,8	1277,0	1085,4	32,4
1953 Juni	4540,5	1608,4	1367,1	30,1
Dezember	4167,3	1615,7	1373,3	32,9
1954 Juni	4765,7	1935,8	1645,4	34,5
Dezember	5070,9	1993,1	1694,1	33,4
1955 Juni	5767,2	2361,5	2007,3	34,8
Dezember	5084,7	1890,2	1606,7	31,6
1956 Juni	4771,5	2216,6	1884,1	39,5
Dezember	5379,8	2321,0	1972,9	36,7

a) Bis 1954 einschließlich Anlagekonto; *Quelle*: Monatsberichte der Bank Deutscher Länder, Zwischenbilanzen, Jhg. 1952 bis einschließlich 1957. — b) Guthaben mit einer Laufzeit bis zu 4 Jahren, ohne LZB- und Postscheckguthaben sowie Guthaben bei der Bank Deutscher Länder für gestellte Akkreditive; *Quelle*: Monatsberichte der Bank Deutscher Länder, Zwischenbilanzen, Jhg. 1952 bis einschließlich 1957. — c) Errechnet unter der Annahme, daß die Guthaben der Sparkassen bei Kreditinstituten zu rd. 85 vH bei den Girozentralen unterhalten werden.

Tabelle 6

Anteil der Sparkassenguthaben an den Kreditoren der Girozentralen^{a)}

Monatsende	Kreditoren der Girozentralen insgesamt in 1000 RM	davon Sparkassen in 1000 RM	Sparkassen- guthaben in vH der Gesamt- kreditoren der Girozentralen
1928 März	1 819 160	705 941	38,8
Juni	1 984 085	743 643	37,5
September ..	2 038 170	815 386	40,0
1929 März	2 347 386	1 060 840	45,2
Juni	2 149 824	852 230	39,7
September ..	2 174 009	893 904	41,2
1930 März	2 273 010	984 225	43,3
Juni	2 354 526	1 088 642	46,2
September ..	2 273 593	1 077 451	47,4

^{a)} Quelle: Jahrbuch 1931/32 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, S. 50.

Tabelle 7
Guthaben der Sparkassen bei Girozentralen unter Berücksichtigung von zeitlichen Bindungen in Mio DM (geschätzt)

Monatsende	Guthaben der Sparkassen bei Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als 3 Monaten)	davon bei Girozentralen)	Guthaben der Sparkassen bei Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 3 Monaten und mehr)	davon bei Girozentralen)
1951 Dezember	499,3	424,4	235,8	200,4
1952 Juni	579,6	492,7	549,9	467,4
Dezember	615,1	522,8	661,9	562,6
1953 Juni	591,4	502,7	1017,0	864,4
Dezember	646,1	549,2	969,6	824,2
1954 Juni	647,4	550,3	1288,4	1095,1
Dezember	767,8	652,6	1225,3	1041,5
1955 Juni	753,1	640,1	1608,4	1367,1
Dezember	794,9	675,7	1095,3	931,0
1956 Juni	836,2	710,8	1380,4	1173,3
Dezember	1070,1	909,6	1250,9	1063,3

a) Quelle: Monatsberichte der Bank Deutscher Länder, Zwischenbilanzen, Jhg. 1952 bis einschließlich 1957. — b) Errechnet unter der Annahme, daß die Guthaben der Sparkassen bei Kreditinstituten zu rd. 85 vH bei den Girozentralen unterhalten werden.

Tabelle 8

Gegenüberstellung des Liquiditätsguthaben-Solls der Sparkassen und der geschätzten Sparkassenguthaben bei Girozentralen mit einer Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als drei Monaten unter Einschuß des Mindestreserve-Ists der Sparkassen

Monatsende	Einlagen bei Sparkassen a)		Liquiditäts- guthaben-Soll in Mio DM ^{b)}	Guthaben der Sparkassen bei Girozentralen m. einer Lauf- zeit oder Kün- digungsfrist von weniger als 3 Monaten in Mio DM ^{c)}	4 in vH von 3	Mindest- reservehaltung der Sparkassen Mindest- reserve-Ist in Mio DM ^{d)}	Summe aus 4 + 6	7 in vH von 3 ^{e)}
	Spareinlagen in Mio DM	Sonstige Einlagen in Mio DM						
		3	4	5	6	7	8	
1951 Dezember	3 301,1	4 146,2	1 159,4	424,4	36,6	611,5	1 035,9	89,3
1952 Juni	3 978,3	4 740,0	1 345,8	492,7	36,6	609,2	1 101,9	81,9
Dezember	4 850,3	4 980,3	1 481,1	522,8	35,3	620,3	1 143,1	77,2
1953 Juni	5 842,5	5 652,3	1 714,7	502,7	29,3	679,6	1 182,3	69,0
Dezember	7 326,3	5 703,5	1 873,3	549,2	29,3	750,1	1 299,3	69,4
1954 Juni	9 294,0	6 093,8	2 148,2	550,3	25,6	821,7	1 372,0	63,9
Dezember	10 738,6	6 212,0	2 316,3	652,6	28,2	894,9	1 547,5	66,8
1955 Juni	12 089,2	6 819,2	2 572,8	640,1	24,9	994,0	1 634,1	63,5
Dezember	13 248,0	6 658,1	2 656,4	675,7	25,4	1 231,4	1 907,1	71,8
1956 Juni	14 327,4	6 926,8	2 818,1	710,8	25,2	1 313,8	2 024,6	71,8
Dezember	15 112,9	7 117,3	2 934,8	909,6	31,0	1 372,0	2 281,6	77,7

a) Quelle: Monatsberichte der Bank Deutscher Länder, Zwischenbilanzen, Jhg. 1952 bis einschließlich 1957. — b) 10 vH der Spareinlagen und 20 vH der sonstigen Einlagen der Sparkassen. — c) Entnommen aus Tabelle 7 des Tabellenanhanges. — d) Quelle: Monatsberichte der Bank Deutscher Länder, Mindestreservenstatistik, Jhg. 1952 bis einschließlich 1957. — e) Vgl. dazu die Erläuterung im Text (S. 58 f. dieser Arbeit).

Tabelle 9

Die gesamten geschätzten Guthaben der Sparkassen bei den Girozentralen und die von Sparkassen unterhaltenen Mindestreserven in vH des Liquiditätsguthaben-Solls der Sparkassen

Monatsende	Liquiditäts- guthaben-Soll in Mio DMa)	Guthaben der Sparkassen bei Girozentralen insgesamt in Mio DMb)	Mindestreserve- haltung der Sparkassen		Summe aus 2 + 3	4 in vH von 1
			Mindestreserve-Ist in Mio DMc)			
	1	2	3		4	5
1951 Dezember	1159,4	624,8	611,5		1236,3	106,6
1952 Juni	1345,8	960,1	609,2		1569,3	116,6
Dezember	1481,1	1085,4	620,3		1705,7	115,2
1953 Juni	1714,7	1367,1	679,6		2046,7	118,8
Dezember	1873,3	1373,3	750,1		2123,4	113,3
1954 Juni	2148,2	1645,4	821,7		2467,1	114,8
Dezember	2316,3	1694,1	894,9		2589,0	111,8
1955 Juni	2572,8	2007,3	994,0		3001,3	116,7
Dezember	2656,4	1606,7	1231,4		2838,1	106,8
1956 Juni	2818,1	1884,1	1313,8		3197,9	113,5
Dezember	2934,8	1972,9	1372,0		3344,9	114,0

a) Entnommen aus Tabelle 8 des Tabellenanhanges. — b) Entnommen aus Tabelle 5 des Tabellenanhanges. — c) Entnommen aus Tabelle 8 des Tabellenanhanges.

Literaturverzeichnis

Einzelwerke

- Barocka, E.*: Unerwünschte Entwicklungstendenzen im Kreditwesen, Frankfurt/M. 1955.
- Butschkau, Fritz*: Aufbauwille und Leistungen der deutschen Sparkassen, Stuttgart 1950.
- Der Beitrag der Sparkassen zur Überwindung der Krise, Stuttgart 1949.
- Ehrlicher, Werner*: Geldkapitalbildung und Realkapitalbildung, Tübingen 1956.
- Falter, Manuel*: Die Praxis des Kreditgeschäftes bei Sparkassen und anderen Kreditinstituten, 2. Auflage, Stuttgart 1953.
- Floss, Eberhard*: Anlage- und Liquiditätsrichtlinien im Sparkassenwesen, Tübinger Dissertation 1956.
- Auswirkungen der Mindestreservepflicht unter besonderer Berücksichtigung der Sparkassen, Berlin 1956.
- Gerber, Hans*: Die kommunale Giroorganisation, Dissertation Halle-Wittenberg 1926.
- Gestrich, Hans*: Kredit und Sparen, herausgegeben von Walter Eucken, 3. Auflage, unveränderter Nachdruck, Düsseldorf und München 1957.
- Gleske, Leonhard*: Die Liquidität in der Kreditwirtschaft, Frankfurt/M. ohne Jahr.
- Golz, Dietrich*: Das Liquiditätsproblem bei den Girozentralen, Berlin 1956.
- Das Liquiditätsproblem bei den Girozentralen, Erlanger Dissertation 1952.
- Großmann, H.*: Grundzüge des Zahlungsverkehrs, Berlin und Wien 1931.
- Hahn, Albert*: Geld und Kredit, Tübingen 1924.
- Henze-Schmidt*: Grundriß für die Sparkassenarbeit, Teil 4, Stuttgart 1954.
- Hoffmann, Josef*: Deutsche Sparkasseneinheit, Berlin 1931.
- Jursch, H.*: Zehn Jahre Deutsche Kommunalgiroorganisation, Denkschrift, Berlin 1926.
- Lautenbach, Wilhelm*: Zins, Kredit und Produktion, herausgegeben von Wolfgang Stützel, Tübingen 1952.
- Lukas, Eduard*: Geld und Kredit, Heidelberg 1951.
- Nörtemann, August*: Das deutsche Sparkassenwesen unter dem Einfluß der Sparkassengesetzgebung des Reiches, Berliner Dissertation 1936.
- Obst, Georg; Hintner, Otto*: Geld-, Bank- und Börsenwesen, 34. Auflage, Stuttgart 1955.
- Palyi, Melchior und Quittner, Paul*: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, zugleich 2. Auflage vom Handwörterbuch des Bankwesens, I. Band, Frankfurt/M. 1957.
- Perdelwitz, Johannes; Fabricius, Paulus; Kleiner, Ernst Eberhard*: Das Preussische Sparkassenrecht, 2. Auflage, unveränderter Nachdruck Berlin und Köln 1955.
- Schmidt, F.*: Der nationale Zahlungsverkehr, 2. Auflage, Leipzig 1920.

- Schneider, Erich*: Einführung in die Wirtschaftstheorie, III. Teil, 4. Auflage, Tübingen 1957.
- Schoele, Otto*: Der bargeldlose Zahlungsverkehr in Deutschland, 2. Auflage, Leipzig 1934.
- Senger, Frida*: Die Entwicklung der Sparkassen zu Banken, Freiburger Dissertation 1926.
- Sperk, Ludwig und Wilsdorf, Manfred*: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, Berlin 1956.
- Steuer, Paul*: Die Zukunft des unbaren Zahlungsverkehrs in Deutschland, Stuttgart und Berlin 1937.
- Stucken, Rudolf*: Besonderheiten der Geld- und Kreditpolitik in Westdeutschland und ihre konjunkturpolitische Bedeutung, Sonderschrift des IFO-Instituts für Wirtschaftsforschung Nr. 16, Berlin und München 1955.
- Deutsche Geld- und Kreditpolitik, 2. Auflage, Tübingen 1953.
- Geld und Kredit, 1. Auflage, Tübingen 1949.
- Geld und Kredit, 2. Auflage, Tübingen 1957.
- Liquidität der Banken, Berlin 1940.
- Unverzagt, Friedrich*: Die Sparkassen seit der Währungsreform 1948, Stuttgart 1954.
- Voigt, Fritz*: Der volkswirtschaftliche Sparprozeß, Berlin 1950.
- Weber, Adolf*: Geld — Banken — Börsen, 5. Auflage, München 1955.
- Will, Hellmuth*: Die Deutschen Sparkassen, Stuttgart und Berlin 1935.
- Wohlfarth, Kurt*: Die Wertpapiere und ihre Technik, Stuttgart 1956.
- van Zwoell, Johann Hermann*: Mindestreserven als Mittel der Geld- und Kreditpolitik, Berlin 1954.
- Die deutschen Sparkassen und Girozentralen, ein Beitrag zur Bankenquete, herausgegeben vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband, Berlin 1933.
- Die Problematik der Mindestreserven, Beitrag der Sparkassenorganisation zur Gestaltung des Bundesnotenbankgesetzes, Stuttgart ohne Jahr.
- Die Sparkassen in Zahlen, 2. Auflage, herausgegeben vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., Stuttgart ohne Jahr.
- Jahrbuch 1931/32 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes.
- Materialien zur Erneuerung des Sparkassenrechts, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen e. V., Bonn 1953.
- Statistisches Handbuch der Bank Deutscher Länder 1948—1954, Frankfurt/M. 1955.

Aufsätze und Vorträge

- Castelli*: Rechtliche und wirtschaftliche Probleme zentraler Kreditaktionen und ihre Bedeutung für die Sparkassen, in: Vorträge für Sparkassenprüfer 1954, Stuttgart ohne Jahr, S. 52 ff.
- Gädeke, Ph.*: Liquiditätsfragen der Sparkassen- und Giroorganisation, in: Sparkasse, 55. Jhg., Heft 3 v. 1. 2. 1935, S. 45 ff.
- Glembin, Herbert*: Die Entwicklung der Girozentralen, in: Sparkasse, 72. Jhg., Heft 17 v. 1. 9. 1955, S. 269 ff.
- Goetz, Robert*: Girozentralen und Sparkassen im Außenhandel, in: Industriekurier, Nr. 63 v. 27. 4. 1954.
- Hoffmann, Josef*: Die Sparkassen und Girozentralen, in: Die Bank, I. Band, Wiesbaden 1952, S. 209 ff.
- Janke, Kurt*: Wohnbau-Finanzierung mit Kommunalobligationen, in: Industriekurier, Nr. 131 v. 31. 8. 1954.

- Kleiner*, Ernst: Die Sparkassen und Girozentralen, in: Die Deutsche Bankwirtschaft, II. Band, Berlin 1935—1938, S. 157 ff.
- Könneker*, Wilhelm: Die Mindestreserven als Mittel der Notenbankpolitik in der Bundesbankgesetzgebung, Vortrag zur Eröffnung des 7. Lehrganges zur Vorbereitung auf die höhere Bankprüfung, unveröffentlichtes Manuskript, Mai 1953.
- Lautenbach*, Wilhelm: Kreditvolumen und Bankenliquidität, in: Bank-Archiv, Jhg. 1925, S. 3 ff.
- Lüders*, Hans: Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank —, in: Sparkasse, 8. Jhg., Heft 15 v. 1. 8. 1954, S. 270 f.
- Mellerowicz*, Konrad: Der innerdeutsche Zahlungsverkehr, in: Die Bank, II. Band, Wiesbaden 1952, S. 297 ff.
- Neumann*, Erich: Die deutschen Sparkassen, in: Untersuchung des Bankwesens 1933, I. Teil, S. 331 ff.
- Schwarz*: Technik und Prüfung der Durchleitungskredite, in: Vorträge für Sparkassenprüfer 1955, Stuttgart ohne Jahr, S. 71 ff.
- Stucken*, Rudolf: Wertpapiere in den Bankbilanzen, in: Bank-Archiv, Jhg. 1940, S. 133 f.
- Die deutschen Kreditbanken im Kriege, in: Jb. f. Nat. u. Stat., 157. Band 1943, S. 119 ff.
- Theisinger*, Karl: Kreditgeschäft und Kreditpolitik, in: Die Bank, II. Band, Wiesbaden 1952, S. 3 ff.
- Westermann*, Leonhard: Die Girozentralen — Stützen und Rückhalt, in: Handelsblatt, Nr. 86 v. 27. 7. 1955.
- Wolflast*, Walther: Der Lombardkredit, in: Die Bank, II. Band, Wiesbaden 1952, S. 153 ff.
- Die Anlagepolitik der Sparkassen, in: Sparkasse, 4. Jhg., Heft 19 v. 1. 10. 1950, S. 251 ff.
- Erfahrungen der Girozentralen im Konsortial-(Meta) Kreditgeschäft mit Sparkassen, in: Sparkasse, 4. Jhg., Heft 18 v. 15. 9. 1950, S. 246 f.
- Erster Bericht der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen e. V. über die Erfahrungen mit der Durchleitung und Verwaltung zentraler Kreditaktionen, Bonn 1953.
- Klarstellung zum Monatsbericht der Bank Deutscher Länder vom August 1955, in: Sparkasse, 72. Jhg., Heft 20 v. 15. 10. 1955, S. 311 ff.
- Probleme des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, in: Sparkasse, 55. Jhg., Heft 15 v. 1. 8. 1935, S. 293 ff.

Sonstiges

- Grundsätze für den Spargiroverkehr der Deutschen Sparkassen- und Giroorganisation, herausgegeben vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., Ausgabe Januar 1956.
- Grundsätze für den Scheckeinzugsverkehr der Deutschen Sparkassen- und Giroorganisation, herausgegeben vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., Ausgabe März 1956.
- Grundsätze für den Inlandsreisescheckverkehr der Deutschen Sparkassen- und Giroorganisation, herausgegeben vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., Ausgabe Juni 1955.
- Rundschreiben Nr. 72/1951 der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen e. V.
- Rundschreiben St. Nr. 22/1956 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V.

Jahresberichte der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen 1947—1949.

Jahresberichte der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen e. V. 1950—1952.

Jahresberichte des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V. 1953—1956.

Geschäftsberichte verschiedener Girozentralen aus den Jahren 1948—1956.

Monatsberichte der Bank Deutscher Länder 1950—1957.

Reichsgesetzblatt

Bundesgesetzblatt

Sparkassenpraxis, Heft 12, Berlin ohne Jahr.

UNTERSUCHUNGEN ÜBER DAS SPAR-, GIRO- UND KREDITWESEN

Band 1: Beiträge zur Theorie des Sparens und der wirtschaftlichen Entwicklung. 227 Seiten. 1958. DM 22,—.

Inhalt: Aussagefähigkeit und Erkenntnisgrenzen der modernen Wirtschaftstheorie. Von Prof. Dr. Dr. Fritz Voigt. — Sparwille und Sparfähigkeit als Komponenten der Spartätigkeit. Zur Entwicklung des privaten Kontensparens. Von Prof. Dr. Fritz Huhle. — Sparen als Investitions-Voraussetzung und als Nachfrage-Ausfall. Von Prof. Dr. J. Heinz Müller. — Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Formen des Sparens. Von Privatdozent Dr. Werner Ehrlicher. — Theorie der Sparkassen-Liquidität. Von Dr. Eberhard Floss.

Band 2: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen. Von Dr. L. Sperk und Dipl.-Vw. M. Wilsdorf. 184 Seiten. 1956. DM 14,80.

„Das Werk bietet mehr als eine Historie der Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen seit dem Beginn unseres Jahrhunderts, wenn es auch in seiner Systematik historisch orientiert ist.“

Sparkasse

Band 3: Das Liquiditätsproblem bei den Girozentralen. Von Dipl.-Vw. Dr. D. Golz. 193 Seiten. 1956. DM 18,60.

„Für alle Institute und Einrichtungen der Sparkassenorganisation ist das Buch von großem grundsätzlichen und aktuellen Interesse. Es gehört in jede Sparkassenbücherei.“

Sparkasse

Band 4: Auswirkungen der Mindestreservepflicht unter besonderer Berücksichtigung der Sparkassen. Von Dipl.Vw. E. Floss. 70 Seiten. 1956. DM 5,60.

„Der Verfasser leistet einen beachtenswerten Beitrag für eine Klärung, da er den bisherigen, vorzugsweise gesamtwirtschaftlich orientierten Untersuchungen eine mehr betriebswirtschaftliche Variante hinzufügt.“

Sparkasse

Band 5: Die Wertpapieranlage der Kreditinstitute. Untersuchungen am Beispiel der englischen Banken. Von Dipl.-Vw. Dr. R. Stützer. 157 S. 1957. DM 15,30.

„Die vorliegende Untersuchung nimmt als Grundlage die Wertpapieranlage bei den englischen Banken und zieht daraus entsprechende Schlüsse. Es wird dabei sowohl die Frage des Erwerbes von Wertpapieren durch Kreditinstitute als auch die der Bewertung behandelt.“

Österreichische Sparkassenzeitung

Band 6: Einkommensverhältnisse und private Geldkapitalbildung in Westdeutschland 1925—1953. Von Dr. H. Osthues. 204 Seiten. 1957. DM 22,60.

„Die wertvolle Untersuchung über einen wichtigen, bisher aber wenig erforschten Ausschnitt des Spargeschäfts wird die Sparkassen insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt der sparpolitischen Auswertung näher interessieren und wird daher zur eingehenden Lektüre angelegentlich empfohlen.“

Sparkasse

Band 7: Der Betriebsvergleich bei Sparkassen. Von Dipl.-Kfm. H.-G. Bindewalt und Dr. H. Kolbeck. 244 Seiten. 1959. DM 24,—.

Inhalt: H.-G. Bindewalt, Die Bedeutung des Betriebsvergleichs für die Rationalisierung der Sparkassen — H. Kolbeck, Die theoretischen Grundlagen des Betriebsvergleichs bei Sparkassen.

DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN · MÜNCHEN

